

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis per Annum: 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragenen in der Post-Beilage-Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgrößte Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 4. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

#### Im Hause der Frechen.

Wer verstehen will, warum es dem Bürgerum in Deutschland niemals gelungen ist, zur politischen Macht zu gelangen, der muß den Liberalismus dort studieren, wo er dort einer prähistorischen Gesetzgebung ohne eigenes Zutun Macht erhalten hat: in den freisinnig verwalteten Gemeinden. Hier entblöht sich jene Charakterlosigkeit, die nur übertrieben wird durch eine politische Unfähigkeit, die selbst die einfachste Situation nicht zu begreifen vermag, niemals die unvermeidlichen Konsequenzen zieht und in der Wahl der Mittel die lächerlichsten Dummheiten begeht. Der deutsche Bourgeoisie höchster Ehrgeiz ist es, den staatsmännischen Geberden der feudalen Lehmeister nachzukäufeln, und mit laßlosem Lächeln die Streiche zu parieren, die sie empfängt. Ihre Macht bemüht sie nur, um dem Proletariat die Erregung auch nur der billigsten Reformen brutal zu verjagen. Ihren absolutistischen Widerstrebungen aber beugt sie den Rücken und sucht in geduldigem Kriechen staatsmännisch ihre Interessen zu erschleichen. Es sind traurige Helden, diese Wämselein von der bürgerlichen Opposition, nicht trotzig, aber auch nicht lächlig, und dabei von einer politischen Einfalt, die ihnen wirklich von der Polizei verboten werden sollte. . . .

Am Donnerstag kamen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die Schmeißler der Bourgeoisie oben als ein Haus der Frechen und Unbotmäßigen wider die Wahrheit geschildert haben, die neuesten Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zur Erörterung, die auch dem lammfrommsten Philister das Blut heißer durch die sonst so schlaffen Adern trieben. Die Straßenbahn unter den Linden und die Märchenbrunnen standen auf der Tagesordnung.

Das Publikum war äußerst zahlreich erschienen, um des großen Augenblicks Zeuge zu sein, da endlich die gewählten Vertreter der Stadt Berlin ihr Recht würdig und kraftvoll proklamieren würden. Wer aber eine aufrüttelnde Fanfare erwartet hatte, der wurde schlimm durch die Chamade enttäuscht, die herauskam und die ein jämmerliches Müchzugsignal darstellte, mochte es auch mit Lärmposamenten gebläsen sein. Und wenn die Zuschauer auf den Tribünen im Saale unten gelegentlich Funken sprühen sahen, so verdankten sie dieses Schauspiel dem Zusammenstoß der ehrsüchtigen Aussprüche dessen, was ist, wie sie die socialdemokratische Redner unternahm, mit der nervösen Unterwürfigkeit unheilbarer Charakterhämorrhoiden, die der Liberalismus hinter künstlich aufgepeitschten „Mannesworten“ vergeblich zu verbergen suchte.

Zur Erleuchtung der Straßenbahnaffäre hatten sich die freisinnigen Stadt-Fraktion zu einer beschriebenen Resolution einstimmig zusammengefunden, die das Bedauern der Körperschaft darüber ausdrückt, daß die Ueberführung der Straßenbahn über die Straße unter den Linden verweigert worden sei, und die ferner den Magistrat auffordert, sein Möglichstes zu thun, um eine Beseitigung des Hindernisses zu erwirken. Von Rängerhand bis Cassel und selbst bis zu Herrn Rommsen stand man heldenhaft zu diesem herrlichen Ereignis ungebroschenen Mannesmut des freisinnigen Bürgerturns. Wäre Genosse Singer den Deutschen nicht gehörig in die Parade gefahren, sie wären vielleicht in dem Bewußtsein nach Hause gegangen, daß ihnen das fürchtbare Löwenfell natürlich und fest angewachsen sei.

Der greise Rängerhand, der zuerst mit ein paar Worten die einmütige Annahme der Resolution empfahl, zog sich noch leidlich aus der Affäre. Er sprach von einer unerhörten Thatfache, forderte zum Widerstand auf und rief — allerdings ein nach der Rechtslogik unmögliches Mittel — zur Einleitung des Verwaltungsrecht-Verfahrens.

Dann nahm Genosse Singer das Wort, den man aufmerksam aber mit dem Unbehagen des schlechten Gewissens und des Gefühls der eignen Jämmerlichkeit zuhörte, eines Gefühls, das nur durch eine gewisse ältere Reugier, was der Vorsitzende der Socialdemokratie wohl alles sagen würde, gemildert wurde. Denn im Grunde hören diese Freisinnigen-Mollabäer sehr gern, daß von andern ausgesprochen wird, was selbst zu sagen, sie zu selbst-nähsig sind. Hinwiederum ist es ihnen auch aus Parteinteresse unangenehm, daß gerade ein Socialdemokrat die Worte offen ausspricht, von denen sie wissen, daß die gesamte Bürgerchaft Berlins sie im Geheim denkt.

Singer legte zunächst den Thatbestand mit all seinen Widersprüchen und Unklarheiten dar und wünschte die Ausfüllung gewisser Lücken in den vorgelegten Akten. Er charakterisierte die unwürdige Stellung, in die jetzt auch die verantwortlichen Stellen gedrängt seien. Wir können auf das Verlangen nicht eingehen, daß unter den Linden zur gehelligten Straße erhoben werde. Man spricht von Verkehrsstörungen durch die Ueberführung der Straßenbahn. Ach, wenn wir keine weiteren Verkehrsstörungen unter den Linden hätten als die durch die Straßenbahn, dann könnten wir uns glücklich preisen. Diese Auspielung Singers auf die Abwehrungen bei Paraden und höflichen Anzügen wurde mit stürmischer Zustimmung begrüßt.

Rechtlich allerdings könnte die Stadt nichts machen. Darum sei auch die Resolution nur geeignet, Täuschungen zu erwecken. Welche Mittel solle denn der Magistrat anwenden? Soll er im freischenen Zuge nach dem Schloß walkahren und den Kotau machen? Die Socialdemokraten können nicht für die Resolution stimmen, weil man es dem Magistrat zu ersparen wünsche, daß er sich weiteren Abwehrungen aussetzt. Was solle den Dingen Lar ins Auge sehen. Die Verantwortung für den Schaden, den die Stadt erleidet, treffe nicht die Versammlung sondern die Stellen, die die Interessen der Stadt auf ihre Weise wahren zu müssen glauben.

Während der Rede Singers war der Oberbürgermeister Kirchner sichtlich in Erregung geraten. Er empfand offenbar allzu deutlich das Unerträgliche seiner Situation; erinnerte ihn doch der leere Zweite-Bürgermeister-Stuhl an seiner Seite unablässig an den Fall Kaufmann und an seine eigne Wartezeit. Aus dieser Nervosität erklärt sich wohl die große Ungeschicklichkeit, mit der Herr Kirchner gegen Singer statt gegen die verantwortlichen Personen vorging. Wir zweifeln nicht im mindesten, daß der Oberbürgermeister von einem unauflöshlichen monarchischen Gefühl durchglüht ist — aber die augenblickliche Lage scheint uns auch für einen Monarchisten nicht gerade geeignet zu sein, gegenüber den „Republikanern“ seine unterthänigste Monarchen-Ehrfurcht zu betonen. Kirchner hätte sich wahrhaftig nichts vergeben, wenn er etwa erklärt hätte: Ich bin zwar Monarchist, aber — ich bekenne — es ist zum Republikanismus-Verden! Aber der freisinnige Oberbürgermeister ist in der mehr als ein Jahr dauernden Quarantäne, der er sich seiner Zeit unterziehen mußte, so völlig seuchenfrei geworden, daß kein Wort trotzigem Widerspruch mehr sich hervordrängt. — Daß es aus-sichtslos sei, den Einspruch auf dem Prozeßwege anzufechten, das gab er Singer zu. Dennoch sprach er, indem er mahnte, statt Streit und Zwietracht Frieden und Eintracht zu suchen, der Resolution seine Sympathie aus, die er als ein Manifest der Hoffnung aufsahte, daß sich noch alles durch die Macht der Thatfachen zum Guten wenden möge. Diese Hoffnung ist das einzige — tief er mit ungewollter Komik aus. Die Socialdemokraten erhoben ein spottendes Gelächter, die Freisinnigen erleichterten sich von ihrem gefährlichen Mannesmut, indem sie ihren Oberbürgermeister aufmunternden, künstlich empor getriebenen Beifall spendeten.

Herr Cassel fühlte gegenüber der wehleidigen Ansprache Kirchners dem doch das Bedürfnis, ein wenig den Bürgerstolz vor Königsthronen zu minieren. Den Gedanken eines Kotau lehnt er mit Entrüstung ab. Er drohte sogar mit einer Erörterung im Abgeordnetenhaus. Aber der Protest war nur ein Wind von Worten. Der Freisinn hofft, aber er handelt nicht; der Widerstand existiert nur äußerlich, in der Phrase. Die Casselaner wollen allerdings mit Festigkeit die Sache weiter treiben, aber — und das ist die Hauptsache — ohne jede unnütze Zufügung. Theodor Thomas heime hat einmal im „Simplicissimus“ den Hofenbefund nach solcher Oppositionsbrede schön illustriert.

Welcher Wert der Bedauern-Resolution beizumessen ist, beweist die eine Thatfache, daß selbst Herr Rommsen sich für sie aussprach; auch er „hoffte“.

Herr Rathau von der neuen Linken sprach vom Ueberder-Parteitag, vom Gothaer Einigungslongorex — alles zu dem Zweck, um zu zeigen, daß die wahre Staatsmannslust darin bestehe, Opfer des Intellekts zu bringen. Damit war denn wider Willen die Resolution treffend gekennzeichnet: ein Opfer des Intellekts und — des Charakters obenbrein.

Singer mahnte noch einmal zur Festigkeit. Durch Nachgiebigkeit erreiche man nichts. Er erinnerte an die Konfliktzeit. Durch die Politik der Demut werden die Interessen der Stadt geschädigt.

Diese Bemerkung mißverstand Herr Kirchner als einen direkten Vorwurf gegen sich und sehr erregt verlangte er Beweise, daß er durch seine Amtsführung die Interessen der Stadt geschädigt habe. Für den Oberbürgermeister ist alles, was seit Jahren die Stadt hat über sich ergehen lassen, immer noch nichts! Es sind noch Beweise von Räten! Herr Kirchner meinte auch, daß die Stadt stets ihren höflichen Verpflichtungen nachgekommen sei, und er wies nicht einmal aus der kommunalen Geschichte, daß 1893 die Stadtverordneten von Berlin beschlossen haben, alle Adressen und Deputationen an das königliche Haus zu unterlassen. Und damals handelte es sich nicht einmal um die Abwehr direkter Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung, sondern um eine politische Demonstration gegen die „Prehordomanz“, durch welche die Pressefreiheit aufgehoben war.

Nachdem Herr Cassel noch einmal erklärt hatte: Wir Freisinnigen haben niemals byzantinischen Verpflichtungen nachzukommen, diente Singer dem Oberbürgermeister mit einigen der erbetenen Thatfachen und dabei erwähnte er auch zum erstenmal in der Stadtverordneten-Versammlung die Alexandriner-Rede, die der Oberbürgermeister mit anhören mußte.

Herr Kirchner sah sich genötigt, Rede zu stehen. Er entschuldigte die Alexandriner-Rede, die „nicht so scharf“ gelaunt habe, halb und halb psychologisch, daß sie unmittelbar nach dem Bremer „Attentat“ gehalten sei. Er, Kirchner, sei nicht Gast des Kaisers, sondern des Regiments gewesen. Gekämert habe ihn die Rede allerdings tief. Aber was sollte er machen? Das Lokal verlassen? Das wäre eine lächerliche Taktlosigkeit gewesen.

Wenn Herr Kirchner einmal bei einer städtischen Feier, bei der Offiziere eingeladen sind, eine Rede halten sollte, in der er von der Freiheit und hohen Unmenschlichkeit spräche, mit der die Offiziere 1848 auf wehrlose Menschen schossen — glaubt er wirklich, daß die anwesenden Offiziere es dann als eine lächerliche Taktlosigkeit empfinden würden, das Lokal zu verlassen und ruhig am Fest-schmaus teilnehmen würden?

Die Debatte war erschöpft. Die namentliche Abstimmung ergab 95 Stimmen für, 20 gegen die freisinnige Resolution des leeren Bedauerns. Mit den Socialdemokraten stimmten neun drei Mitglieder: Rühlmann und der Antisemit Prekel, weil sie ihnen zu antimonarchisch war, und Herr Warggraf von der neuen Linken, der die Gefühle, die der socialdemokratische Redner aussprach, seinerseits zu bekunden für seine Pflicht hielt. Also doch wenigstens ein Exemplar wirklichen Freisinn!

Zum Schluß kam dann noch die Angelegenheit der Märchenbrunnen zur Sprache. Singer begründete den socialdemokratischen

Antrog, betonte, daß hier die Rechtsfrage durchzulämpfen sei und wies auf die falschen Angaben der bürgerlichen Presse über die letzte Sitzung der Kunstdeputation hin: diese hat einstimmig beschlossen, an den Entwürfen festzuhalten und das Recht nötigenfalls im Prozeßwege zu wahren.

Mit guter Laune unter großer Heiterkeit bemerkte Singer, daß man sich ja die künstlerischen Anregungen des Kaisers gefallen lassen könne, aber doch nur unter der Voraussetzung, daß er in der Kunstdeputation erscheine und mitarbeite. Was würde man wohl oben sagen, wenn sich die Stadt herausgenommen hätte, gegen die Statuen auf der Siegesallee kritischen Einspruch zu erheben? Nehme man der Stadt das Recht, nach eigener Freiheit für die künstlerische Ausgestaltung zu sorgen, so müßte man eben künftig überhaupt auf solche Thätigkeit verzichten und sie der Krone überlassen.

Der Oberbürgermeister bekräftigte die Angaben Singers über den Verlauf der Kunstdeputations-Sitzung. Er teilte die pikante Thatfache mit, daß er die Beanstandung der Märchenbrunnen früher aus der Presse als amtlich erfahren habe. Der amtliche Bescheid sei ihm erst am 27. September geworden. Danach will der Kaiser, daß die Märchengestalten in einzelnen Gruppen verstreut und ihre Ausführung dazu geeigneten Künstlern übertragen werde. „Vegas!“ rief man bei dieser Mitteilung verständnisvoll zugewandt.

Da das Memmaterial noch nicht gedruckt vorliegt und der Magistrat sich mit der Angelegenheit bisher nicht befassen konnte, wurde unter allgemeiner Zustimmung beschlossen, die Besprechung auf die nächste Woche zu verschieben.

Wird sich dann der bürgerliche Freisinn zu einiger Höhe zu erheben wissen? Wir glauben es nicht. Sie wollen nicht im mindesten Konvent spielen, und das Haus der Frechen und Unbotmäßigen ist in Wahrheit, so weit das Bürgerum in Betracht kommt, eine Versammlung ängstlicher und politisch urteilsloser Philister, denen der „staatsmännische“ Servilismus das Mark verdorben hat.

#### Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 3. Oktober.

##### Das Geständnis des Hummentums.

Der Kriegeminister hat vor mehreren Monaten Straf-antrag gegen den „Vorwärts“ und andre socialdemokratische Blätter gestellt wegen Veröffentlichung von Humenbriefen und wegen der am Chinafeldzug gelobten Kritik.

Jetzt ist eine schlimmere moralische Verwahrlosung im Chinafeldzuge festgestellt worden, als je von uns behauptet wurde. Und diese Feststellung geht aus von der Regierung, deren Mitglied der Kriegeminister ist.

Wir hatten Abscheulichkeiten gebrandmarkt, die von einzelnen Untergeordneten verübt worden waren. Jetzt ist die Heeresleitung selbst durch die Regierung aufs schwerste begünstigt worden, indem zugestanden ist, daß die astronomischen Instrumente der Befinger Sternwarte, wertvolles chinesisches Eigentum, widerrechtlich aus China entführt worden sind.

Für die Vergehen der Soldaten, die aus den Humenbriefen bekannt wurden, fanden sich gewisse mildernde Umstände in jenem Nachgeicht, der die ausziehenden Truppen in den Wahn versetzte, daß in China alles erlaubt sein werde. Für die jetzt festgestellte völlerrechtswidrige Eigentums-„Fortführung“ ist kein Milderungsgrund auffindbar. Wir dürfen daher erwartungslos den Erklärungen des Kriegeministers entgegengehen, wie er die socialdemokratische Kritik dem Staatsanwalt überlefen konnte, während seine Regierung gegen die oberste Heeresleitung in China eine Anklage des Hummentums erhebt, gegen deren Gewicht alles, was je von uns behauptet wurde, geringfügig ist.

Den bürgerlichen Zeitungen ist das offiziöse Geständnis des begangenen Unrechts höchst peinlich. Sie empfinden, daß der glorieichen Weltpolitik kein schimpflicheres Nachspiel folgen konnte. Sie fordern die Bezahlung oder die Rückführung des fremden Eigentums für deutsche Rechnung. Nur die „Germania“ behandelte eine heillosen Rechtsverwirrung, indem sie erklärt: Die astronomischen Instrumente sind nunmehr von Rechts wegen unre. Selbst der gewöhnliche Diebstahl bleibt Diebstahl und wird von Amts wegen verfolgt, auch wenn der Bestohlene aus irgend welchen Gründen auf sein Eigentum verzichtet. Die Centrumsmoral schaltet nicht nur diesen Grundtag für das politische Leben und das Völlerrecht aus, sondern erklärt das Unrecht für Recht, weil die chinesische Regierung das Denkmal der Schande für alle Zeit dem deutschen Namen erhalten will.

Aber auch durch Rückgabe oder Bezahlung kann der Bruch des Völlerrechts nicht gesühnt gelten. Die Schuldigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ober sollen deutsche Soldaten, die vom wilden Abhalthun zu Ausschreitungen verführt wurden, in vieljähriger Gefängnis- und Buchstrafe furchtbar büßen, während die des Völlerrechtsbruchs Schuldigen ungestraft bleiben?

Nach manchem ist dunkel in dieser Angelegenheit. Vor allem bedarf der Aufklärung, warum die Regierung nicht schon vor mehr als Monatsfrist, als sie durch die Presse Kunde von der unrechtmäßigen Beute erhielt, den Thatbestand aufgekllärt hat, sondern die falsche Radricht der „Köln. Zig.“, daß die astronomischen Instrumente gelaut worden seien, verbreiten ließ. Es müssen starke Widerstände gewesen sein, welche die verantwortliche Regierung zu überwinden hatte, bis sie die jetzige Erklärung abgeben durfte. Ja, es erscheint erstaunlich, daß die Erklärung in der vorliegenden Fassung erfolgt ist; ein Berliner Blatt tadelt die Leitung der auswärtigen Politik, daß sie diese beschwämme Antwort der chinesischen Regierung noch an die große Glocke hängt, statt sie ruhig einzustreuen und den Schleier des Amisgeheimnisses darüber zu breiten.



Vielleicht behält Graf Waldersee seine bewährte Reue in einer gründlichen Aussprache über die Ursache dieser Chinadeute und über den Inhalt der Regierungserklärung, in der er der Angeklagte ist. —

## Deutsches Reich.

**Prinz Tschun's Dank.** Prinz Tschun hat von der Grenzstation Aussen ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. nach Rominten gerichtet, worin er seinem tiefgefühlten Danke für die während seines Aufenthaltes in Deutschland genossene Gastfreundschaft und die herzliche Aufnahme durch den Kaiser und die Kaiserin Ausdruck gab, die besondere Freude über die ihm gewordene Ordensdecoration und die Bitte ausdrückt, es möchten die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und chinesischen Kaiserreiche noch mehr gefestigt und die kulturelle Entwicklung des chinesischen Reiches durch die mächtige Unterstützung Kaiser Wilhelms II. gefördert werden.

Man muß gestehen, der chinesische Prinz hat sich in die Geheimnisse des europäischen Hofceremoniells so vorzüglich eingelehrt, daß es ihm zur Einleitung bisfester Freundschaft dienliche Dienste leistet. —

## Oesterreich und der deutsche Zolltarif.

Ueber die Aktion Oesterreich-Ungarns gegen den deutschen Zolltarif erzählt die „Frankf. Zeitg.“ aus Wien folgendes Authentische: Gleich nach dem Bekanntwerden des deutschen Zolltarif-Entwurfs kam der ungarische Ministerpräsident Szell nach Wien, um mit Körber, dem österreichischen Ministerpräsidenten, hierüber zu konferieren. Es wurde sodann an den gemeinsamen Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski herangetreten, der den Berliner Vorkämpfer Szögheny damit betraute, die deutsche Regierung in freundschaftlicher Weise auf die schweren Besorgnisse aufmerksam zu machen, die bei den Produzenten Oesterreich-Ungarns durch den Tarifentwurf für das Vertrags-Regime hervorgerufen wurden. Szögheny entlehnte sich, da Wilson abwesend war, seiner Mission gegenüber Nichtsofen, der erklärte, der Tarifentwurf bedeute noch nichts Abschließendes, da erst in den Vertragsverhandlungen der Vertragstext festzustellen sein werde.

## Draconische Militärjustiz.

In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ findet sich folgender Bericht über eine Verhandlung des Kriegsgerichts der I. Division in Dresden:

Zu einem Soldatenercess kam es am Abend des 1. September in dem Orte Ehartzberg bei Zittau. Das 1. Feldartillerie-Regiment Nr. 12 war dort zum Teile einquartiert, und da es gerade Sonntag war, so wimmelte es auf dem Tanzboden des dortigen Gasthofes von Soldaten aller Gattungen und Grade. Besonders an einem Tische ging es lustig her. Der Quartierwirt des Freizeits und jetzigen Moniers Wilhelm August Blume von der 6. Batterie des genannten Truppenteils traktierte die Soldaten zur Feier von Sedan mit Schnaps, wobei letzterer etwas allzu reichlich geflossen zu sein scheint. Blume drehte sich eben lustig im Kreise mit einer Dorfschönen, als ihn der Unteroffizier Bausch zu sich rief. Nach Beendigung des Tanzes ging der Soldat zum Unteroffizier hin, worauf ihm dieser befohl, sofort in (des Unteroffiziers) Pferd zu steigen. Hierauf entgegnete Blume, er habe kein Puzzeug da, und auf einen diesbezüglichen Einwand des andern: „Na, dann werden Sie es wohl allein puzen können.“ Diese Aeußerung hörte der patronisierende Unteroffizier Michel, der den Soldaten deshalb zur Rede setzte. In seiner Furcht antwortete Blume aber: „Der Unteroffizier, Sie haben jetzt nichts zu sagen!“ Darauf forderte ihn die Patrouille auf, mit aus dem Saale zu kommen, aber ohne Erfolg. Blume soll vielmehr höhnisch lächelnd und die Hände in die Hosentaschen gesteckt auf die andere Seite des Saales gegangen, schließlich aber auf Jurenden seines Quartierwirtes bis zur Saalthür gefolgt sein. Auf die abermalige Aufforderung, nach Hause zu gehen, gab er zur Antwort: „Ich gehe noch nicht zu Hause, es ist noch nicht 10 Uhr und werde erst meinen Kameraden noch „Gute Nacht“ sagen!“ Den auf ihn beschuldigung einredenden Unteroffizier Bausch wies er mit den Worten ab: „Du hast hier nichts zu suchen, schere Dich weg!“ Unteroffizier Michel erklärte ihm nunmehr für arretiert, zumal schon eine Anzahl Civilpersonen sich einmischen wollten, und beauftragte den Gefreiten Ahnert mit dem Transport des Blume nach der Wache. Tragedum ihm nun auch dieser ermahnte, doch mitzugehen, da er es sonst sicher bereuen würde, erklärte der Arrestant noch einer Weile, er gebe nicht weiter mit. Dem Gefreiten blieb schließlich nichts weiter übrig, als wieder umzukehren und den Unteroffizier Michel davon zu benachrichtigen. Es wurden nunmehr die Moniere Quosdorf und Lippmann zum Transport befohlen, auch der Unteroffizier Michel ging mit. Unterwegs forderte letzterer ihn auf, schneller zu gehen, doch dieser erklärte: „Ich habe doch nicht das Galopplaufen gelernt, ich bin Feiener und Barbier. Sie aber bloß Marienberger!“ Kurz vor der Wache warf er sich ins Gras, stand auch nicht wieder auf, sondern sagte zu Michel: „Unteroffizier, scheren Sie sich her. Sie haben bei mir Wache zu stehen!“ Schließlich mußte noch zur Unterstützung der Transporteure der Fahrer Wetter geholt werden, doch nunmehr leistete Blume verzweifelten Widerstand. Er stemmte sich mit Händen und Füßen und schlug den Unteroffizier ins Gesicht und gegen die Brust, daß dieser noch am nächsten Tage blaue Flecken hatte. Sein Verhalten änderte er auch nicht, als er in die Parkwache geschafft wurde. Er rief dem Wachthabenden zu: „Guten Abend, Kamerad, ich melde mich als Arrestant!“ Die Handlungsweise des Blume, der sich vor dem Kriegsgericht der I. Division Nr. 23 wegen Missethats, Verleumdung eines Vorgesetzten, ausdrücklichen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen, Beharren im Ungehorsam, Widerständigkeit und tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten zu verantworten hatte, erscheint beinahe unerklärlich. Angeklagter ist durchaus nicht reitent veranlagt, bisher noch gänzlich unbestraft und erfährt auch von seinen Vorgesetzten eine gute Beurteilung. Wenn er erklärt er in der Verhandlung, daß er wohl in Betrunktheit gehandelt haben würde. Des Gerichtes abendete die Vergehen mit zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

Die Härte dieses Urteils des Kriegsgerichts zu Dresden ist geradezu erschreckend und nicht entfernt durch die Forderungen militärischer Disziplin gerechtfertigt. Den Anlaß der Verfehlung des Soldaten gab ein Befehl des Unteroffiziers, der dienstlich unberechtigt war und die Nacht des Vorgesetzten zu unbediensteten Zwecken benutzte. Dagegen der Widerstand des Soldaten unter den Wirkungen des Schnapsgenusses, daher alle Weiterungen, die vom Standpunkt der Disziplin strafwürdig erscheinen mögen, aber doch nichts weniger als bewußte, absichtliche Aufsehnung bedeuten. Unter diesen Umständen hätte eine Strafe von einigen Wochen sicherlich allen Anforderungen der Disziplin genügt. Die furchtbare schwere Verurteilung mit 2½ Jahren Gefängnis aber ist unerschöpflich und wachseln nicht geeignet, in der Bevölkerung Sympathien für das Heer zu erwecken. Es ist zu hoffen, daß die obere Gerichtsinanz das draconische Urteil beseitigen und das Vergehen des Soldaten menschlicher beurteilen wird. —

## Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahl.

Die von uns am Sonntag veröffentlichte Betrachtung über den Ausfall der sächsischen Wahlen wird durch einen Artikel der „Sächs. Arb.-Ztg.“ wertvoll ergänzt. Wir entnehmen demselben folgende thätliche Mitteilungen und das abschließende Urteil:

„Viele Einzelergebnisse reden eindringliche, ja geradezu aufreizende Sprache. In Leipzig z. B. entfielen im zweiten Wahlkreise auf den Socialdemokraten Schill 2365 Stimmen, auf den Wahlrechtsverfechter Schill 2061. Und doch hat Schill „gesteigt“. Noch deutlicher traten die Schönheiten des Wahlrechts im

4. Leipziger Kreise zu Tage, wo der Socialdemokrat Geher 4804 Stimmen erhielt, sein reaktionärer Gegner kaum die Hälfte, nämlich 2430 Stimmen. In Chemnitz ist es ähnlich. Hier „stieg“ der in verschiedenen reaktionären Farben schillernde Fabrikant Reineder mit 3800 Stimmen über seinen Genossen Sehfer, der 3780 erhielt. Im 16. sächsischen Wahlkreise erreichten wir in der dritten Klasse 4193 Stimmen, die Geher 1369 Stimmen. Diese gewaltige Differenz hat die zweite Klasse der gegnerischen Wähler nicht weit machen können. Solche Stimmverhältnisse und solche konservative Siege müssen aufreizender als die schärfste Rede wirken. Sie veranschaulichen die Entregung des Volkes ziffernmäßig und müssen eine um so furchtbarere Waffe gegen die Wahlrechtsbräuber, wie gegen das Dreiklassenwahlrecht bilden, je zahlreicher sich das Volk an den Landtagswahlen beteiligt. Noch unangenehmer aber als diese Zahlen ist den sächsischen Reaktionen die Thatsache, daß in mehreren Kreisen trotz eifriger Ausnützung aller Nachmittel die ordnungsparteilichen Stimmen zurückgegangen sind, und die kläglichen Resultate in der dritten Wählerklasse. In Chemnitz stehen 5254 socialdemokratische Stimmen 1180 gegnerische gegenüber, die Socialdemokraten gewonnen seit der letzten Wahl vor sechs Jahren 1896 Stimmen, die Gegner aber haben an Stimmen verloren. In Grimnitzau fanden 2388 socialdemokratische Stimmen in der dritten Klasse 858 gegnerische gegenüber, in Verden 1895 socialdemokratische 511 ordnungsparteiliche Stimmen, im 14. ländlichen Kreise wurden 1592 socialdemokratische und 609 gegnerische Stimmen abgegeben. In vielen Gemeinden waren bei 60 bis 80 socialdemokratischen Stimmen nur 1 bis 3 gegnerische zu verzeichnen.

Wir haben zum drittenmal unter dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählt. Der Wahlausfall im Jahre 1897 konnte uns nicht befriedigen. Unsere Stimmzahlen blieben zumeist hinter denen der letzten Wahlen in diesen Kreisen zurück und die Gegner gewannen eine verhältnismäßig große Anzahl Wahlmänner der 3. Klasse und im Jahre 1899 war es eher schlimmer als besser. Damals schrieb unsre Zeitung: „Der Wahlausfall ist bedäunend für die Socialdemokratie.“ In diesem Jahre sieht es schon viel besser aus. Noch ist die große Mühseligkeit und Verzagtheit nicht völlig überwunden, aber wir haben sie doch etwas beseitigt. Das giebt uns die Zuversicht, daß wir in späteren Jahren bei regerer Agitation auch bessere Erfolge haben werden. Das wissen auch die Gegner, darum verstimmt sie in erster Linie der Fortschritt, den wir gemacht haben. Ueberwältigend ist dieser freilich auch nicht. Man verzeihe aber nicht, daß die Gegner die Strohfeuer haben und das Volk einfließen wollten. Das haben wir trotz aller Schwierigkeiten verhindert. ...

Von großer Bedeutung aber ist, daß die socialdemokratischen Stimmzahlen trotz der Schwierigkeiten und des lähmenden Einflusses der Dreiklassenwahl gewachsen sind. In den beiden Dresdner Kreisen ist der Zuwachs allerdings nur gering. Im zweiten Kreise haben sich unsere Stimmen seit 1895 nur von 3027 auf 3164 vermehrt, im dritten Wahlkreise von 1933 auf 1970. In Leipzig aber ist der Zuwachs beträchtlich. Unsere Stimmzahl vermehrte sich seit 1895 um dortigen zweiten Wahlkreise von 1053 auf 2265, im vierten Wahlkreise von 889 auf 4804. Allerdings sind auch die gegnerischen Stimmen in fast demselben Maße angewachsen. Vom Wachstum unserer Stimmen zeugt auch ein Vergleich der Wahlresultate im 9. ländlichen Wahlkreise. Dort erhielten wir 1895, also unter dem Censuswahlrecht, 572 Stimmen, bei der ersten Wahl unter dem Dreiklassen-Wahlrecht 687 und jetzt beinahe 1100 St. Ganz besonders erfreulich ist das Ergebnis im 6. ländlichen Wahlkreise (Antsdorf-Bezirk Krenzau und Schirgiswalde). Dort erhielten wir 1895 im ganzen Kreise 173 Stimmen. Bei den jetzigen Wahlen haben wir dort in der 3. Klasse 16 Wahlmänner durchgebracht. Stimmzahlen liegen leider nur aus 9 Bezirken vor. Aber schon in diesen neun Orten beträgt unsre Stimmzahl 331, also schon dreimal mehr als 1895. In Wirklichkeit dürften wir 900 bis 1000 Stimmen in diesem Wahlkreise, dem schwarzen Winkel der Provinz, erreicht haben. Erfreulich sind auch die Fortschritte im 16. sächsischen Wahlkreise. Dort hatten wir 1895 2320 Stimmen, bei den diesjährigen Wahlen aber allein schon in der 3. Klasse 4193. Unsre Stimmzahl hat sich mithin verdoppelt. In diesem Kreise blühte indes der Fortfall des Census von Einfluß gewesen sein, was in den übrigen Wahlkreisen nicht der Fall ist. Im 41. ländlichen Kreise sind wir von 1250 Stimmen auf 1592 Stimmen gestiegen, die allein schon in der dritten Klasse abgegeben wurden. In alledem kommt noch, daß wir auch in der zweiten Wählerklasse vereinzelt Erfolge erzielt haben. Man sieht überall ein erfreuliches Vorwärtsschreiten, wohn der Blick dringen kann. Eins steht nun fest: die von den Gegnern erhoffte Entmutigung der socialdemokratischen Wählerklasse ist nirgends zu bemerken. Nur macht sich zum Teil die Empörung über den Wahlrechtsraub durch eine große Gleichgültigkeit bemerkbar, die wir durch regere Agitation beseitigen werden. Dann werden unsre Stimmzahlen noch deutlicher reden und den Gegnern sehr unangenehm werden.

Wir sind auf dem richtigen Wege mit der Wahlbeteiligung, das giebt auch die „Leipziger Volkszeitung“ zu. Sie schreibt am Schluß einer Betrachtung über die Landtagswahlen:

„Reinesfalls darf uns das Dreiklassen-Wahlrecht, dieses ungerechteste aller Wahlrechte, wieder auf die Bahn der Wahlenthaltung treiben. Die Parteiverhältnisse, die politischen und sozialen Zustände sind in Sachsen so erbärmliche, daß die Wahlenthaltung dieser erbärmlichen Zustände Vorhubs leisten könnte — die Wahlenthaltung würde nur der Reaktion zu Hatten kommen. Schließlich bietet aber die Wahlbeteiligung das beste Mittel, gegen das Wahlrecht selbst Sturm zu laufen. Je entschiedener und eifriger wir auch unter dem Klassenwahlrecht an die Wahlen gehen, um so sicherer wirken und praktische Erfolge, wenn auch zunächst nicht an Mandaten, so doch durch die Ausdehnung unsrer Partei. Je härter aber unsre Partei wird, je mehr es uns gelangt, das Vürgertum gegen die Reaktion kämpf zu machen, um so eher wird die Zeit kommen, da das elendeste aller Wahlrechte in Scherben am Boden liegt.“

Wir stimmen dem rückhaltlos zu, bemerken nur noch: Die Entregung des sächsischen Volkes kann nicht eindringlicher, als durch solche Zahlen dargelegt werden, wie wir sie aus Chemnitz und Leipzig veröffentlicht haben. Die Thatsache, daß ein reaktionärer Kandidat siegen kann, obwohl er nicht die Hälfte der Stimmzahl auf sich vereinigt hat, muß die Entregung über die Wahlenthaltung auch aufs äußerste steigern. Solche Zahlen werden die wichtigste Waffe im Kampfe gegen die Wahlrechtsbräuber und das Dreiklassen-Wahlrecht bilden. Diese Waffe erlangen wir aber nur durch die Wahlbeteiligung. Zudem treibt uns die Landtagswahl zu intensiverer Agitation. Wenn diese vorläufig auch nicht zu praktischen Erfolgen führt, so kommt sie doch unter Presse und der Organisation zu gute und schließlich werden wir bei den Reichstagswahlen ernten, was wir bei den Landtagswahlen geerntet haben. —

## München, 2. Oktober. (Eig. Ver.) Bayerischer Landtag.

In der heutigen Sitzung erstattete die vor 2 Jahren von der Kammer eingesetzte Hochwasserkommission ihren Bericht. Bei dieser Gelegenheit kündigte der Minister des Innern einen neuen Gesetzentwurf an, der möglichst bald der Kammer vorgelegt werden soll und der eine einheitliche Regelung der Wasserverfügung bezweckt. Es soll dabei auch auf eine rationelle fraktische Ausnützung der vorhandenen Wasserkraften im Interesse der Allgemeinheit Rücksicht genommen werden. Der Centrum-Abgeordnete Steininger beklagte, daß viele private Triebwerksbesitzer durch die Inflationen und namentlich durch die hauptsächlichsten Wasserkraftsanlagen im Quellengebiet des Mangfallthales geschädigt würden. Er verlangte, man solle dem Entzug von Wasserkraften durch solche großstädtische Wasserkraftsanlagen Einhalt thun.

Gegen diese agrarischen Wünsche protestierte Abgeordneter Ad. Müller (Soc.) mit Entschiedenheit. Letzterer verlangte auch von der Regierung Nachweisungen über die jetzige Lage der Wasserkraft-

benutzung durch Private und welche Gebühren dafür bezahlt werden. Der Minister sagte eine Erfüllung dieses Wunsches zu.

In dem heutigen Einlaß der Kammer befand sich u. a. auch ein Gesetzentwurf, der für die Beschaffung von Wohnungen für die Beamten und Bediensteten der Staatsbahnen den Betrag von 4 500 000 M. fordert.

## Ueber die

## Zolltarif-Debatte

am Donnerstag wird telegraphisch gemeldet:

Hg. Heim begründet die Interpellation des Centrums über die Stellung der bayerischen Staatsregierung zum Zolltarif. Ministerpräsident Graf Crailsheim erwidert, die bayerische Regierung sei stets bestrebt, der Landwirtschaft in ihrer schwierigen Lage zu helfen; dazu gehöre auch die Gewährung verstärkter Zollschutzes. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle finde jedoch ihre Grenze in der Rücksichtnahme auf die Gesamtheit der Abnehmer sowie auf die Möglichkeit des Abschlusses langfristiger Handelsverträge. Der neue Zolltarif-Entwurf sehe einen namhaften erhöhten Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor. Für solchen Zollschutz werde die bayerische Regierung eintreten. Der Minister legt sodann die Gründe dar, welche gegen die Forderung eines gleichen Zollschutzes für alle Getreidearten sprechen. Er betont, daß eine allzu große Erhöhung des Hopfenzolles eine gewisse Gefahr für den bayerischen Hopfenexport mit sich bringe, und warnt im Interesse der Bierbrauindustrie, speziell auch der kleinen Bierbrauer, vor einer übermäßigen Erhöhung des Gerstenzolles. Finanzminister Fehr v. Niedel äußert sich in gleichem Sinne. In der Besprechung der Interpellation fordern alle Redner des Centrums und des Bauernbundes höhere Hopfen- und Gerstenzölle, vor einer übermäßigen Erhöhung des Gerstenzolles. Minister Fehr v. Feilich erklärt, daß die bayerische Regierung im Bundesrat beantragen werde, die bisherige Begünstigung für die Grenzbevölkerung bezüglich der Einfuhr von Frucht- und Vieh fortzusetzen zu lassen oder mindestens eine fünfjährige Uebergangsfrist zu gewähren. Die Weiterberatung der Interpellation wird sodann auf Freitag verlag.

**Vor der badischen Landtagswahl.** Aus Karlsruhe wird gemeldet: In einer von über 3000 Personen besuchten Versammlung der Oppositionsparteien sprach v. Bollmar gegen die Politik der Nationalliberalen vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standpunkte aus und erinnerte besonders an deren Haltung in Sachen des Reichstags-Wahlrechts, das sie in denselben Augenblicke befechtigen wollen, wo sie einmal die Majorität hätten. Eine Aufgabe der sächsischen Parlamente müsse es sein, der deutschen Regierung zu beweisen, daß anders als bisher gewirtschaftet werden müsse. Rechtsanwalt Muser (Demokrat) erklärte das Verhalten der Freisinnigen in Karlsruhe für einen direkten Gegensatz zu politischer Treue und Charakterfestigkeit. Er legte heute den Tag, wo in Baden sich die Freisinnigen von den Demokraten getrennt haben.

Es ist zu hoffen, daß die Socialdemokratie ihre heftig umstrittenen Mandate in der Residenzstadt bei der am Freitag stattfindenden Wahl erhalten wird. —

**Wegen Majestätsbeleidigung** hatte sich heute der Kaiser Maximilian Joellmer zu Neu-Nahsdorf vor der zweiten Strafkammer vom Landgericht II. Berlin zu verantworten. Zur Zeit der Landestrainer für die Kaiserin Friedrich befand sich der Angeklagte in einem Restaurant seines Wohnortes. Dort wollte er den im Lokale aufgestellten Musik-Automaten spielen lassen. Ein Polizeibeamter in Civil, der zufällig anwesend war, hielt dies mit Rücksicht auf die Landestrainer für unzulässig und rief dem Angeklagten, davon abzulassen. Dieser beleidigte darauf die verstorbene Kaiserin und im Hinblick darauf auch den jetzigen Kaiser. Die Verhandlung fand in nicht öffentlicher Sitzung statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die ungarischen Wahlen.

**Budapest, 3. Oktober. (W. Z. B.)** Die Wähler konstatierten als Ergebnis des gestrigen Wahltages einen großen Sieg der Regierungspartei. Sämtliche Oppositionsparteien dürften zusammen nicht mehr als ein Drittel des Abgeordnetenlaufes bilden. Die Presse hebt die auffällige Verminderung der liberalen Volkspartei hervor. Von 203 Abgeordneten gehören 197 der Regierungspartei, 52 der Volkspartei, 14 der liberalen Volkspartei an, 7 sind parteilos, 3 sind auf ein Nationalitätenprogramm gewählt, einer ist Demokrat.

Ferner stellen die Wähler mit Genugthuung fest, daß die Wahlen noch niemals so ruhig verlaufen sind, wie diesmal. Innerhalb ereigneten sich einige Zwischenfälle, bei denen infolge der Aufregung die Wähler gegeneinander gerieten und mehrere verwundet wurden. Militär mußte nur in zwei Bezirken einschreiten und von der Waffe Gebrauch machen, so daß einige Personen verletzt wurden. Die Wahlhandlung mußte im Einzelgehler Bezirk infolge der Terrorisierung durch die Volkspartei, wo das Militär aus Notwehr die Waffe gebrauchte, suspendiert und im Stompser Bezirk für ungültig erklärt werden. —

### Frankreich.

**Paris, 3. Oktober.** Mehreren Blättern zufolge wird die Regierung die Kammer nicht, wie ursprünglich beschlossen, am 22. Okt., sondern erst am 15. November einberufen, um der Budgetkommission Zeit zu geben, ihre Beratungen zu Ende zu führen. —

### Nationalistischer Vorkoh.

**Paris, 3. Oktober.** Eine halbamtliche Note erklärt, die Regierung habe sich bei der Ernennung des Generals Florentin zum Großkanzler der Ehrenlegion durchaus nicht von politischen Beweggründen leiten lassen. General Florentin habe für seine langjährigen Dienste eine Belohnung verdient und die Regierung sei der Ansicht gewesen, daß General Davout, der sechs Jahre hindurch als Großkanzler funktionierte, den Posten lange genug innegehabt habe. Durch die Entscheidung der Regierung habe Davout keineswegs gedemütigt werden sollen. — Vice-Admiral Lesboe hat gestern Abend seine Entlassung als Mitglied des Ordensrates der Ehrenlegion eingereicht. Auch General Hartung wird, den nationalistischen Blättern zufolge, aus dem Ordensrat austreten. „Gaulois“ deutet an, daß General Florentin unter diesen Umständen sich leicht entschließen könnte, von seinem Posten zurückzutreten. Die Regierung habe diese Möglichkeit bereits im Auge gefaßt und werde sich entschließen, in diesem Fall dem früheren Präsidenten der Republik Casimir Perier den Posten des Großkanzlers anzutragen. —

### Türkei.

#### Der englisch-türkische Streitfall.

**Konstantinopel, 3. Okt.** Von zuständiger türkischer Seite wird jede Absicht der ottomanischen Regierung, zur Befestigung von Souda (am persischen Meerbusen) zu scheitern, bestimmt mit der Erklärung bekräftigt, daß dies nicht im türkischen Interesse läge, überdies auch auf dem entlassenen Widerstand Englands hohen würde. Die ottomanische Regierung würde nur die Bekräftigung der Waffenruhe nach Arabien über Noweit, wie sie zwischen England und der Türkei beim Abschluß des Uebereinkommens aus Anlaß des früheren Zwischenfalls in Noweit vereinbart worden ist. Die Amtsenthebung des Wali von Wasra, Ali Ruffin-Pascha, wird auf dessen schlechte Verwaltung zurückgeführt. —

### Amerika.

**Mosk freigesprochen.** Dem „B. Z.“ wird aus New York gemeldet: Johann Mosk wurde heute vom Gerichtshof freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er in seinen Reden Aufreizungen begangen hat.



# Der Boeren-Krieg.

## Eine englische Schandthat.

**Johannesburg, 30. September.** Der unter der Anklage der Spionage und des Hochverrats vor Gericht gestellte frühere dritte Staatsanwalt der Südafrikanischen Republik Broekma, welcher Vermittler zwischen den im Felde stehenden Boeren und Dr. Verds und Dr. Krause gewesen ist, ist der genannten Verbrechen für schuldig befunden worden. Broekma wurde heute früh erschossen.

## Tapfere Boerenkrieger.

**Victoria, 2. Oktober.** Die Kolonnen der Obersten Fetherstonhaugh und Kelerich waren die Boeren bis nordwestlich von Magadone zurück. Als sie sich dann auf der Rückkehr von Mander getrennt hatten, wurde die Schwächste derselben von 800 bis 1000 Boeren, die wieder umgekehrt waren, heftig angegriffen, doch wurde auch dieser Angriff abgewehrt. Die Boeren hatten schwere Verluste. Sie ließen 6 Tote zurück; 10 wurden gefangen genommen. Die Boeren standen unter dem Befehl von Kemp, aber Delarey war auch anwesend.

**London, 3. Oktober.** Lord Ritchener meldet: Oberst Kelerich berichtet folgende Einzelheiten über den Angriff der Boeren auf sein Lager. Vor Tagesanbruch war eine Patrouille von Neomamb-Leuten ausgesandt worden, die den vorrückenden Feind traf; sie gab ein Warnungssignal, jedoch zu spät, um zu verhindern, daß die kleine Abteilung überrollt wurde. Dadurch vermochten die Boeren sich einer Stellung zu bemächtigen, welche ihnen in günstiger Schußweite eine gute Deckung bot. Von dort überfielen sie das Lager mit einem heftigen Feuer, während zugleich Platanenriffe von beiden Seiten erfolgten. Die ganze Abteilung Kelerichs hielt sich unter schwierigen Umständen sehr tapfer. Der Angriff wurde nach mehr als zweistündigem Kampf abgewehrt. Die Boeren verbrauchten gewaltige Mengen Munition und mußten schwere Verluste erlitten haben. Die Mannschaften Fetherstonhaugh's sind jetzt mit denen Kelerich's in Stellung. Derselben nehmen die Verfolgung des Feindes auf. Die etwa 40 Verwundeten, über die noch bestimmte Nachricht gefehlt hat, werden heute nach Rustenburg geschickt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Aus der Versammlung sind ausgeschieden die Mitglieder Glöze (Mandat für ungültig erklärt durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts) und Müllerberg (Verzicht aus Gesundheitsrücksichten).

Der Protokoll des Vergleichts Jandé, Plan-Nr. 62d, gegen seine Nichtaufnahme in die Kommunalwähler-Liste ist auf Grund des in voriger Sitzung angenommenen Antrags Ewald im Wahlprüfungs-Ausschusse nochmals geprüft worden. Da Jandé in dem letzten Jahre und zwar vor seinem Aufenthalt in der Heilstätte am Grabowsee Steuerzahler gewesen ist, hat der Ausschuss einstimmig die endgültige Zuechtung des Protokolls beschlossen. Die Versammlung beschließt ohne Debatte in gleichem Sinne.

Der Neubeitrag des sog. Zeichenhaus-Baufonds soll nach dem vom Oberpräsidenten genehmigten Vorschlage des Magistrats in Höhe von 2307,68 M. zu je einem Drittel an die Aufseherämter, Lazarus- und Samaritergemeinde ausgeschüttet werden. Die Veranlagung stimmt dem zu.

Die Vorlage wegen Erwerbung der zur Freilegung der Voghagenstraße zwischen Franzstraße und Warshauerstraße erforderlichen Terrains geht an einen befähigten Ausschuss.

Die Verbreiterung der Alexanderstraße nach vor den Grundstücken 12 und 12a ist jetzt vom Magistrat als dringende Notwendigkeit anerkannt worden. Derselbe schlägt vor, die erforderlichen Grundstücksflächen (ca. 136 bez. 80 Quadratmeter) im Wege der Einweihung zu erwerben, da eine gütliche Einigung mit den Besitzern nicht zu erzielen war.

Nach kurzer Beratung wird die Vorlage demselben Ausschusse überwiesen, der sich bereits mit der Frage der Verbreiterung der Straße vor den Grundstücken 10 und 11 beschäftigt.

Das in der Köpplerstraße für eine Gasse errichtete 8-Talut in Form eines Hofplatzes für die Stadt erworbene Terrain von 45 Hektar hat sich bei der Neuvermessung als um 1/2 Hektar größer erwiesen. Es sollen nur etwa 1/4 Hektar davon städtischerseits noch übernommen und der Kaufpreis (10 M. pro Quadratmeter) von 4 000 000 auf 5 000 000 M. erhöht werden.

Es folgt die Beratung über die vom Magistrat der Versammlung zur Kenntnisnahme vorgelegten Aktenstücke in der Sache der Ueberführung der Straßenbahn

über die Straße Unter den Linden im Zuge der Neustädtischen Kirchstraße.

Dazu ist folgender Antrag Langerhaus-Michelet unterstützt von allen Fraktionen außer den Sozialdemokraten eingegangen:

Die Versammlung spricht ihr Bedauern aus, daß durch die verlangte Genehmigung dieser Ueberführung die städtischen Verkehrsinteressen und Finanzien schwer geschädigt werden und daß, obwohl die städtische Verwaltung nach Mitteilung der zuständigen Staatsbehörden die königliche Genehmigung der vorbereiteten Ueberführung als gesichert voraussetzen konnte, diese Genehmigung nicht erteilt ist und ersucht den Magistrat, mit allen geeigneten Mitteln die Genehmigung zur Ueberführung zu erwirken.

**Stadt. Langerhaus:** Ich hoffe nicht nötig zu haben, eine Begründung zu geben. Diese Angelegenheit ist so außerordentlich wichtig, daß wir unbedingt Stellung dazu nehmen müssen; es liegt hier eine so unerhörte Thatfache vor, daß wir von Stadtwegen das dringendste Interesse haben, möglichst Widerstand zu leisten und alle Mittel in Bewegung zu setzen gegen die Verweigerung der Konzession über die Linden. Wir haben doch ohne Zweifel alle den Gedanken, daß der König entschlossen war, diese Linie zu genehmigen, da er entschieden Anweisungen im Schöße des Ministeriums gegeben haben muß, daß diese Linie einer Ueberführung durch die Charlottenstraße vorzuziehen sei. Ich glaube, wir nehmen einstimmig diese Resolution an. Sie wird uns Gelegenheit geben, die Angelegenheit im Verwaltungsausschuss-Vorhaben zu fördern. Ich bitte Sie dringend im Interesse unserer Selbstständigkeit, nehmen Sie diese Resolution an! (Beifall.)

**Stadt. Singer (Co.):** Aus den uns vorgelegten Aktenstücken geht zweierlei unzweifelhaft hervor: 1. die Thatfache, daß der Minister 1892 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß anderen Projekten gegenüber die Ueberführung im Zuge der Kanonierstraße für richtig gehalten wurde, und 2. daß die im Erlaß des Kaisers gewünschte Zuerstverteilung der Bahn sowohl wirtschaftlich als auch finanziell schwere Schäden für die Stadt herbeiführt, technisch außerordentlich schwer auszuführen ist und den Verkehr geradezu lahm legen würde. Es unterliegt gar keinem Zweifel, Magistrat und Verkehrsdeputation müßten nach der Korrespondenz mit dem Polizeipräsidenten der Ansicht sein, daß das Projekt einer Straßenbahn über die Neustädtische Kirchstraße keinerlei Ansehung an den staatlichen Stellen finden würde. Was inzwischen passierte, wodurch die Auffassung geändert worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis und ich habe keine Lust, mich auf Konjekturen einzulassen, aber ausgesprochen werden muß es, daß die tatsächlichen Verhältnisse in jenen Straßen sich nicht geändert haben. Wenn vor acht Jahren eine Ueberführung durch eine Pferdebahn für thunlich erachtet wurde, so sehe ich nicht ein, warum jetzt nicht eine elektrische Straßenbahn dort hindurchgeführt werden kann. Dieser Widerspruch ist vorhanden und muß aufgelöst werden. Die ungemein lange Zeit, die gebraucht wird, um aus dem Polizeipräsidenten eine Anfrage des Magistrats zu beantworten, läßt darauf schließen, daß der Polizeipräsident es für seine Aufgabe hält, die Anfragen des Magistrats nicht aus eigener Machtbefugnis zu entscheiden, sondern eine andere Stelle mitzuspochen und entscheiden zu lassen. Dem gegenüber sind wir gar nicht in der Lage, die gewünschten Einwendungen zu kennen und unserselbst zu widerlegen.

Wir können nicht wissen, welche Korrespondenzen der Präsident und die Minister führen, welche Vorträge dem Könige gehalten werden und welche Einflüsse in den staatlichen Instanzen, Polizeipräsident oder Ministerium, geltend gemacht werden gegen die Interessen der Stadt, ohne daß es der Stadt möglich ist, ihre Interessen zu vertreten, außer etwa im Wege der Beschwerde gegen eine Entscheidung. Das ist ein Zustand, der ebenfalls der öffentlichen Besprechung wert ist. Eine Lide befindet sich in der uns vorgelegten Korrespondenz. Der Oberbürgermeister machte uns am 12. September d. J. Mitteilung über eine von ihm nachgesuchte Audienz. Diese sei damals nicht bewilligt worden wegen der Reisedispositionen des Kaisers. Am 14. September erhielt der Magistrat das Schreiben des Polizeipräsidenten, wonach der Kaiser sich nicht entschließen kann, von seiner Meinung abzugehen. Verkürzung ist aber, daß seit der am 6. Juni nachgesuchten, am 8. Juni abgeschlagenen Audienz bis zum 24. September Magistrat und Verkehrsdeputation von den Dingen gar nichts mehr gehört haben. Der Herr Oberbürgermeister würde die Sache klären können, wenn er die Thatfachen mitteilen wollte, welche sich aus seinem mündlichen oder schriftlichen Verlebe ergeben haben sollten, damit ein vollständig klares Urteil in der Sache möglich wird. In den Zeitungen ist behauptet und bisher nicht widerprochen, daß die Nachsicht der Audienz direkt aus Anraten des Ministers v. Tzielen geschähe ist. Sollte das wahr sein, so wird die Rolle des Ministers noch etwas eigentümlicher, und wir wären auf dem besten Wege zur Kabinettsjustiz, daß die staatlichen Organe nur noch die Befehle der kaiserlichen Anstalten sind. Die Erörterung des Verkehrs ist unanschaulich in dem Schreiben des Oberbürgermeisters nachgewiesen. Den vorgeschlagenen Plan können wir unmöglich accipieren. Ganz abgesehen von den enormen Millionenkosten, von den technischen Schwierigkeiten und den Betriebsgefahren des Verkehrs scheint es mir ein unmögliches Verlangen, daß man die Straße „Unter den Linden“ ein für allemal für sacrosanct gegen die Verkehrsbedürfnisse erklärt. Wir sollen doch im Zeichen des Verkehrs leben! Was es den „Linden“ schaden soll, wenn sie nach der Quierung beim Opernhaus nochmals im Zuge der Neustädtischen Kirchstraße von einer Straßenbahnlinie durchschnitten wird, ist unerträglich. Wenn wir keine weiteren Verkehrsstörungen unter den „Linden“ hätten als durch Straßenbahnen, dann könnten wir uns glücklich schätzen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Sperren, welche höfliche Aufsätze dort herbeiführen, sind doch viel störender als eine Straßenbahn. Daß wir eine Verengung des Beschusses zu erwirken vermöchten, glaube ich nicht; rechtlich sind wir nicht in der Lage, die Genehmigung der Straßenbahn zu erzwingen gegen den Willen der Staatsbehörde; und wenn das so ist, haben wir allen Grund, uns vor Zuschnitten zu schützen, die, wie ich fürchte, in der Versammlung durch die vorgelegene Resolution hervorgerufen werden. Die Resolution spricht das „Bedauern“ aus; die Bevölkerung hegt ein Gefühl, welches wohl noch etwas stärker bezeichnet werden könnte. Ist es nicht ganz eigentümlich, daß wir durch eine Verengung des Verkehrs im königlichen Auftrage veranlaßt werden, das Projekt der Ueberführung an dieser Stelle ins Auge zu fassen?

Die Sicherheit, mit der uns von maßgebender Seite die Genehmigung in Aussicht gestellt worden ist, hat in den Verhandlungen der Verkehrsdeputation ja gerade zum Anlauf der Siemenslinien und zu der Förderung der sich daran anschließenden Verkehrsprojekte, die auch die Rentabilität jener Linien erhöhen sollten, geführt!

Alles dies wird mit einem Federstrich unmöglich gemacht und ein neuer Vorschlag kommt, der abermals Millionen kostet. Nun soll der Magistrat mit allen geeigneten Mitteln danach streben, diese Linie bewilligt zu bekommen. Wie soll er das machen? Soll der Magistrat im Zuge nach dem Schloß walken und dort den Kosen machen? (Große Heiterkeit.) Ich werde nicht für die Resolution stimmen, um die Versammlung nicht in die Lage zu bringen, ähnlich behandelt zu werden, wie es schon geschähe ist. Solche Resolutionen haben wirklich keinen Zweck. Es kann nur ausgesprochen werden, daß man ein solches Verfahren nicht begreift und die daraus erwachsenden Schäden nochmals betont. Diese Aufforderung der Resolution, der der Magistrat nicht nachkommen kann, entspricht auch gar nicht seiner Stellung; wir können ihn doch nicht als Mittelschlichter-Kommission Konstituieren und ihn veranlassen, als Gnade zu ertreten, was wir im Interesse der Stadt für selbstverständlich erachten. (Sehr gut!) Und was sind denn „geeignete“ Mittel? Soll demüthig Abbitte geleistet werden, daß wir einen Mann zum Bürgermeister gewählt und wiedergewählt haben, von dessen Qualifikation wir durchdrungen sind?

Soll Abbitte geleistet werden dafür, daß wir selbständig handeln und nicht jeden Schritt von königlicher Genehmigung abhängig machen wollen? Heigen Sie uns doch diese Mittel, welche der Magistrat anwenden soll, welche aber auch die Stellung der Bürgerschaft und des Magistrats nicht herabdrücken! Man soll sich klar machen, daß wir thatsächlich im größten Absolutismus stehen, daß wieder eine Art Kabinettsjustiz getrieben wird, wie sie längst als verfallen galt. Aber solche Anträge sind absolut inhaltslos, sie machen höchstens nach außen glauben, daß etwas geschähe ist. Wir werden eben von dem Bau der Bahn absehen müssen, denn die in der Presse aufgetauchten anderweitigen Projekte dürften hier doch keinen Boden finden. Dann muß aber auch festgestellt werden, daß die Verantwortung für die Schäden nicht wir tragen, sondern jene Stellen, welche sich als die obersten Hüter der städtischen Interessen betrachten, die da glauben, es könne in Berlin ohne ihre Genehmigung kein Nagel eingeschlagen werden. (Sehr gut.) Es war also in der Versammlung nichts weiter zu thun, als Kenntnis von den Akten zu nehmen und auszusprechen, daß in dem Nachweis der Notwendigkeit und Nützlichkeit jenes Vorschlages der Magistrat keine Schuldigkeit gethan hat und wir die Sache als erledigt betrachten.

**Oberbürgermeister Kirchner:** Meine Erklärung vom 12. September d. J. kann ich in vollem Umfang aufricht erhalten, auch nach der Seite hin, daß ich nur ein Besuch um Audienz eingereicht habe. Die Antwort lautete dahin, daß Se. Maj. sehr bedauere, wegen anderweitiger dringender Verpflichtungen vor Allerhöchster Ihrer Majestät keine Audienzen mehr gewähren zu können. Dann ist der Vorwurf erhoben worden, daß Magistrat und Verkehrsdeputation drei Monate lang nicht mit der Sache befaßt worden seien. Das verleihe ich gar nicht. Am 4. Juli ist die Remonstration des Magistrats abgegangen; die Verkehrsdeputation konnte bei der Scheitern der Sache nicht damit befaßt werden. In übrigen finde ich es ja sehr erklärlich, daß bei einer so schwerwiegenden und unerwarteten Entscheidung die Aufregung der Versammlung und Bürgerschaft groß ist, und ich finde es auch erklärlich und berechtigt, daß man bemüht ist, nach beiden Kräften die Interessen der Stadt wahrzunehmen. Man muß aber dabei ins Auge fassen, daß, was zu geschähe hat, geschähe mit der Ehrfurcht, welche wir dem Staatsoberhaupt schuldig sind, und in dem Sinne, daß die bestehenden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten so bald wie möglich ausgeglichen werden, daß wir zu suchen haben nicht den Streit und den Zwiespalt, sondern den Frieden und die Einigkeit. (Beifall.) Wenn wir jedem unserer Mitbürger gegenüber die Pflicht haben, in Frieden und Eintracht zu leben, so in erster Reihe unserem König und Kaiser gegenüber. Ich hoffe, daß die Verhandlungen in diesem Sinne weitergeführt werden. Daß der Vorredner dem nicht ganz Ausdruck gegeben hat, wundere mich nicht von dem Vertreter einer Partei, die sich in diesem Saale ausdrücklich als republikanisch bekannt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es muß zum Ausdruck kommen, daß man in dieser Beziehung auf einem andern Standpunkt steht und mit solchen Tendenzen keine Gemeinschaft hat. Wir stehen um so fester und sicherer auf unserem Standpunkt der Vertretung der städtischen Interessen, je entschiedener wir hietrauf Rücksicht nehmen; nur dann können wir zu einem gedeihlichen Ende. Wichtig ist, daß das Verwaltungsvorverfahren hier gänzlich ungeschicklich ist; der König befindet sich auf völlig illegalem Boden; so unangenehm und nachteilig seine Entscheidung ist, sie ist legal unanfechtbar. Ich verstehe die Resolution nicht dahin, daß wir bittend im Schloß erscheinen, wie

der Vorredner ironisch gemeint hat, sondern daß der Magistrat immer wieder die sachlichen Gründe für seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen sucht und daß die Macht der Thatfachen es dahin bringen wird, daß die Befriedigung dieses Verkehrsbedürfnisses als notwendig anerkannt wird, daß wir später doch erreichen, was augenblicklich verlangt worden ist. Diese Hoffnung ist das einzige, was wir begreifen können. (Zustimmung; auf anderer Seiten Heiterkeit und Aufsehen und Hatten . . . Wir können warten!)

**Stadt. Cassel:** Ich freue mich, daß bei einer so wichtigen Frage eine solche Einigung der verschiedenen Richtungen zu erreichen gewesen ist. Kollege Singer hat in dem ziemlich ruhigen Eingange seiner Rede viel Interessantes ausgeführt. Es ist doch sehr die Frage, ob der gegenwärtig bestehende Zustand auch der wünschenswerte ist. Kaiser Berlin ist mir noch Potsdam an eine solche königliche Genehmigung gebunden. Es fehlt uns an jedem Rechtsbehelf gegen derartige Entscheidungen. Auch giebt ein derartiger Zustand, wo wir zunächst nach Erklärungen der staatlichen Instanzen eine Genehmigung voraussehen müssen, die nachher nicht erteilt wird, zu schweren Bedenken Anlaß; im Landtage werden die Vertreter Berlins den Minister darüber zu interpellieren haben. Wenn Herr Singer von Kosen im Schloß (Kurs Stadtthagen's: Im Schloßhofe! Heiterkeit) spricht, so meint er das wohl kaum ernst. Wir denken gar nicht daran, von unserm wohlverwogenen Beschusse abzugehen. Betella und unsre Selbstachtung aufgeben wollen wir natürlich nicht. (Beifall.)

**Stadt. Rommsen:** Wir stimmen für die Resolution in dem Sinne, daß wir nach außen zeigen wollen, daß die Stadt an dem wohlverwogenen Plan feilt und hofft, daß ihre sachlichen Gründe auch die allerhöchste Stelle überzeugen werden.

**Stadt. Nathan (N. 2.):** Man kann hoffen, daß, wenn Krone und Ministerium unsre Verhandlungen aufmerksam verfolgen, sie erkennen werden, daß die gefallene Entscheidung außerordentlich ungünstig gewesen ist und lediglich der Socialdemokratie zum Vorteil gereicht hat. Von Notumachen kann keine Rede sein. Auch die Socialdemokratie geht oft, wenn es ihrem Interesse so besser entspricht, nicht bis ans anherste Ende. So war es auf ihrem letzten Parteitage so, als man Lassalleaner und Marxisten zusammen bringen wollte. Es wurde ein großes sacrificium dell' intelletto gebracht, was aber der Partei als solcher zu gute gekommen ist.

**Stadt. Singer:** Mit dem Kollegen Nathan über die Vorkommnisse auf unserm Parteitage mich zu unterhalten, habe ich weder Veranlassung, Herr Nathan zieht heute nicht zum erstenmale unsere Partei in den Rahmen seiner Betrachtung. Auf seinen heutigen geschmackvollen Versuch in dieser Richtung gehe ich umsoweniger ein, weil diese Dinge absolut nicht hieher gehören. Seine Anführung des Beispiels der Lassalleaner und Marxisten war höchst verfehlt, denn deren Einigung erfolgte zur Niederdrückung des gemeinsamen Feindes, und der war derselbe, welchen Herr Nathan in seiner politisch-wirtschaftlichen Anschauung noch heute vertritt. Den Schlußsatz der Resolution halte ich für so schwach, daß ich gar keine Sehnsucht nach ihr habe. Herr Cassel glaubt doch selbst nicht im entferntesten daran, daß die „Stelle“, um die es sich hier handelt, durch Nachgiebigkeit gewonnen werden kann. Der Oberbürgermeister hat ganz richtig gemeint, daß wir einen andern Standpunkt einnehmen, denn bisher haben wir nach keinen socialdemokratischen Oberbürgermeister. (Heiterkeit.) Aber in der guten alten Zeit hat das Bürgerthum oft einen Standpunkt eingenommen, welcher sich von dem unsrigen sehr wenig unterscheidet. Sie brauchen nur die Akten der Berliner Stadtverwaltung aus den 60er Jahren nachzuschlagen, wir haben ja auch noch lebende Zeugen dieser Zeiten und dieser Beschlässe unter uns, die ganz anders lauteten bei ähnlichen Konstellationen als der Rat, den der Herr Oberbürgermeister giebt: langsam zurückweichen, nachgiebig und ehrfurchtsvoll zu sein, dann sei es möglich, etwas zu erreichen. Nein, Herr Oberbürgermeister, ich sage, das Interesse unserer Mitbürger erheischt es, daß die Stellung unsres Magistrats nach oben eine andre wird als in den Dutzenden von Fällen der letzten Jahre. „Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!“ Eine Behandlung, wie wir sie erfahren haben, sollten wir endlich einmal damit verpfeifen, daß wir die Demütigung nach oben in Standhaftigkeit nach oben verwandeln. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

**Oberbürgermeister Kirchner:** Der Vorwurf der Nachgiebigkeit und Demüt trifft mich nicht. Mit allgemeinen Behauptungen von Dutzenden von Fällen ist gar nichts gethan. Heraus mit den einzelnen Fällen! Ich bin redlich bemüht gewesen, an jeder Stelle und in jeder Situation die Interessen der Stadt zu vertreten. Ich muß sagen, daß Herr Singer, ohne Thatfachen anzuführen, hier Behauptungen aufstellt, welche mit Beweisen zu belegen er nicht in der Lage ist.

**Stadt. Nathan** protestiert gegen die ihm wiedererholte Ueberführung.

**Stadt. Cassel:** Herr Singer macht sich oratorische Effekte recht leicht. Ich habe weder Nachgiebigkeit noch Soufistik empfunden, das schiebt er mir unter und somit waren seine Folgerungen unberührt. Ich protestiere ebenfalls gegen den Mythos, als hätte jemals diese Versammlung einen byzantinischen Schritt gethan. (Unruhe.) Wir haben nichts weiter gethan, als die Pflichten erfüllt, welche der Haupt- und Residenzstadt obliegen. (Stadt. Hoffmann: Gut gerückt! Heiterkeit.)

**Stadt. Singer:** Ich bestreite, daß ich bloß allgemeine Redensarten gemacht hätte. Ich habe gesagt, der Magistrat hat in der letzten Zeit eine Reihe von Dingen antgethan, und zwar im Einverständnis mit der Mehrheit dieser Versammlung, die dem, was ich im Interesse der Bürgerschaft für nötig halte, nicht entsprechen. (Unruhe.) Der Oberbürgermeister will Einzelheiten wissen. Ich erinnere an die Verbreiterung der Königstraße. Diese Verbreiterung auf der Nordseite war schon genehmigt, da wurde auf einen Wunsch von oben die Südseite verbreitert, was uns 10-12 Millionen kostete. Denken Sie an die Schloßterrasse. Da sollte ein im Strohensiveau liegender Rasenstreifen abgetreten werden; das jetzige Bauwerk hält der Oberbürgermeister vielleicht immer noch dafür (Zwischenrufe!) Seien Sie doch keine Pharisäer, wenn ich bitten darf! Der Oberbürgermeister persönlich hat eine Rede mitangelesen, in der von Pferde herab erklärt wurde, daß, wenn die Berliner noch einmal frei und unbotmäßig sein würden, die Alexandriner dann auf sie schäßen würden. (Unruhe.) Das sind Thatfachen, welche die Bürgerschaft mit großer Entrüstung vernommen hat! Und dann die Vereinstätigkeit, mit der sich die Vertretung der Bürgerschaft an das Brandenburger Thor begeben läßt, um fremde Fürsten zu empfangen und zu begrüßen! Auch darüber berichtet bei dem größten Teil der Bevölkerung große Entrüstung. Wer seit Jahrzehnten diese ewige Nachgiebigkeit hat beobachten können, muß zu dem Urtheil kommen, daß die Kommunalpolitik des Magistrats nicht dem Interesse der Bürgerschaft entspricht. Die Verantwortlichkeit, von der hier die Rede ist, ist nach meiner Meinung gar nicht so geartet, daß sie einen ernsthaften Widerspruch nicht verstände; ich glaube im Gegenteil, die Bürgerschaft würde ein viel willigeres Ohr finden, wenn ihre Kundgebungen nicht immer von ihren hoffischen und byzantinischen Formen begleitet wären. (Beifall und große Unruhe.)

**Oberbürgermeister Kirchner:** Wenn man auf andre sogenannte Zeiten verweist, wo die Männer an meiner Stelle anders verfahren sind, wenn man sagt, wir trieben byzantinisches Wesen, so liegt doch darin der Außenwelt gegenüber der Vorwurf, daß ich die Rechte der Stadt nicht, wie es sich gehört, vertreten hätte. Den Einzelfällen habe ich vollkommen entgegengekommen; jetzt nach ihrer Ausführung habe ich das Bewußtsein eines recht guten Bewusstseins. Die Königstraße wurde doch ganz wesentlich aus Verkehrsbedürfnissen verbreitert. Was die Schloßterrasse betrifft — hat da wirklich die Selbstverwaltung eine Niederlage erlitten, wenn das Gelände einige Centimeter höher oder niedriger ist? Die Empfänger am Brandenburger Thor haben auch in den „alten Zeiten“ stattgefunden; Berlin hat nie die Anstandsspflicht der Gastfreundschaft und Repräsentation vernachlässigt, wenn eine solche Gelegenheit wiederkommt. Und wie soll mich wegen der Alexanderstraße ein Vorwurf treffen? Ich bin der Einladung des Offiziercorps gefolgt und habe die Au-



prache mit angehört. Sie war nicht so scharf, wie die Zeitungen sie gebracht haben, sie war auch psychologisch und menschlich erklärlich, unmittelbar nach den Ereignissen in Bremen, wo der Kaiser unzweifelhaft eine schwere Wunde erlitten hatte und die Verhältnisse in Bremen noch nicht geklärt waren. Nichtsdestoweniger hat mich die Anrede tief gekümmert, und ich hätte mir wohl was darum gegeben, wenn sie nicht gehalten worden wäre. Aber sie anzuhören, dem konnte ich mich nicht entziehen. Ich war Gast des Alexander-Regiments; hätte ich vielleicht das Lokal verlassen sollen? Das wäre eine lächerliche Taktlosigkeit gewesen. (Lebhaftes Zustimmung.) Solche Dinge unternehme ich nicht, ich bin kein Bürgermeister von Reims. (Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird die Resolution Langenhans mit 95 gegen 20 Stimmen angenommen. Mit der Minderheit stimmen u. a. Stadtv. Marggraf (N. L.) und Freygel (Antisemit).

Die Vorlage wegen

Vorführung des Kaiser und Kaiserin Friedrich Kinder-Krankenhaus

beauftragt Stadtv. Dr. Freudenberg (Soc.) einem Ausschusse zu überweisen, da er die präcise Ausföhrung der Bedingungen vernimmt, unter welchen die Uebernahme des Krankenhauses seitens der Stadt erfolgen soll.

Nach Ablehnung des Antrages Freudenberg erfolgt die unveränderte Annahme der Vorlage. Untern 30. September haben die Stadtv. Singer und Genossen folgenden dringlichen Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob es wahr ist, daß — wie Zeitungsnotizen melden — der Kaiser gegen die Vorsehung und Aufstellung der von der städtischen Kunstdeputation zur Ausschmückung des Friedrichshains bestimmten und in der Ausstellung begriffenen Brunnenbrunnen Einspruch erhoben hat.

Stadtv. Singer: Der Antrag ist gestellt, um diese ebenfalls die Einwohnerhaft lebhaft beschäftigende Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen; er wäre überflüssig gewesen, wenn uns der Magistrat auch hier die Akten vorgelegt hätte. Die gestrige Verhandlung in der Kunstdeputation hat die Anfrage bereits beantwortet. Wir haben Kenntnis erhalten von einem auf dem Instanzwege uns zugegangenen Schreiben, welches den Einspruch enthält. Der Polizeipräsident teilt uns im Auftrage des Ministers mit, daß der Kaiser die Aufstellung des Denkmals in seiner bisherigen Ausführung nicht gutheißen kann, und es werden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht. Die Arbeiten an der Ausschmückung des Friedrichshains beruhen auf dem Beschlusse der Kunstdeputation von 1893, wonach der Eingang des Hains künstlerisch ausgeschmückt und der Anlage ein architektonischer Abschluß gegeben werden sollte. Stadtbaurat Hoffmann hat den schönen Gedanken der Anlage von Brunnen mit Darstellungen aus der Welt der Kindermärchen gehabt und dieser stieß sofort auf allgemeine Sympathie; in den langen Jahren ausgiebiger Arbeit sind die Entwürfe immer noch veredelt und verbessert worden, die Modelle sind bewährten Künstlern wie Kargel und Biedermann zur Ausführung übertragen. Aus der Rückschau der baupolizeilichen Erlaubnis kommt die jetzige Situation. Dem Kaiser erscheint die Ausführung der Idee nicht richtig und er giebt Änderungen anheim. Dem Schreiben ist ein Ministerialrequisit vorangegangen, welches die Vorlegung aller derartigen Entwürfe verlangt und sich dabei auf das Bau- und Hochbaugesetz von 1875 und auf den Wortlaut des bei der Sitzungsübernahme geschlossenen Vertrages mit dem Kaiser stützt. Dort ist aber überall nur von Denkmälern die Rede; diese Brunnenanlage ist ein solches nicht. Der angezogene Vertrag bezieht sich überhaupt nicht auf den Friedrichshain, eine rein private Schöpfung der Stadt, wo wir, vielleicht von bau- und sicherheitspolizeilichen Rücksichten abgesehen, aufstellen können was uns beliebt. Diese Rechtsfrage liegt also klar und wir dürfen daher nicht zugeben, daß diese Anlagen der kaiserlichen Genehmigung bedürfen. Man hört ja, daß auf derselben Grundlage jetzt das Feuerwerk-Denkmal, die Mantelstraße beantragt werden, ja, es soll sogar der Befehl ergangen sein, daß hinfert alles, was Berlin an Bauten und Anlagen beabsichtigt, zuvor der kaiserlichen Genehmigung unterbreitet werden soll. Die Vertreter Berlins arbeiten jahrelang an einem Kunstwerk, wenden Mühe auf und geben Geld aus, und nun kommt der Kaiser und sagt uns: Was Ihr da machen wollt, gefällt mir nicht, es wird nicht gemacht. So künstlerisch der Kaiser veranlagt sein mag, hier ist er Late und sein Urteil kann nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Jene Einwendungen können doch aber auch unmöglich erst im Moment der Fertigstellung gemacht werden. Wenn also den Ansichten des Kaisers Rechnung getragen werden soll, müßte der Kaiser an den Sitzungen der Kunstdeputation teilnehmen und von Anfang an seine Einwendungen machen, die dann eventuell zu berücksichtigen wären. (Heiterkeit.) Geht die Mehrheit auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens vor, so wird die Rechtsfrage jedenfalls endgültig entschieden werden. Ich glaube nicht, daß das Ober-Verwaltungsgericht dem Polizeipräsidenten recht giebt, fürchte aber auch nichts davon. In der Presse hat man die gestrigen Verhandlungen der Deputation falsch wiedergegeben und sogar zu verunkelt gesucht. Es ist nicht verächtlich worden, sich den Anschauungen des Kaisers anzupassen, es ist beschlossen worden, dem Magistrat zu empfehlen, den Polizeipräsidenten um eine definitive Auskunft, ob er die baupolizeiliche Genehmigung geben will, zu bitten und im Verweigerungsfall eine Klage in Erwägung zu nehmen. Der Zustand, daß jedes öffentliche Bildwerk in Berlin königlicher Genehmigung unterliegt, hat zur Zeit Friedrich Wilhelms IV. bestanden und diese Zeit wünschenswert, was doch nicht zurück. Was würden die Regierungsorgane und der Kaiser selbst sagen, wenn die städtische Verwaltung die von ihm aufgestellten Hohenzollern-Fürsten kritisierte, wenn sie die Idee des Rolands-Brunnens für den Kemperplatz abschällig beurteilte? Sie würde einfach als unbotmäßig und frech erscheinen (Heiterkeit.) Hoffentlich stellt sich der Magistrat und die Versammlung auf den Boden der von mir entwickelten Auffassung. Die Sache wird damit nicht für alle Zeit geordnet sein, aber wir bekommen dann wenigstens auch auf diesem Gebiete Klarheit, selbst wenn das Gericht uns Unrecht geben sollte.

Oberbürgermeister Kirchner: Auch ich habe von der Entscheidung zuerst durch die Presse und dann amtlich Kenntnis erhalten. Am 27. September ist bei uns ein Schreiben des Polizeipräsidenten vom 24. eingegangen, nachdem die Allerhöchste Ablehnung bereits in der Presse bekannt war. (Hört! hört!) Die baupolizeiliche Genehmigung wird nicht verweigert, sondern es wird mitgeteilt, daß Se. Majestät sich nicht habe entscheiden können, seine Genehmigung zu erteilen und es ist eine Reihe kunst-ästhetischer Erörterungen beigefügt, in denen u. a. andeingegeben wird, die geplante Anlage in kleine Gruppen aufzulösen. Die Kunst-Deputation hat sich bereits mit der Sache beschäftigt, der Magistrat noch nicht. Das Material liegt der Versammlung noch nicht vor, der Beschluß der Deputation ist für die Versammlung noch nicht da. Ob eine materielle Diskussion jetzt schon zweckmäßig wäre, ist mir doher zweifelhaft. Die Mitteilungen in der Presse sind unrichtig, ich habe sie nicht veranlaßt. Wichtig ist, was Herr Singer darüber mitgeteilt hat.

Auf Antrag der Stadtv. Cassel und Hugo Sachs und mit Zustimmung des Antragstellers Singer wird die weitere Diskussion vertagt.

Schluss 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Heber den guten Ton.

Der Parteitag in Lübeck war reich an persönlichen Auseinandersetzungen und diese haben sich gewiß nicht immer in den Grenzen gehalten, die man als wünschbar bezeichnen möchte; die Innehaltung dieser Grenzen ist dann um so wünschbarer, wenn die Auseinandersetzungen selber den Beschwerden über schlechten Ton gelten. Es ist dem Zusammenarbeiten der Genossen untereinander

gewiß nicht förderlich, wenn täglich nötige Auseinandersetzungen in allzu scharfe persönliche, vielleicht verletzende Angriffe ausarten, oder wenn vielleicht gar die Motive des andern eine Deutung erfahren, die verlegend wirken kann.

Es ist dem auch, wie wir schon erwähnt haben, in verschiedenen Parteiblättern ausgesprochen worden, daß eine Zurückdrängung der allzu persönlichen Angriffe, eine Milderung des da und dort beobachteten allzu derben Tones sehr zu wünschen wäre.

Das mummwunden auszusprechen ist kein Schade; auch in diesem Punkte ist Selbstkritik nötig und nützlich, obwohl wir nicht unangenehm lassen wollen, daß man auch in der Mahnung zum guten Ton leicht des Guten zu viel thun kann. Auch ein derbes Wort ist manchmal angebracht und in unserer Parteibewegung gilt es sogar als heiliges Menschenrecht, seine Meinung ungehindert zu sagen. Die Partei ist darüber noch nicht zu Grunde gegangen und wird auch in Zukunft noch manche derbe Auseinandersetzung ohne großen Schaden vertragen.

Wir haben nun gemeint, wenn von verschiedenen Seiten Klagen ausgesprochen worden seien über den Ton, so ist auch dies das heilige Menschen- und Genossenrecht derer, die es für nötig hielten; wir selbst hatten es nicht für nötig gehalten und wir würden es auch jetzt noch unterlassen haben, da es eben schon von andern befragt worden ist und wir es nicht gerade für besonders wirksam halten, wenn der Parteitag in eine allgemeine Klage über den schlechten Ton auslaufen sollte.

Aber wir sehen uns doch schließlich zu einer Aeußerung über diesen Punkt gezwungen durch unser Dessauer Parteiblatt. Dies Blatt stellt nun bereits durch zwei Nummern Betrachtungen über den Ton auf dem Parteitage und in der Parteipresse an, die schon durch ihre alles überwuchernde Länge den Eindruck erwecken, als hätten wir nun nach dem Parteitage gar nichts Wichtigeres zu thun, als uns gegenseitig eine allgemeine Vorlesung über guten Ton zu halten. Und wenn diese Betrachtungen noch dazu angethan wären, als gutes Beispiel zu wirken; wir wollten, so sehr es uns mißfällt, die Frage des Tones so in den Vordergrund gestellt zu sehen, noch hingehen lassen. Leider verfallt unser Moral predigender Genosse in Dessau dabei selber sehr tief in den Fehler, den er an andern so gründlich rügt. Er wendet dabei gegen einzelne Parteigenossen und deren Verhalten Bezeigungen an, die unter keinen Umständen zu billigen sind, die am allerwenigsten dann am Plage sind, wenn man selbst über schlechten Ton klagt und die nur geeignet sind, das zu fördern, was er so sehr bedauert, nämlich die Verschärfung des einmütigen Zusammenarbeitens der Parteigenossen. So gut gemeint die Bezeigungen des Dessauer Parteiblattes sein mögen, so kann die beachtliche Wirkung schon deswegen nicht erreicht werden, weil sie selbst das schlechteste Beispiel geben.

Wir könnten sie aber auch dann nicht als förderlich anerkennen, wenn sie als Musterbeispiel guten Tones gelten könnten, weil wir sie für eine arge Uebertreibung halten. Sie sind geeignet, in dem Fehler, der damit überschüttet wird, die Meinung zu erwecken, als ob der Parteitag gar nichts weiter geleistet hätte, als alle Moralphrediger zu gerechter Entrüstung über seinen bodenlos schlechten Ton zu entflammen. Damit wird dem Leser denn doch ein falsches Bild gegeben.

Sind Schattenreiter vorhanden, gut, so rüge man das in angemessener Weise. Wird aber das Schattenbild ins Ungemessene vergrößert und das Positive der Leistungen der Parteibewegung dadurch verunkelt, so entsteht ein Zerwürf und der Schaden ist schließlich größer als die Nutzen, den eine zur rechten Zeit und im rechten Maße vorgebrachte Rüge sonst stiften kann.

Arbeiten wir wieder!

Parteikonferenzen. Die Parteigenossen des östlichen Westfalens und der lipptischen Fürstentümer halten ihren Parteitag am 6. Oktober in Dielefeld ab.

Am 13. Oktober halten die Parteigenossen der Provinz Schleswig-Holstein, des Herzogtums Lauenburg, des Fürstentums Lübeck und der freien Stadt Hamburg ihren Parteitag in Altona ab. Auf der Tagesordnung steht unter andern der Entwurf eines Kommunalwahl-Programms.

Parteipresse. Aus der Firma Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei sind nunmehr die Genossen Herrn Schbow, Konrad Herrmann, Hans Berthner und Georg Neuh ausgeschieden und dafür vorläufig die Genossen Konrad Dorn und Max Haagenstein eingetreten. Die Firma bleibt unverändert.

Totenliste der Partei. In Greppin in der Provinz Sachsen erschoss sich der Parteigenosse August Thomas. Der Verstorbenen war in der Parteibewegung ebenso eifrig thätig wie in der Partei. Viehdiebstahl wird als Motiv der That genannt.

Politikalisches, Gerichtliches u.s.w.

Schandsucht, natürlich mit negativem Erfolge, wurde am Dienstag in der Redaktion des „Westruf“ in Essen. Die Staatsanwaltschaft trägt Verlangen nach Manuskripten betreffend Veröffentlichungen über Krupp's neuer Militärvorlage. Daß solche Publikationen der Firma für Propagandazwecke unbedenklich sind, finden wir begreiflich — nicht aber den Glauben, Dokumente darüber zu finden.

Dem Genossen D. H. v. E., Redacteur des „Westruf“, wurde bei seiner Vernehmung die Zwangshaft angedroht, da er die Aussage über seine Gewehrmänner verweigerte. Ein Beamter ist des Verrats an Fabrikgeheimnissen angeklagt.

In 30 M. Geldstrafe wurde der verantwortliche Redacteur des „Volksblattes“ für Dessau, Genosse M. Günther verurteilt, weil er in einer Preßpolemik den Redacteur eines Antisemitenblattes beleidigt haben soll.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! Laut Vertrag beträgt von nächster Woche ab bis 15. November die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden, und zwar von 7 1/2 bis 1/2 Uhr mit 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittag. Wir geben dieses mit dem Bemerkten bekannt, die angegebene Arbeitszeit strikte inne zu halten. Ferner soll auf jedem Bau oder Platz der Vertrag ausgehängen. Ist dieses nicht der Fall, so muß es unverzüglich geschähen, und sind Exemplare des Vertrags im Bureau, Engel-Platz 15, sowie bei den Bezirkskassierern zu haben.

Die Verbandsleitung.

Die Lohnkommission der Rabitzspanner ersucht uns um Ausnahme folgender Erklärung:

In dem vom Genossen Kater auf dem 5. Kongress der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften gegebenen Geschäftsbericht (Nr. 223 des „Vorwärts“ vom 24. September 1901) heißt es im Absatz 2 desselben Zeile 3: Der Centralisation sind seit dem letzten Kongress beigetreten ... der Verband der Rabitzspanner.

Dies entspricht nicht der Wahrheit. Der Verband der Rabitzspanner besteht als Filiale V Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands nach wie vor, nur ein kleiner Bruchteil von 20 bis 30 Mann, denen die Mehrheit bei der letzten Neuwahl der Ortsverwaltung nicht Rechnung trug, sonderte sich ab und segelt nun unter dieser Flagge.

Daß hierdurch die Rabitzspanner, aber auch die Unternehmer, welche letztere ihre Arbeitskräfte häufig von dem Arbeitsnachweis der Filiale V Berlin entnahmen, irre geführt werden, ist selbstverständlich. Da Vertreter dieser Art schon vorgekommen sind, sind wir beauftragt zu erklären, daß die Filiale V Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Rabitzspanner) nach wie vor auf dem Boden der Centralisation steht.

Die Lohnkommission. J. A.: Karl Selbmann.

Der Verband der Lederarbeiter (Gerber, Lederfärbler etc.) hat am 1. Oktober sein Verbandsbureau sowie die Redaktion und Expedition der „Lederarbeiter-Zeitung“ nach Brunnenstr. 102 verlegt.

Der Generalfreier der Flaschenmacher ist einer Meldung des „Hamburgischen Korrespondent“ zufolge nunmehr auch von der Vereinigung der deutschen Flaschenfabrikanten als beendet erklärt worden. — Wünschenswert wäre es im beiderseitigen Interesse, daß die Fabrikanten mit der offiziellen Proklamation der Beendigung des Streiks auch die Feindseligkeiten gegen die am Ausstand beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter beziehungsweise gegen deren Organisation einstellen. So lange man die zurückgekehrten Arbeiter mit dem Uebermut des Siegers behandelt, ist an einen tatsächlichen Frieden nicht zu denken.

Die Weberschaft von Efferberg reichte durch ihre Lohnkommission sämtlichen Bedauerns-Jobbrütern ein Gesuch um eine bescheidene Lohnerhöhung ein. Das Gesuch wurde durch die mißliche Lage der Textilarbeiter im allgemeinen, bedingt durch niedrige Löhne und die rapid steigenden Lebensmittel- und Mietpreise, begründet und gleichzeitig wollte man auch dem Unternehmertum Gelegenheit geben, bei Entgegennahme neuer Aufträge die Forderung der Weberschaft mit in Rechnung zu ziehen. Auch wurden bei Einführung neuer Artikel die Höchstlöhne, ferner die zehnstündige Arbeitszeit und für Warten auf Rohmaterial pro Tag 3 M. Entschädigung verlangt. Die Weberschaft ist seit entflohen, wenn nötig, den Kampf mit dem Fabrikantentum aufzunehmen.

In Aachen ist ein Webersreier bei der Firma Waldhausen ausgebrochen. In dem Ausstand, dessen Leitung in den Händen der christlichen Textilarbeiter liegt, sind 59 Weber beteiligt. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 10—15 Proz.

Die Korbmacher in Lübeck haben durch Verhandlungen mit der Innung eine Erhöhung der Accordpreise um 5—15 Proz. verlangt.

Ein christlicher Steinarbeiter-Verband, der seinen Sitz in Regensburg haben soll, ist kürzlich auf einer Zusammenkunft von 14 Delegierten in Würzburg gegründet worden. Des Geistes Kind die „Gewerkschaft“ ist, und was man von ihr zu erwarten oder nicht zu erwarten hat, beweist der Umstand, daß ein königlicher Steuerinspektor die Seele des Verbandes ist, und daß zu der Tagung 42 E i s t l i c h e eingeladen worden sind, von denen 8 die christlichen Verbandsgründer, unter denen sich übrigens zwei Steinmey-Polierer und zwei Steinbruch-Vesither befanden, mit ihrer Anwesenheit beehrten.

Verbot von Gewerkschaftsversammlungen. Der „Volks-Zeitung“ wird telegraphiert, daß die russische Regierung die nachgefragte Abhaltung gewerkschaftlicher Versammlungen innerhalb des Reichsterritoriums verboten hat. — Nun können doch die Unternehmer in Ruß-Greiz ruhig schlafen.

Ausland.

Zum Bergarbeiterfreier in Belgien meldet „Volks Telegraphen-Bureau“, daß sich der Ausstand im Lütticher Revier am Donnerstag auf alle Kohlenbergwerke am linken Ufer der Maas ausgedehnt hat. Die Zahl der Ausständigen wird jetzt auf 10 000 geschätzt. — In den übrigen belgischen Kohlenbezirken — so wird ferner gemeldet — ist der Ausstand langsam im Wachen begriffen, doch sei man noch weit entfernt von einem Generalausstand.

Zu einem allgemeinen Ausstand in ganz Belgien dürfte es überhaupt nicht kommen, da sich — wie wir gestern bereits berichteten — der nationale Kongress der belgischen Bergarbeiter gegen denselben erklärt hat.

Sämtliche Postkutscher Kopenhagens sind in den Streik eingetreten, weil ihre Forderung einer Lohnzulage von 10 Kronen zu ihrem jetzt im Durchschnitt 80 Kr. betragenden Monatsgehalt nicht bewilligt wurde. Am 14. September hatten sie ihre Abmündung eingereicht. Dem Posthalter war es infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit gelungen, Erlaß zu schaffen. Als die Streikbrecher am Dienstag zum erstenmal ausfahren sollten, hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, die den Streikbrechern natürlich nicht besonders freundlich gesinnt war. Das zahlreich erschienene Polizeiaufgebot fand aber keine Ursache zum Einschreiten.

Das Postkutschwesen in Kopenhagen ist Monopol eines Privatmannes, der daraus ein Jahreseinkommen von 78 000 Kr. bezieht. In der nächsten Reichstagsession wird jedenfalls ein Antrag auf Aufhebung dieses veralteten Privilegiums gestellt werden.

Zwecks Beilegung der Glasarbeiter-Auspeuerung in Dänemark hat der „Gesamtverband der Gewerkschaften“ an den „Verband der dänischen Flaschenfabrikanten“ sowie an den „Dänischen Glasarbeiter-Verband“ die Aufforderung gerichtet, eine gemeinsame Kommission mit Hinzuziehung zweier unparteiischer Personen zu wählen. Beide Parteien sollen sich verpflichten, sich den Beschlüssen dieser Kommission zu fügen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Böhm, 3. Oktober. (B. L. W.) Die die „Westfälische Volkszeitung“ meldet, wurden auf der Fische Baakermühle zwei italienische Bergleute durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengkusses im Querschlag schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht, wo beide ihren Verletzungen erliegen sind.

Mainz, 3. Oktober. (B. L. W.) Wie wir zuverlässig hören, kommt in Kürze das Verbot der Benutzung einer Reihe vordem bestehender Sonntagsbahnen und Gesellschaftsbahnen für die hessischen Staaten im Eisenbahn-Direktionsbezirk Mainz wieder in Wegfall.

Strasburg i. G., 3. Oktober. (B. L. W.) In der Grenzstadt Reuieremont ist der „Straßb. Jg.“ zufolge die Spinuerie Renzel gänzlich abgebrannt. Der Schaden beträgt über 1 Million Franks.

Badenau, 3. Oktober. (B. L. W.) Die hiesige Oberamts-Sparkasse ist behördlich geschlossen worden. Der Kassierer Lober ist nach Verübung von Unterschlagungen und Fälschungen geflüchtet.

Kalmar, 3. Oktober. (B. L. W.) Der deutsche Dampfer „Maja“ ist vollständig gesunken auf 75 Ellen Tiefe, südlich vom Leuchtturm von Segerfad. Die Vergung des Dampfers ist anscheinend unmöglich.

Paris, 3. Oktober. (B. L. W.) Die halbamtlich verlautet, herrscht unter den Ministern über die der Türkei gegenüber einzunehmende Haltung nicht vollkommenes Einverständnis. Die Mehrzahl ist entschlossen, mit Gewalt die Worte zum Nachgeben zu zwingen. Die zweite Division des Mittelmeergebietes wird morgen bereit sein, auf das erste Signal hin nach der Levante abzudampfen. Die Presse ist ziemlich einmütig auf Seiten der Regierung und vertritt ebenfalls die Ansicht, daß die Türkei nur mit Gewalt zum Nachgeben gebracht werden könnte.

Marseille, 3. Oktober. (B. L. W.) Der Dampfer „Sagard“, welcher in Neapel 90 Auswanderer an Bord genommen hatte und in Marseille auslaufen wollte, wurde unter Quarantäne gestellt, weil ein Matrose unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt ist.

Madrid, 3. Oktober. (B. L. W.) Durch wolkendurchdringliche Regensfälle sind in der Provinz Alicante mehrere Ortschaften unter Wasser gesetzt worden.

Grimsby, 3. Oktober. (B. L. W.) Das Verdict des Leichen-schaugers hinichtlich der bei dem Untergang der „Maja“ getöteten Mannschaften besagt, die Mannschaften seien ertrunken, weil die „Cobra“ aus unbedauerlicher Ursache bei 10 Faden Wassertiefe entweicht. Der Gerichtshof weist darauf hin, daß nach seiner Ansicht die „Cobra“ zu leicht gebaut gewesen sei, und sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung stärkere Torpedobootsjäger bauen werde.

San Francisco, 3. Oktober. (B. L. W.) Der Ausstand der Hafenarbeiter, der vor 10 Wochen begann, ist nunmehr beigelegt.



Der VI. französische Gewerkschaftskongress.

Im Laufe der vorigen Woche tagte in Lyon der „Allgemeine Kongress der Konföderation der Arbeiter“. An diesen Nationalkongress nehmen außer den Delegierten der Gewerkschaften auch solche der Arbeitsbörsen und Genossenschaften teil. Die Tagesordnung war eine sehr umfangreiche; die ersten Tage vergingen mit Berichten und Statutenberatungen. Von allgemeinem Interesse wurden die Verhandlungen erst mit dem Punkt: Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Wie bekannt, gelangte dieser Entwurf Millerands in den letzten Tagen der Kammer Session zur Verhandlung, aber nicht zur Verabschiedung; auf Antrag einiger sozialistischer Deputierter wurde die Regierung beauftragt, vorher nochmals Umfrage bei den Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen zu veranstalten, um die Meinung der Beteiligten zu erfahren. Der Zweck dieses Auftrages war jedenfalls der, die Bewirtlichung dieses den Unternehmern unangenehmen Projekts zu verzögern, beziehentlich überhaupt zu verhindern. Die Abstimmungen, die seitdem stattgefunden, haben nun aber auch ergeben, daß ein großer Teil der Arbeiter-Organisationen von dem Projekt nichts wissen wollen. Auf die Verechtigung oder Nichtberechtigung dieses ablehnenden Standpunktes können wir hier nicht eingehen. Sicher ist, daß nach den Honorar Beschlüssen die Gegner des Entwurfs aus Unternehmertreffen mit vollem Recht das Gesetz damit bekämpfen können, daß dieses den Arbeitern vollkommen unsympathisch sei; sie werden betonen, daß man den Arbeitern gegen ihren Willen keine Wohlthaten aufdrängen dürfe. Gegen diese Argumentation würden die Freunde des Gesetzes kaum viel einwenden können, denn das Projekt wurde auf dem Honorar Arbeiterkongress mit 479 von 494 Stimmen verworfen; nur 6 erklärten sich rückhaltlos dafür, 4 andre bedingt, während 5 Delegierte weiße Stimmzettel abgegeben hatten. Das bedeutet in der That nichts mehr und nichts weniger, als eine vollständige Ablehnung dieses Gesetzesentwurfes.

Nicht viel besser erging es dem andren unter dem Namen „Streikzwang-Gesetz“ bekannten Entwurf betreffend das Schiedsgerichts-Verfahren bei Streiks. Auch dieses Gesetz fand nur wenige Verteidiger auf dem Kongress; einige wollten, indem sie dem Entwurf preisgaben, wenigstens das Prinzip retten, so die Genossin Bonnevial, Paris, Ostard, einer der hervorragendsten Vertreter der Generalstreik-Idee, sprach dagegen und der Entwurf wurde schließlich mit großer Majorität abgelehnt.

Sodann folgte die Diskussion über die Arbeitsräte. Die Arbeitsräte sind beziehentlich sollen werden Institutionen ähnlich den Arbeitskammern, wie sie die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstage schon mehrfach gefordert. Millerand hat sie durch Dekrete, deren Gültigkeit von den Unternehmern angefochten wird, geschaffen. Sie sollen in den großen Industrie-Centren, zusammengesetzt aus Unternehmern- und Arbeitervertretern, gebildet werden und haben u. a. folgende Funktionen: Dem höchsten Arbeitsrat und dem Ministerium haben sie auf Verlangen Gutachten über die Lage, Arbeitsbedingungen, Löhne usw. der Arbeiter ihres Distrikts einzufenden; ferner legen sie die Höhe der ortsüblichen Löhne fest, welche dann die Unternehmer, die für den Staat liefern, ihren Arbeitern zu zahlen haben. Nach dem schon genannten Streikgesetz sollten ihre Mitglieder zugleich auch die Funktionen der Schiedsrichter bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern ausüben. Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Körperlichkeiten, wenn sie mit intelligenten Arbeitern besetzt sind, für die Arbeiterklasse sehr nützlich sein können. Nicht umsonst haben die Unternehmer einen so wütenden Kampf gegen diese Verordnung geführt; sie sind bekanntlich so weit gegangen, zu beschließen, an der Wahl zu dem Arbeitsrat nicht teilzunehmen, ein Beschluß, welcher bei der zur Zeit in Paris stattfindenden Wahl zum Teil auch durchgeführt wird. Mit 258 gegen 205 Stimmen erklärte sich schließlich der Kongress für die Institution der Arbeitsräte.

Der höchste Arbeitsrat, Conseil supérieur du Travail, der etwa die Aufgaben unserer deutschen „Kommission für Arbeiter-Statistik“ zu erfüllen hat, fand die Zustimmung des Kongresses. Nur wurde gefordert, daß derselbe nur bestehen solle aus Unternehmern und Arbeitervertretern, daß die Minister und Staatsbeamten, die heute Mitglied desselben sind, entfernt werden möchten.

Der Kongress nahm sodann auch Stellung zu der Frage, ob Politik in der Konföderation und in den Gewerkschaften zu treiben sei. Nun hat der Kongress, wie ersichtlich, sich zum großen Teil mit politischen Fragen beschäftigt; auch die französischen Gewerkschaften, die in dieser Beziehung durch keinerlei gesetzliche Schranken gehindert sind, pflegen often zu allen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen und so scheint es zunächst verwunderlich, warum man diesen Punkt auf dem Kongress verhandelte. Die Frage scheint durch den Gegensatz, welcher zwischen den verschiedenen sozialistischen Fraktionen bezüglich des Einflusses der Gewerkschaften an die politischen Parteien besteht, hervorgerufen zu sein. Während die einen, Quésada, Buisson etc., gegen den Anschluß der Gewerkschaften an die politische Partei-Organisation sind, in ihrem Einigungsprojekt ein solches auch nicht vorsehen ist, streben Jaurès und Genossen die Angliederung der Gewerkschaften an. Wenn der Kongress schließlich einer Resolution zustimmte, welche der Konföderation und den ihr angeschlossenen Gewerkschaften unterlegt, sich in Politik zu mischen, so ist es nur in dem Sinne aufzufassen, daß die wirtschaftlichen Organisationen den in Frankreich herrschenden Parteifreitigkeiten fernbleiben sollen, denn in der auf Grund der Beschlässe vorgenommenen Statutenänderung heißt es ausdrücklich, „haben sich außerhalb der politischen Säulen zu halten.“

An der Debatte über den Generalstreik beteiligten sich eine große Menge Redner. Die Frage wurde im wesentlichen dahin gestellt: Ist der Generalstreik ein Mittel, die Verbesserung einzelner Arbeiterkategorien herbeizuführen oder ist er ein Mittel revolutionärer Natur. Der Vertreter der Bergarbeiter Gatte erklärt, daß die Bergarbeiter bereit seien, zu streiken, falls ihre bekannten Forderungen nicht bewilligt werden. Folgende Resolution wurde mit 352 gegen 41 Stimmen und 85 Stimmenthaltungen angenommen:

„Der Kongress erklärt, daß der Generalstreik nicht ein Mittel der Verteilung irgend einer Kategorie von Arbeitern sein kann. Er kann nur zum Ziel haben die vollständige Verteilung des Proletariats durch die gewalttätige Expropriation der kapitalistischen Klasse. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Kongress, daß die Bewegung, welche zu Gunsten der Bergarbeiter unternommen wird, deren Bedeutung und Tragweite niemand voraussehen und welche bis zur allgemeinen Emancipation führen kann, in jedem Falle eine Bewegung der Solidarität ist, die in nichts das revolutionäre Prinzip, welches der Generalstreik verkörpert, verletzt.“

Das bedeutet wohl eine Solidaritätserklärung gegenüber den Bergleuten, besonders einmütig für die Erklärung jedoch nicht. Der Abstimmung und den Reden nach zu urteilen, scheinen sich die Aufsammlungen der französischen Arbeiter bezüglich des Generalstreiks anzunähern. Man scheint ihn nun noch als das letzte, gewalttätige, revolutionäre Mittel, als die Revolution selbst anzusehen. Dies geht auch aus dem Umstande hervor, daß man kaum ein neues Grundsatzprogramm zusammenbrachte. Quésada erklärt, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner es ablehnt, im Komitee vertreten zu sein; ebenso referiert er über die Delegation der Bergarbeiter. Der Präsident ist sich veranlaßt, festzustellen, daß sich die Delegierten für diese Frage sehr wenig interessieren; bei der Abstimmung erheben sich nur wenige Hände.

Das ist im wesentlichen das Resultat der sechsstägigen Verhandlungen. Der ablehnende Standpunkt, den die französischen Gewerkschaften gegenüber einer Reihe von Gesetzesentwürfen be-

ziehentlich von bestehenden Institutionen eingenommen haben, die, wenn sie den sozialistischen Anforderungen auch nicht vollkommen genügen, so doch immerhin den Keim zu Besseren enthalten, dürfte wohl zum großen Teil auf die in Frankreich herrschenden Parteizerrissenheiten zurückzuführen sein. Denn dem Alterspensions-Gesetz und der Institution der Arbeitsräte hätte man andernfalls wohl wenigstens im Prinzip zugestimmt.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage der Eisenindustrie

gestaltet sich fortgesetzt ungünstiger. Stoch in einem so wichtigen Industriezweig der Geschäftsgang, so ist das für zahlreiche in enger Beziehung hierzu stehende Berufszweige ein Gradmesser ihres Geschäftslebens, ja es läßt sich mit Sicherheit auf das gesamte Wirtschaftsgetriebe eine Schlussfolgerung ziehen. Zwar hat sich im Monat August der Außenhandel in Eisen sehr günstig gestaltet, aber er konnte nicht das Ranko des inneren Bedarfs befriedigen. In den ersten acht Monaten ging die Einfuhr von 682 179 Tonnen im Vorjahre auf 803 100 Tonnen in diesem Jahre zurück, während die Ausfuhr von 1 006 189 Tonnen auf 1 400 084 Tonnen stieg. Der Ausfuhr-Ueberschuß, der von 1897 bei dem starken Inlandsbedarf eine Rückwärtsbewegung gemacht hatte und 1900, die ersten acht Monate verglichen, bis auf 324 010 Tonnen sank, erhöhte sich in diesem Jahre auf 1 006 924. Die lebhaftesten Anstrengungen der Syndikate kommen hier stark zum Ausdruck, allerdings auf Kosten des Inlandsmarktes.

Der Streit der Walzwerke gegen das Hoheisen-Syndikat ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Am 6. Oktober wird der Prozeß der Siegerländer Walzwerke gegen das Hoheisen-Syndikat zum Austrag kommen. Die Werke wollen von ihren Verträgen entbunden sein, da sie behaupten, man hätte sie getäuscht über die Marktlage, um sie zu langfristigen Lieferverträgen bei hohen Preisen zu überreden und auch zu zwingen. Der Ausgang des Prozesses ist von großer Bedeutung. Wird auf Erfüllung der Verträge erkannt, dann entstehen für die Walzwerke ungeheure Verluste, denn die zurückgewiesenen Hoheisenmassen sind vielfach auf Kosten der Abnehmer zur Auktion gebracht, wo äußerst niedere Preise erzielt wurden. Die Vorräte haben sich unangesehrt vermehrt und allerorts wird über Betriebs-einsparmaßnahmen und Arbeiterentlassungen berichtet.

Beachtlich sind die Geschäftsberichte einiger großer Gesellschaften, die ohne Ausnahme die schlechte Geschäftslage wieder spiegeln, aber wie schwer die Depressions auf ihnen lastet, noch gar nicht erkennen lassen, weil immer noch von den guten Jahren gezeitet wurde. Das nächste Geschäftsjahr wird andre Eingriffe in die Gewinnkonten aufweisen.

Für den Preisrückgang in Eisen giebt der Geschäftsbericht des Rheinischen Stahlwerkes zu Rürich eine traurige Gegenüberstellung. Danach fiel der Preis für Stabstählen von 100 auf 110 M. für Knäppl von 140 M. auf 95 M., für Röhre von 180 M. auf 90 M. Die Gründe für diesen Preisrückgang erblickt die Gesellschaft in der scharfen amerikanischen Konkurrenz und in der durch die chinesischen und indonesischen Stähle erzeugten Unsicherheit der politischen Lage. Trotzdem schlägt die Gesellschaft finanziell günstig ab, wohl weil sie nicht unter den hohen Materialpreisen zu leiden hatte, wie die reinen Walzwerke. Dasselbe kommt auch bei dem Geschäftsbericht der „Laurahütte“ zum Ausdruck. Die ihren Aktionären noch immer 14 Proz. Dividende bieten konnte gegen 16 im Vorjahre. Der Bruttoerwerb sank von 9 706 200 Mark im Vorjahre auf 8 790 841 Mark in diesem Jahre. Die große Berg- und Hütten-gesellschaft „Phoenix“ verminderte ihren Gewinn von 8 600 541 Mark im Vorjahre auf 7 045 625 M. in diesem Jahre und die Dividende wurde von 15 auf 4 Proz. herabgesetzt.

Die „Dillinger Hütte“, die eine Ausnahmestellung einnimmt, da sie durch die Zangenplatten-Fabrikation ihren Gewinn auf ansehnlicher Höhe zu halten weiß, muß ihren Aktionären die Dividende von 80 auf 18 Proz. kürzen. Ein Zeichen, daß aus den Regierungsaufträgen immer noch ein gutes Geschäft erblickt.

Diese Unternehmungen werden natürlich ihren Gewinn schon deshalb auf einer gewissen Höhe halten können, weil ihre Nebenbetriebe in technischer Beziehung als gewaltige Großbetriebe in Betracht kommen; anders steht es schon in den etwas zurückstehenden Betrieben aus.

Die „Charlottenhütte“ in Niederelbe schloß ihr Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von 190 580 M. ab, dem im vorigen Jahre noch ein Gewinn von 120 613 M. gegenüberstand. Ähnlich erging es dem Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke, die mit einer Ueberschuldung von 803 000 M. abschloßen. Die Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Joh. Zimmermann, Chemnitz, verzeichnete für das Geschäftsjahr 1900-01 einen Gewinn von 201 852 M. gegen 757 473 M. im Jahre 1899-00, die Dividende von 3 Proz. kann überhaupt nur mit Hinzurechnen einer Summe aus dem Dividenden-Reservefonds gewährt werden. Im Vorjahre wurden 10 Proz. Dividende verteilt. Die Altiengeellschaft „Lauhammer“ hat einen Reingewinn von 135 594 M. gegen 546 158 M. im Vorjahre, die Dividende ist von 7 auf 2 Proz. herabgegangen.

Ohne Ausnahme betrafen die Geschäftsberichte auch anderer als der hier angeführten Hüttenwerke eine schwere Störung des Marktes, die leider noch verschärft wird durch rückhaltlose Haltung der Rohstoffverbände. Wir gehen trüben Ausichten entgegen, denn es besteht nicht die geringste Hoffnung, daß diesem Zustand ein Ende bereitet wird, wohl aber ist zu befürchten, daß die Marktlage sich verschlimmert.

Eine abermalige Diskonterhöhung ist bei der Reichsbank zu erwarten. Der letzte Bankausweis gab wiederum ein starkes Anwachsen des Wechselportefolles bekannt. Der Wechsel- und Lombardverkehr hat in der vergangenen Woche um 196 752 000 M. zugenommen. Im Notenumlauf ist die steuerfreie Reserve von 206,4 Millionen Mark vermindert und in eine steuerpflichtige von 108 608 000 M. verwandelt, also eine Vermehrung des Umlaufes von 375 002 000 M. In der nämlichen Woche des Vorjahres betrug die Zunahme des Umlaufes 338 520 000 M. Der Metallbestand nahm um 111 Millionen Mark ab. Die Ansprüche an die Bank sind, wie man voraussichtlich, sehr gesteigert, und wird die Bank wohl einer Ueberspannung des Kredits durch die Diskonterhöhung begegnen.

Fiskalische Grubenankäufe, von denen vor kurzem berichtet wurde, sollen nicht in Lünen (Westfalen) erfolgt sein, sondern in einem andren Bezirk in Aussicht stehen. Wie mitgeteilt wird, kommen Kohlenfelder in Frage, die erst der Ausbeute erschlossen werden sollen. Ansehener haben die großen Werke dem Fiskus die Vente in Lünen weggeschmuggelt, denn man schüt sich von jener Seite nicht nach der Konkurrenz des staatlichen Bergbaues, noch weniger möchte das Kohlenyndikat sein Herrschaftsgebiet eingeschränkt sehen, da gegenwärtig schon die Hüttenwerke durch Grubenankäufe eine dem Syndikat unangenehme Schwäche zuzufügen können. Die großen Bergwerksgesellschaften richten deshalb ihr Augenmerk auf eine weitere Ausdehnung und Konsolidierung ihres Bergwerksbesitzes. Sie lassen in aller Stille die Suche der von ihnen zum Erwerb aussersehenen Bergwerke ankündigen. Haben Sie denn eine genügende Anzahl Augen in ihren Westy gebracht, so können sie einem von ihnen zu stellenden Antrag auf Verkauf des Bergwerkseigentums an die eigene Gesellschaft in den Gewerkschaft-Versammlungen leicht zur Annahme verhelfen. Der gegenwärtige niedrige Kursstand der Bergwerkantelle und das starke Angebot in letzteren seitens des Privat-Abkümms erleichtert die Erwerbung von Augen in größeren Posten sehr. Auf diese Weise sind in letzter Zeit viele Anteile der Gewerkschaften Mont-Cenis, Voithringen, Graf Schwerin, Victoria bei Lünen, Die Lippe, Hüus Aben u. a. in andren Westy übergegangen, und das Zusammenfassen des Bergwerkbetriebs in den Händen weniger großer Gesellschaften erheblich gefördert.

Bei der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert in Nürnberg sind dem „Frankischen Kurier“ zufolge in den letzten Wochen zahlreiche Arbeiterentlassungen erfolgt. Es soll auch eine Anzahl Beamte entlassen werden.

Die Siedlungsgenossenschaft „Freiland“ liquidiert. Das von Dr. Franz Oppenheimer ausgehende Unternehmen sollte, wie bekannt sein dürfte, einer landwirtschaftlichen Genossenschaft die Wege ebnen. Die geringe Beteiligung an dem Unternehmen muß wohl die Weiterführung aussichtslos gemacht haben. Die Liquidationsbilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 6922,05 M. ab.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kongress fortschrittlicher Frauenvereine

wurde am 3. Oktober, vormittags, im Reichstagsgebäude eröffnet. Frau Cauer begrüßte die Delegierten und zahlreich erschienenen Gäste, indem sie betonte, es sei ein gutes Omen, daß die Frauen im Reichstage tagen können, wenn auch vorläufig nur als geduldete Gäste, nicht als vollberechtigte Bürgerinnen. Daß sich die Frauen als vollberechtigt fühlen dürfen, soll diese Tagung durch sachliche Behandlung aller zur Tagesordnung stehenden Fragen beweisen. Keine der thätigen Frauengruppen ist bei den Einladungen übergegangen worden. Möge ihr Zusammenwirken für alle gedeihlich werden.

Fräulein Luderer-Vorlin referierte über: „Die Arbeiterinnenfrage“. Beginnend mit einer Darstellung der Entstehung der Arbeiterinnenfrage durch die rasche Entwicklung der Industrie seit Einführung der Maschine, welche die Verwendung ungleicher Arbeitskräfte ermöglichte und somit Beschäftigung von Frauen und Kindern begünstigte, schilderte sie im weiteren eingehend die schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit und die Verelendung der Arbeitererziehung. Als Charakteristik hob die Rednerin hervor, daß ein rheinischer General es war, dessen Bericht an die Regierung über zunehmende Untauglichkeit der für das Militär Auszubehenden den Anstoß gab zu einem Bericht, den schimmsten Auswüchsen zu sein. Bis dahin hatte die Presse vom „freien Arbeitsvertrag“ die Thatsache verfaßt, daß nur einer frei sei, der Arbeitgeber, welcher nach Verlieben wählen kann unter der zahlreichen Schar, die der Hunger ihn zutreibt. Rednerin geht dann näher ein auf die allmähliche Entwicklung der Schutzgesetzgebung für Kinder, für Erwachsene im allgemeinen und dann für die Arbeiterinnen im besonderen, wie sie allmählich ausgebaut worden ist. Wenngleich wir meinen, daß der Schutz vor ihr die Gewerbe-Ordnung den Arbeiterinnen heute bietet, noch viel zu ungenügend ist, so sagte Herr v. Nordhoff doch, „der Arbeiterschutz befindet sich in rasender Fahrt“, und leider sind noch viele Volkvertreter seiner Meinung.

Scharf polemisierte Rednerin dann gegen alle Umgehungen der Gewerbe-Ordnung, insbesondere die Unfälle, den zehnjährigen Arbeitstag durch Mitgabe von Arbeit nach Feierabend zu verlängern. Der Herdbruch erzielte höhere Löhne werte leider häufig genug dem Arbeitgeber die Veranlassung, den scheinbar hohen Lohn durch Herabsetzung der Preise zu kürzen. Noch schlimmer jedoch werte die Heimarbeit, welche jeden Lohnkampf der Arbeiterinnen erschwert, da ihre Vereinzelung ihr Zusammenwirken fast unmöglich macht. So lange der Arbeiterschutz nicht auf die Hausindustrie ausgedehnt sei, bleibe hier die weitgehendste Ausbeutungsfreiheit bestehen. Solvohl im Interesse der Arbeiterinnen wie der Konsumenten müsse man mindestens fordern, die Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie auszudehnen und Central-Verfassungen zu schaffen. Würden die Arbeitgeber weiter verpflichtet, Listen der Heimarbeiterinnen zu führen, so würde dies das geeignetste Mittel sein, die Konkurrenz jener „verschämten Arbeiterinnen“ auszumergen, die für ein Taschengeld arbeiten.

Unter den Forderungen, welche sie zur Erweiterung des Arbeiterinnen-schutzes aufstellt, heben wir besonders hervor die Verkürzung des Arbeitstages für alle Arbeiter, der heilsamen Folgen wegen, welche erzielenswerthen die längere Ruhe in geistiger, sittlicher und hygienischer Beziehung für die Familien der Arbeiter mit sich bringt.

Als eine der Hauptaufgaben für alle Frauen bezeichnet sie die Mitarbeit in den Gewerkschaften für die Heranziehung der Arbeiterinnen zum Eintritt in die Organisation, und zwar die gemeinsame, in der Männer und Frauen des gleichen Berufes nebeneinander die Interessen ihrer Klasse wahrnehmen.

Es weisen die freien Gewerkschaften jetzt bereits über 22 000 weibliche Mitglieder auf, während die Christ- und Sozialistischen Gewerbevereine nur 4000 gewonnen haben. Die von der evangelischen Frauengruppe organisierten Heimarbeiterinnen können als Gewerkschaft nicht eigentlich gelten, da ihr Verein mehr eine Art Hilfsverein darstellt, dessen Rückhalt nicht der Mitgliedsbeitrag, sondern ein von Gönnern spendeter Reservefonds bildet.

Die wohlthätigsten Ausführungen der Rednerin, welche selbst in monatelanger mühevoller Kleinarbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet Gelegenheit hatte, den selbstlosen Eifer der Arbeiterinnen kennen und schätzen zu lernen, schlossen mit einem Appell an die Frauen aller Stände, mitzuwirken an dieser Kulturarbeit. Jedem ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein erringen zu helfen, dieser Gedanke verpöge die mühevollste Kleinarbeit.

Reicher Beifall folgte dem trefflichen Referate.

Mehrere Redner meldeten sich zum Wort; als erster sprach Herr Dr. Max Firsch, welcher Namens der Gewerbevereine dagegen protestierte, daß diese nicht mit genügender Wärme für die Organisation der Arbeiterinnen eingetreten seien. Auch sei kein erheblicher Unterschied zwischen Gewerbevereinen und freien Gewerkschaften, erstere seien die ältere Richtung, welche mit Konsequenz ihre Ziele nach englischem Muster verfolgten. Auch sie fordern weitgehenderen Arbeiterrinnen-schutz, er bedauere aber auf die Debatte nicht vorbereiteter zu sein, sonst würde er das einschlägige Material zur Hand haben um zu beweisen, was ihrerseits gethan worden ist zur Organisation der Arbeiterinnen.

Herr Viktor Röschke, der nächste Redner, stellte die sondersbare Behauptung auf, daß die proletarische Frauenbewegung nicht gedeihen könne, so lange nicht Frauen aus der bürgerlichen Gesellschaft sich an ihre Spitze stellen. In den rheinischen Industriebezirken, wo er nun lebe, habe er bisher keinerlei Bewegung unter den Frauen bemerkt. Dem Einfluß der Geistlichen sei es zuzuschreiben, wenn Arbeiterinnen in die christlichen Gewerbevereine eintreten. Er bittet die Frauenvereine, einen Fischzug im rheinischen Gebiet zu machen.

Fräulein Heermann-Samburg spricht sich gegen Organisation der Heimarbeiterinnen aus, weil sie für Abschaffung der Heimarbeit überaus eintritt.

Herr Goldschmidt polemisiert gegen die Vorredner; man müsse an die Männer appellieren, um Erfolg zu haben bei der Organisation der Arbeiterinnen. Man könne aber die Arbeiterinnen noch nicht an die Spitze der Gewerkschaften stellen, so lange die Zahl der weiblichen Mitglieder eine so kleine sei.

Fräulein Lisnevska-Spandan verweist die Arbeiterinnen gegen den Vorwurf der Passivität, indem sie auf die 40 Jahre hinweist, welche die bürgerliche Frauenbewegung gebraucht hat, um auf ihren jetzigen Standpunkt zu kommen, auch betont sie die großen Schwierigkeiten, welche die arbeitende Frau zu überwinden hat — Hausarbeit und Kinderpflege nach der Berufsarbeit, wodurch sich ihre aufseinernde Rückständigkeit genügend erklärt.

Fräulein Dr. Augspurg-Vorlin schlägt als förderlich vor, in den Statuten der Gewerbevereine festzusetzen, daß eine Frau im Vorstand sein müsse.

Herr Dr. Max Firsch polemisiert des weiteren gegen die Gewerkschaften, indem er besonders hervorhebt, nach dem letzten Parteitag der sozialdemokratischen Partei sei die Hoffnung geschwunden, daß die Neutralität der Gewerkschaften gewahrt bleibe.



Nach diesem ebenso überflüssigen wie unrichtigen Exkurs brachte die Diskussion nichts Neues mehr; u. a. sprach Frau Lina Morgenstern eine Lunge für ihren alten Freund und Kampfgenossen Dr. W. Hirsch.

Die von Frau Hirsch eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution lautet:

Die am 8. Oktober 1901 im Reichstagsgebäude versammelten Delegierten des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine erkennen an, daß dem Arbeitnehmer, der in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber steht, als ein Ausgleich für die ungünstigere Stellung geboten werden muß, einerseits durch die Staatshilfe in Form der Arbeiterbeschäftigungsgesetzgebung, andererseits durch die Selbsthilfe in Form der beruflichen Organisation zur Hebung des Arbeiterinnenstandes hält die Versammlung

- a) die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule,
b) den erweiterten Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnen-schulzes,
c) die berufliche Organisation der Arbeiterinnen für notwendig.

Die Delegierten verpflichten sich, durch praktische Mitarbeit jeder Art die Bewegung zu fördern.

Das zweite Referat über Waisenspflege mit Bezug auf das Fürsorge-Erziehungsgesetz hatte Frau Schaaf-Charlottenburg übernommen, welche auf Grund ihrer langjährigen Praxis wohl als die berufsmäßige Mednerin auf diesem Gebiet gelten darf.

Bei der großen Fülle des reich vorgetragenen Materials haben wir nur das hauptsächlichste heraus. Als schwersten Schaden hob sie die geringe Beteiligung der Frauen bei der Waisenspflege hervor, in der Pflege ist Frauen Sache! Sie befürgtet für Knaben Anstalts-erziehung, für Mädchen Unterkunft in Familien; freilich nur, wo eine wirkliche Erziehung und liebevolle Pflege garantiert ist. Die Pflegekinder Vereine, von denen nur ein Teil (21 Prozent) Waisen sind, werden teils in Mummelsburg (Knaben), teils in und außerhalb Berlins in Familien untergebracht. Die weitaus größere Sterblichkeit der auf dem Lande untergebrachten Kinder beweist, daß die städtische Pflege der ländlichen vorzuziehen ist, wohl weil die Ueberwachung in der Stadt leichter durchführbar ist. Auch ist das fürs Land gezahlte Kostgeld, 6 M. monatlich, kaum geeignet, auch nur den dringlichsten Ansprüchen zu genügen.

Wenn es bisher möglich war, Pflegekinder bei Säugern, Dienern, Zuhältern und ähnlichen Elementen unterzubringen, so kommt man mit Recht zu dem Schluß, daß die bisherige Ueberwachung der Pflege eine völlig ungeeignete war.

Die Mednerin bedauerte besonders, daß ein Teil der Kinder bei ihren Pflege-Eltern nicht zum Besten angehalten werden; es scheint danach, als ob sich nicht viele „fromme Familien“ zu dem Liebeswert der Waisenspflege melden. Dringend forderte die Mednerin die größere Beteiligung an der Waisenspflege; dann würde es wohl kaum mehr vorkommen, daß Geschwister, welche die Eltern verloren haben, auseinander gerissen und jedes einem andern Haushalt zugeteilt werde, wie das jetzt überall häufig geschieht. Bieviel höher steht das in Frankreich und Amerika eingeführte System der Kolonien, in denen 10-20 Kinder unter der Aufsicht einer Pflegerin aufwachsen. Dringend zu empfehlen sei die Einrichtung Schweden, welches eine stete Kontrolle durch eine angeestellte Inspektorin ausüben läßt.

Dürften die Frauen bei uns, sowohl nach der Zahl als nach der Stellung, in der Waisenspflege den Platz einnehmen, der ihnen gebührt, so könnte auch das mit der Waisenspflege eng verbundene Fürsorgegesetz seine Härten zum Teil verlieren. Nicht unter Vormundschaft der männlichen Armen- und Waisenspfleger soll die Frau auf diesem Gebiet mitarbeiten, sondern in voller Selbständigkeit mitberaten und mitbeschließen.

Besonderer Wert legt Mednerin auf die Mitwirkung der Volksschullehrerinnen, denen in dieser Beziehung häufig von den Vorgesetzten Schwierigkeiten gemacht werden. Außerordentlich wichtig

sei aber die Organisation der Pflegerinnen aller Orte, wie dies in Charlottenburg bereits durchgeführt sei; ein Ring der Vereine muß sich bilden, der von einer Centralstelle geleitet wird. Nicht länger mehr werden dann die in die Ferne geschickten Kinder von Hand zu Hand gehen gleich einer Ware, die das Einkommen verbessert. Alle die unglücklichen Kinder sollen fühlen, daß sie von Schwesterhänden gepflegt, von Schwesteräugen bewacht werden. Reicher Beifall wurde auch dieser Mednerin.

Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Zur Erzielung eines durchgreifenden Jugendschutzes ist es durchaus notwendig:

Daß an den Kernen der Armenpflege, Vormundschaft, Waisenspflege und Fürsorgepflege, die Frauen gesetzlich gleichberechtigt, mindestens in gleicher Zahl wie die Männer berufen werden, daß nur charaktervolle, tüchtige und erfahrene Frauen für diese Kerne erwählt werden, daß die männlichen und weiblichen Amtsgenossen in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen, in denen Vertreter der Schule nicht fehlen dürfen, sich über die Aufgabe ihres Wirkungskreises verständigen.

Daß das Publikum in weitesten Kreisen, insbesondere die Frauen- und Wohlfahrts-Vereine, die amtliche Fürsorge thätig unterstützen.

Die gefährliche bürgerliche Frauenbewegung. Als Frau Schultat Gauer am Donnerstag früh bei Eröffnung des Delegierten-tages der fortschrittlichen Frauenvereine ihrer Genugthuung darüber Ausdruck gab, daß sie im Reichstagsgebäude wenigstens als Gäste tagen dürften und dies als ein gutes Omen bezeichnete für die weitere Entwicklung in der Anerkennung der Frauenrechte, da abute sie gewiß nicht, daß die Herrlichkeit von so kurzer Dauer sein sollte. Die Vormittags-sitzung ging ungehindert von statten; die Nachmittags-sitzung kam aber gar nicht zu stande.

Die Polizei verlangte, daß sie die Versammlung überwachen dürfe, die Reichstags-Beamten verweigerten jedoch der Polizei auf Grund der Hausordnung den Eintritt und deshalb zogen es die Veranstalter der Tagung vor, auszuwandern und ihre Verhandlungen im Industriegebäude fortzusetzen.

Ran kam wohl die Erwägung, daß die bürgerlichen Damen veranlaßten, nachzugeben und der Polizei die gewünschte Gelegenheit zur Ueberwachung zu geben; hätten sie sich jedoch nicht gefügt, so ist nicht recht ersichtlich, durch welche Mittel die Polizei die Fortsetzung der Verhandlungen hätte verhindern wollen. Aus dieser reichen Nachgiebigkeit dürften die Polizeibehörden übrigens ersehen, daß sie gar nicht einmal nötig gehabt hätten, die Verhandlungen zu stören.

Annahme? Auf dem allgemeinen deutschen Frauentag in Eisenach wurde über die Dienstbotenfrage verhandelt. Neben manchen recht verständigen Ansichten wurde nach einem uns vorliegenden Bericht auch eine laut, die man nicht gerade unter die verständigen rechnen kann. Fräulein Helene Lange aus Berlin meinte, in Berlin frage das Mädchen zunächst, wieviel Kinder die Herrschaft habe und wie oft sie ausgehen dürfe und was dergleichen Annahmen mehr seien. Ja, soll denn etwa das Dienstmädchen nicht vorher fragen, welche Anforderungen der neue Dienst an sie stelle? Verlangt das verehrte Fräulein, daß ja bekanntlich für Frauenrechte eintritt, daß die Frau als Dienstmädchen nicht das Recht haben soll, sich bei Eintritt einer neuen Stellung zu erkundigen, was sie leisten soll und was man ihr dafür gewähren will? Dienstbotenrechte scheint die Dame nicht zu den Frauenrechten zu zählen.

Gewerbe-Aufsicht durch Frauen. Der Allgemeine deutsche Frauentag in Eisenach nahm folgende Resolution an: Als weibliche Gewerbe-Aufsichtsbeamte sind in Zukunft Frauen mit adäquater Bildung, die den wissenschaftlich gebildeten männlichen Beamten gleichzustellen sind und daneben Hilfskräfte aus dem Arbeiterstand mit praktischer Vorbildung anzustellen.

Ueber das Frauenstudium an bayerischen Universitäten hat der bayerische Kultusminister folgende Verfügung erlassen:

Im Interesse gleichmäßigen Verfahrens bei der Zulassung von Frauen zu Universitätsvorlesungen wird nachstehendes zur Beachtung eröffnet: 1. Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß Frauen nicht als Studientimmen immatrikuliert, sondern nur als Hörerin im Sinne des § 10 der Satzungen für die Studierenden an den bayerischen Universitäten mit ministerieller Genehmigung zugelassen werden können. 2. Allgemeine Vorbedingungen für die Zulassung als Hörerin sind: a) entsprechende wissenschaftliche Vorbildung (Mittelschulbildung), b) entsprechender persönlicher Ausweis (Legitimation). Der Vorbildungsnachweis ist zu erbringen durch die einschlägigen Schulzeugnisse. Die Legitimation wird erbracht: a) bei Inländerinnen durch das Schulzeugnis beziehungsweise wenn seit Ausstellung dieses Zeugnisses schon längere Zeit verstrichen ist, durch besonderen Führungsnachweis, b) bei Ausländerinnen durch den Paß. 3. Die Anmeldung hat mittels schriftlichen Gesuchs bei dem Rektorate der betreffenden Universität zu geschehen. Das Gesuch hat zu enthalten: a) eine nähere Angabe über die persönlichen Verhältnisse der Gesuchstellerin (Zeit und Ort der Geburt, Konfession, Stand, Staatsangehörigkeit), b) eine Darlegung des bisher igen Bildungsganges unter Bezeichnung der besuchten Anstalten und abgelegten Prüfungen, c) die Bezeichnung der zu hörenden Vorlesungen bezw. des gewünschten Fachstudiums. Als Beilagen sind dem Gesuche anzufügen die Vorbildungsnachweise und die Legitimationspapiere. 4. Die Rektorate der Universitäten sind ermächtigt, die ministerielle Genehmigung als stillschweigend gegeben anzunehmen und die Zulassung ohne Bericht zu verfügen, wenn a) als Vorbildungsnachweis das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums oder Realgymnasiums erbracht wird, b) die Legitimationspapiere in Ordnung sind, und c) auch sonstige Bedenken nicht bestehen. 5. In allen übrigen Fällen bleibt besondere ministerielle Genehmigung vorbehalten und sind zu diesem Zwecke die entsprechend instruierten Gesuche von den Rektoraten dem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten mit Bericht in Vorlage zu bringen.

Marktbreise von Berlin am 2. Oktober 1901 nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

\* frei Wogen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 3. Oktober. Heute konnten sich die Getreidepreise etwas erholen, da sich einige Meinungen für effektivere Ware zeigten. Desirier-ungarn kam zwar mit etwas niedrigeren Notierungen, Liverpool und London dagegen etwas höher. Die amerikanischen Weizen notierten für Weizen auch niedrigere Preise. An inländischer Ware war bei uns wenig angeboten. Das Geschäft war still. Die Preise für Weizen hielten sich für Oktoberlieferung zunächst etwa 1/4 Markt über gestrigen offiziellen Schluss, gaben dann aber wieder nach und wurden etwa 1/4 Markt niedriger als gestern. Frühjahrsfrüchte blieben unverändert. Roggen war für nahe Ernten etwa 1/2 Markt höher, für spätere unverändert. Weizen unverändert. Hafer bei wenig umfangreichen Umsätzen schwach. Raps still und fast unverändert, ebenso Rüböl. Spiritus loco hier wie gestern 39 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Advertisement for Theater, listing various plays and performances at different venues like Schiller-Theater, Central-Theater, Carl Weiss-Theater, etc.

Advertisement for Schiller-Theater, Central-Theater, Carl Weiss-Theater, Apollo-Theater, and FrauLuna, listing plays and showtimes.

Advertisement for Urania, Passage-Theater, and Metropol-Theater, featuring Adelina Sozo and other performers.

Advertisement for Thalia-Theater, Cirkus Albert Schumann, and Deutsche Konzerthallen, listing various theatrical and musical events.

Advertisement for Berlin's largest fish market, featuring various fish products and prices, along with other local businesses like Sanssouci and Reichshallen.



# Achtung! Stuccateure. Achtung!

Wegen den am Dienstag stattfindenden Parteiversammlungen findet die öffentliche Versammlung erst **Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 Uhr,** bei **Buske, Grenadierstraße 33, statt.**

Tagesordnung: 1. Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pünktliches und vollständiges Erscheinen des Kollegen ist Pflicht. Der Einberufer.

## Verband deutscher Mühlenarbeiter

(Zahlstelle Berlin.) **Samstag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c:**

### Der Versammlung

Tages-Ordnung: Vortrag des Hauptvorstehenden Kollegen **Käppler-Mtenburg** über: Die Arbeiterfrage und die Lage der Mühlen-Industrie. Nachdem: **Geselliges Beisammensein und Tanz.** Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen mit ihren Damen ersucht **Die Lokalverwaltung.**

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3, Fernsprecher: Amt VII, 353.** Freitag, den 4. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal I:**

### Große Verwaltungs-Sitzung

mit sämtlichen Bezirksleitungen und Kommissionen. Pünktliches Erscheinen notwendig. (119/9) Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Rabihspanner u. Träger!

**Samstag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr,** im **Lokale des Herrn G. Jannasch!, Inselstraße Nr. 10:**

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Diskussion und Abstimmung über den vom Vorstand vorgelegten Entwurf der Statuten-Änderung. 3. Wahl eines Rechnungsamtsleiters. 4. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. (43/20) Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute **Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**

### Sitzung der Orts-Verwaltung.

**Berein der Leitergeräthbauer Berlins und Umgegend.** **Samstag, den 6. Oktober 1901:**

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Wie stellen sich die Kollegen zur Auflösung des Vereines der Leitergeräthbauer? 8099 Der Vorstand.

## Achtung! Bretterträger u. Brettschneider.

**Samstag, den 6. d. M., mittags 12 Uhr, bei Obst, Schöneberg, Weininger u. Martin Lutherstrassen-Ecke.**

### Oeffentliche Versammlung.

Den **Platz-Deputierten** zur Nachricht, daß die Abrechnung acht Tage später ist. Der Vorstand.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin I.) **Samstag, den 6. Oktober d. J., vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal von Graumann, Rauchstr. 27:**

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1901. 2. Die beantragte Urabstimmung über den vom Hauptvorstand in Vorschlag gebrachten Paßus betreffend Statuten-Änderung. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. (44/1) Die Ortsverwaltung.

## Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Heute, **Freitag, den 4., Montag, den 7., und Dienstag, den 8. d. M., abends von 6-8 Uhr:**

### Befichtigung des automatischen Bogen-Anlege-Apparats

bei der Firma **Fischer & Krecke,** Candelstraße Belle-Alliance, Stubenstraße 101/102. Anfang 9. Regen Besuch erwartet. (35/12) Der Vorstand.

## Partei-Expeditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - 80.; Paul Böhm, Cautzplatz 14/15 (Laden). - **Sechster Wahlkreis (Noahit):** Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Laden. - **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolteburg, Wittenstraße 41/42. - **Gesundbrunn:** Wilhelm Gahmann, Nachfolger Hermann Rasche, Grünhaldenstraße 65. - **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Naphthalen-Allee 95/96. - **Charlottenburg:** Gustav Schramberg, Selendierstraße 1, Ecke Goethestraße, 1. - **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Ridel, Ullandsstraße 108, part. - **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - **Grünau:** Wolf Gandel, Adenauerstraße 89. - **Rixdorf:** Hermann Gröbner, 8. - **Schöneberg:** Wm. Baumler, Apollon-Baustraße 13, Querweg. - **Ober-Schöneweide:** Otto Fahn, Wilhelmshofstraße 18. - **Nieder-Schöneweide:** Karl Weber, Algenwegstraße. - **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstr. 39, 1. - **Adlershof:** Gustav Dige, Gadenbergstr. 8. - **Köpenick:** Friedrich Wolf, Schönfelderstraße 8. - **Friedenau-Steglitz:** S. Berner, Rixstr. 15 in Friedenau. - **Beckungen nehmen entgegen in Steglitz:** P. Mohr, Lippoldstraße 8, und R. Schlichte, Adornstraße 13a. - **Baumgartenweg:** St. Grahmstraße 2, II. - **Neu-Weissensee:** Heinrich Bachmann, Lehderstraße 1, part. links. - **Rummelsburg:** Fargott, Prinz-Albertstr. 5a. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.** Bitte ausschneiden!

## Orts-Krankenkasse der Bergolder und Berggolfer

**Freitag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:**

### Außerordentliche General-Versammlung

wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben eingeladen werden. 274/8

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die von der Kommission ausgearbeitete Änderung des Statuts (§§ 10, 12, 13, 20, 30, 31, 42). 2. Die Apothekerfrage. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. Emil Vogas, Vorsitzender. Johann Asmann, Schriftführer.

## Damen-Vortrag

**Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,** ab. **„Moderne Frauenleiden“** Freitag, d. 4. Okt., abends 8 Uhr, in **Graumanns** Gesellen, Rauchstr. 27. (924b) Nur Damen. Eintritt frei.

Soeben beginnt der 20. Jahrgang der **„Neuen Zeit“** Wochenschrift der deutschen Socialdemokratie. Unter händiger Mitarbeiterschaft von **A. Bebel, P. Lafargue, Dr. Mehring, F. A. Sorge u. a.** redigiert von **Karl Kautsky.** Die angegebene Stellung, welche sich die „Neue Zeit“ bei Anhängern und Gegnern der Socialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift ihrer Eigenschaft als Organ des wissenschaftlichen Socialismus, nicht minder aber auch der einer politischen Revue ersten Ranges. Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Socialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessene Berücksichtigung finden. Die „Neue Zeit“ darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwiklung haben. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportage zum Preise von **M. 3,25** pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet **25 Pfennige.** Hochachtungsvoll **J. S. W. Diez Nachf., Stuttgart.**

## Verband der Sattler und verw. Gewerbe.

### Mitglieder-Versammlungen.

**Zentrale 1:** **Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,** im **Englischen Hof, Neue Hofstraße 3.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Lind über: Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge resp. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Verschiedenes. Es ist entschieden Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen und an der Urabstimmung teilzunehmen.

**Zentrale 2:** **Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,** bei **Buske, Grenadierstraße 33.**

**Zentrale 3:** **Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5, Aufgang links.** Tages-Ordnung: 1. Aussprache über die zur Abstimmung stehenden Punkte. 2. Wahl einer Kommission zur Leitung der Abstimmung. 3. Verschiedenes. Nach Erledigung dieser Tagesordnung findet die Urabstimmung statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Zentrale 4:** **Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 Uhr,** im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.** Tages-Ordnung: 1. Besprechung über die Urabstimmung, welche am Mittwoch, den 9. Oktober, Saal 8 des Gewerkschaftshauses stattfinden wird. 2. Wahl eines Mitgliedes zur Brandenburgischen Katalisationskommission. 3. Vereinsangelegenheiten.

**Zentrale Charlottenburg:** **abends 8 1/2 Uhr, bei Dörre, Wallstraße Nr. 90.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Standtke. 2. Urabstimmung. Die Vorstände.

### 13. Stiftungsfest.

Konzert, Gesangs- und Musikstücke des Gesangsvereins der Sattler, sowie Mitwirkung der Soldatinnen-Gesellschaft **Verwandtschaft.** Festrede, gehalten vom Kollegen **Bruno Pörsch.** Eröffnung 8 Uhr, Anfang präc 8 1/2 Uhr. Untere Damen 0,40 M., Herren 0,60 M. Willens sind in sämtlichen Veranlassungen, sowie bei den Beiträgen, männern zu haben. Zahlreiches Besuch erwartet. (157/17) Das Vergnügungskomitee.

## IX. IX.

## Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901. **3333 Gewinne Wert Mark**

**100000** Hauptgewinn: **M. 10000, 8000 etc.** Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme **Carl Heintze, Berlin W.** Unter den Linden 3. (2371L)

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Große Betten 12 M.

(Ober- u. Unter-), zwei Stellen mit gereinigten neuen Federn bei **Schad Knigge, Berlin S., Pringelstraße 46.** Preisliste kostenlos. Briefe Anerkennungs-schreiben.

## Tischler-Verein zu Berlin.

**Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 Uhr,** in **„Sansonnet“, Kottbuser-Strasse 4a**

### 30. Stiftungsfest. Soiree der Norddeutschen Sänger

und Ball. Willens a 30 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. (199/18)

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Donnerstag 7 Uhr.** **Freitag 5 Uhr.** **Spezialitäten. J. M. Hätt.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

## Einladung

der Arbeitnehmer von der Wahl-Abteilung der **Betriebe mit Dampfseifen pp.,** sowie von der Wahl-Abteilung **Alle Handwerke**

der Orts-Krankenkasse für den Gemeinbezirk **Nichtenberg** zur Wahl von einem Vertreter bzw. von zwei Vertretern der Arbeitnehmer zur Generalversammlung für die Wahlperiode 1901/1904.

Zutolge Ausschreibens dreier Mitglieder aus der hiesigen Kasse und damit zugleich aus der Zahl der neugewählten Delegierten zur Generalversammlung sind Neuwahlen erforderlich. Es sind zu wählen: a) aus den Betrieben mit Dampfseifen pp. ein Vertreter, b) aus dem Betriebe **Alle Handwerke** zwei Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Kassenmitglied, welches großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahlen finden statt am **Montag, den 14. d. Mts.,** im großen Saale des Gasthofs zum **„Schwarzen Adler“** hieselbst, **Frankfurter Chaussee 120** und zwar: a) für die Arbeitnehmer aus den Betrieben mit Dampfseifen abends von 7-8 Uhr. (Wahl eines Vertreters.) b) für die Arbeitnehmer aus dem Betriebe **Alle Handwerke** abends von 8 1/2-9 1/2 Uhr. (Wahl zweier Vertreter.)

Die Wahlen erfolgen durch gesammelte abzugebende Stimmzettel, auf denen so viel Namen verzeichnet werden müssen, als in der betreffenden Abteilung zu wählen sind. Die zu Wählenden müssen durch **Vor- und Zunamen mit Wohnungsangabe** und der Nummer ihres hiesigen Kassenbuchs oder in Ermangelung der letzteren durch **Namensaufzeichnung** des derzeitigen Arbeitgebers auf dem Stimmzettel deutlich bezeichnet werden. Jeder Wähler hat als Legitimation sein **Kassen-Ausweisbuch** mitzubringen, in welchem über die bis 12. Oktober d. J. gezahlten Beiträge vom Arbeitgeber oder bei freiwilligen Mitgliedern vom Kassensührer quittiert sein muß.

Ob die Arbeitgeber als zu den Betrieben mit Dampfseifen pp. bzw. zu **Allen Handwerken** gehörig in der Wahlliste aufgeführt sind, somit deren Arbeitnehmer zur Abgabe ihrer Stimme berechtigt sind, ist am 11. Oktober, nachmittags von 1 bis 8 Uhr, durch die Arbeitgeber eventuell im Lokale der Krankenkasse zu erfragen.

Die Wahl leitet der unterzeichnete Vorsitzende oder in dessen Behinderungs-falle ein anderes Vorstandsmitglied aus der Zahl der Arbeitnehmer. **Nichtenberg, den 3. Oktober 1901.** Der Vorstand der Orts-Krankenkasse. **H. Clement, Vorsitzender.**

## Große Frankfurterstraße 39.

### Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

Unsern verehrten Freunde und Genossen **Carl Merker, Bergstr. 10,** zu seinem Wiedergange die herzlichste Gratulation. 9198 **G. G. A. Z. M. F. W. M. L. L. R. M. C. G.**

## Walter Geiser

von seinem langen, schweren Leiden. Um stille Teilnahme bittet **Allee Geiser geb. Liebkecht** mit ihren 4 Söhnen. Berlin, Schlegel-Ufer 2, 2. Oktober 1901.

## Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Schankwirt **Carl Schmidt** nach langem Leiden am **Mittwoch, den 2. d. Mts.,** verstorben ist. Die Beerdigung findet am **Sonntag, den 6. d. Mts.,** nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Hochmeisterstr. 17, nach dem Gethemane-Rindhof statt. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Ww. Bortha Schmidt.**

## Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt **Carl Schmidt,** Hochmeisterstr. 17, am 2. d. M. verstorben ist. 266/5

## Moritz Adler

im 28. Lebensjahre an akuter Ohren-entzündung. 170/9

## Dr. Schönemann,

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, **Seidelstr. 9.** Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 8.

## Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten,** Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

## Herren-Anzüge,

Valerios n. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert **J. Anzberg, Landsbergerstr. 13 prt.** Teilzahlung gestattet. Arbeiter.

## Stenographen-Verein „Sibylla“

Neue Unterrichtslehre beginnt **Freitag, den 4. Oktober, im Bezirk Centrum, bei Gruppe, Annenstrasse 16.** 527b

## Große Betten 12 M.

(Ober- u. Unter-), zwei Stellen mit gereinigten neuen Federn bei **Schad Knigge, Berlin S., Pringelstraße 46.** Preisliste kostenlos. Briefe Anerkennungs-schreiben.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.** Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen. **Große Frankfurterstraße 39, Charlottenburg.** H. Schmerberg (24655) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos gefasst.

## Chic, Gelegenheitshäuser für moderne Herren-Artikel

Spezialität der Firma: **Hüte, Handschuhe**



# Es wird allmählich früher dunkel,

weshalb Geschäfts- und Privatleute gut daran thun, ihre Beleuchtungsanlagen nachzusehen. Mit sachverständigem Rat stehen wir dabei allen **Auer-Gasglühlicht-Konsumenten** zur Verfügung und bitten, den Besuch unser Monteure per Karte oder Telefon zu verlangen. Reparaturen und Installationen jeder Art werden schnell und billig ausgeführt. Unsere Ingenieure und Meister machen jederzeit an Ort und Stelle praktische Vorschläge für notwendige Verbesserungen oder nützliche Neuerungen. Grosses Lager moderner Hänge-, Tischlampen, Kronen-, Lyren. Kostenanschläge für Neuanlagen kostenfrei.

## Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft), Berlin.

**CENTRALE und FABRIK: C., Molkenmarkt 5.**

Fernsprecher: Amt I 1042, 8924, 8925.

**FILIALEN:** **NORDEN:** N., Brunnenstr. 57 — **MOABIT:** NW., Perlebergerstr. 11 — **CHARLOTTENBURG:** Schlüterstr. 16 — **WESTEN:** W., Genthinerstr. 19  
 Amt III, 6556. Amt II, 4030. Amt Chtbg., 2318. Amt VIa, 12 075.

**SÜDEN:** SW., Yorkstr. 89a — **SÜDOST:** S., Plan-Ufer 89/90 — **OSTEN:** O., Weidenweg 72  
 Amt VIa, 12 076. Amt IVa, 8116. Amt VIIa, 8257.

**Wer den Agrariern zu einem willkürlichen Preismonopol für alle Lebensmittel, erst Milch, dann Butter, Fleisch, Obst, Gemüse verhelfen will, kauft bei der Ring'schen Milchcentrale; jeder andre beachte die ringfreien Geschäfte.**

Die vereinigten Milchhändler-Verbände.

**Achtung!** Allen Vereinen und Gewerkschaften zur Nachricht, daß ich das früher Wittke'sche Lokal **Andreas-Garten, Andreasstr. 26,** übernommen habe und als Gastwirtschaft und Logierhaus weiterführen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und liegen die Säle, Vereinszimmer sowie Kegelbahn noch für einige Tage, auch Sonnabends, frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und gepflegte Biere meinen wertvollen Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lade ich zu recht zahlreichem Besuch freundlichst ein.  
 2353L\* Amt 7, 945. **Franz Merkowsky.**



für Güte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle findet. [53943\*]  
 Knabenfilzhüte 0,75—3 R.  
 Herrenfilzhüte, weich 1,75—5,25  
 steif 2,00—5,25  
 Cylinderhüte 4,00—12,00  
 Chapeaux claquees 8,00—10,00  
 im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**  
 Gut-Engros-Geschäft  
 Waldemarstr. 44, part.,  
**Kein Laden.**

**Charlottenburg, Friedbergstr. 19.**  
 Wir empfehlen unser neu eröffnetes **Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer zu vergeben.  
**Carl Klein, Carl Gieseler.**

**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt **Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,** am Kottbusser Thor. [2400L\*]

**Nordhäuser Kautabak**  
 Athenstädt & Bachrodt, Nordhausen,  
 sehr beliebtes Fabrikat (Kontofrei), überall käuflich. Generalvertrieb: **H. Preuss, Berlin N., Zwinnendammstr. 66, I.** [2362L\*]

**Fähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 R. Plomben 1,50 R. Zeitl. Zahn. wöchentl. 1 R. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

**Achtung! Kautabak Achtung!**  
 264/19\* aus der **Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschafts-Fabrik** ist ein vorzügliches Fabrikat!  
 Generalvertreter für Berlin: **Wilhelm Boerner, Ritterstr. 15.**

# Max Arnsdorff, Oranienstrasse 176, Ecke Adalbertstrasse.

Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe, Sammet u. Seidenwaren, Blousen, Costümröcke, Jupons und Schürzen.

## Gröffnung

Morgen, Sonnabend, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

**Gratis** erhält jede Dame zur Erinnerung an die Geschäfts-Eröffnung einen eleganten Gegenstand.

Jedes **5 Pfennig.**  
 Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

**Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
 Ein gutgehendes Restaurations- und Dekordationsgeschäft umständlicher billig zu verkaufen. Zu erfragen Kaufstr. 47.  
**Gardinenhandl. Große Frankfurterstr. 9, part. 437\***  
**Vorjähige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabends und Sonntag. Verkaufshaus Gemma, Unter den Linden 21, II**  
**Teppiche, Gardinen, Remontierarbeiten, Operngläser, Winterpaletots** flottbillig Verkaufshaus **Reinholdstr. 6.**  
**Betten, Steppdecken, Regulatoren, Bettstellen** flottbillig Verkaufshaus **Reinholdstr. 6.**  
**Kindertwagen, Sportwagen, Spielzeug, Bazar Babo, Invalidenstr. 100, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 31, Basse-Alliancestr. 107, Reichendörferstr. 2d, o. Charlottenburg, Wilmsdorferstr. Nr. 55. Zeitabgabe gesondert. 722\***  
**Nähmaschinen, sämtliche besseren Systeme. Eine Anzahlung, höchstens 1,00 jährliche Garantie. Lützowstr. 39. 2. Geschäft: Bernauerstr. 47b. 8638\***  
**Herrengarderobe, auffällende Erparnis, Ababteilung Engrosfirma Hüblich & Co., Spandauerstr. 76.**

**Nähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. **Vandenbergstr. 82. 780\***  
**Nähmaschinen und Feuer-Versicherung** vermittelt Gustav Schmidt, **Schulstr. 43, Hof Keller. 857b**  
**Kronen für Gas und Petroleum, sowie Gaslöcher, Teilzahlung, empfiehlt Böttcher, Frankfurterstr. 92.**  
**Gänse, frisch geschlachtet, liefern auf Centralviehhof zum Verkauf Eidenstr. 10, als-a-vis Freibühnenrestaurant Cibulski. Bettendorferstr. 91ab**  
**Tafel, Ewiden, Lische, Stühle, Schemenmöbel, neu, aber billig, Vollständiger 96, Keller. 8612\***  
**Teppiche mit Vorhängen, Badzuberhörzeuge** Große Frankfurterstr. 9, part. 437\*  
**2 Hochräder, neu, erstklassig, wegen Umzug billig zu verkaufen. Hühner, Volkerstr. 6. 740**  
**Kanarienvogel 4,00, Vorkäufer 8,00, Schmidtstr. 31. 79/2**  
**Gegenbeistand.** Ein Jauchentanz auf meinem Lagerplatz bringt mich, die dort lagernden 6\* Wästel-Braquetts ab Platz pro 100 Stk 75 Pfennig, frei Haus pro 100 8 Mark (nur so lange der Vorrat reicht) zu verkaufen. Buchhändler und sämtliche Brennmaterialien billigst. **Carl Schulz, Urbanstr. 171. 929b**  
**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, part. 437\*

**Hobelbank** zu verkaufen bei Gutscher, **Rönnigerstr. 3. 740**  
**Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebastr. 81.**  
**Vermischte Anzeigen.**  
**Vollwänger** - Gesellschaft Verbandsstr. 4. [177\*]  
**Elektrotechnik.** 7. Oktober beginnt Abendkurs. **Jodson, Alte Jakobstr. 24. 906b**  
**Rechtsbureau, Rechtsfälle, Raterteilung, Eingabegeld, Kündigungsfrist dreimonatlich. 835\***  
**Patentanwalt** **Dommann, Rattigplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767a**  
**Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Restitutions, Puffer, Steglitzerstr. 65. 140b\***  
**Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterlagen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. 590b\***  
**Eine gut erhaltene** **Hobelbank** wird zu kaufen gesucht bei Weisse, **Triftstr. 48a. 913b**  
**Augustabad, Rönigerstr. 90** Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 736a\*  
**Vereinszimmer** mit Piano zu vergeben, passend für Zahnklinik. **Rudolf Jaron, Raunauerstr. 86. \***

**Damenfrisierin** empfiehlt sich zu Hochzeiten Fr. **Wojack, Rindorf, Kaiser Friedrichstr. 244, am Kottbusser Damm. 867b\***  
**Vereinszimmer, geräumig, Einzelzimmer 23. 845a\***  
**Die gegen den Räuber** **Ed. Fischer, Neuenburgerstr. 8, gemachten** des leidigenden Ausdrucks nehme ich hiermit zurück. **J. Sieb. 921b**  
**50 Pfennige!** Unfallfachen, Rechtsfachen, Stützungsgegenstände, Raterteilungen. **Vincenzstr. 36. 925b**  
**Rechtsbureau, Geschäftsgegenstände, Scheidungsgegenstände, Eingaben, Unabgegeben, Steuerfachen, Schenkungsgegenstände, Raterteilungen, Schulden, Vollst. Pfandstr. 55. 925b**  
**Star entfallen** hohe Belohnung. Am 28. August ist Mantelkoffer ein Star entfallen, gegen hohe Belohnung abzugeben. **Reichenbergerstr. 145 I links. 925b**  
**Die Belohnung** gegen die Lohnkommission der **Waldbergerstr. 13, dort** nehme ich zurück. **Wales. 932b**

**Schlafstellen.**  
**Herr** kann mit einwohnen, **Rindorfstr. 20, vorn IV, I links. 884b\***  
**Schlafstelle** vermietet **Kirchner, Pleignigerstr. 36, I. 364b**

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellensuche.**  
**Blinder** **Stuhlrechter** bittet um Arbeit. **Schule** werden zu den billigen Preisen geschlossen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. **Adresse: Malackstr. 27, K. Glöckler.**

**Stellensangebote.**  
**Goldleihen.** **Tätige** **Farbiger** verlangt **Max** **Vonhardt, Goldleihen-Fabrik. 917b**  
**Wüstlebringe.** **Bezug**, **Kleidung** frei, **4 Jahre** **Verzinsung**. **Kauf** **hundert** **Mark**, **Kolossstr. 21a. 777\***  
**Metallbrüder** **Verzinsung** verlangt **Ritterstr. 25. 923b**  
**2 Schloßer** für **Bozengläser**, aber nur solche, **gekauft**. **Bruedner, Wilhelmstr. 133. 920b**

**Sticker** mit **Fählein** für **sofort** **sucht** **Karl** **Birn, Dredenerstr. 88 89.**  
**Gesangsverein** **sucht** **Dirigenten**, **Dienstag**, **Offerten** **unter** **„Dirigent“** **Volkmann 42. 828a**  
**Töpfergehilfen** auf **Privat** **verlangt** **Engel, Rosenfelderstr. 18.**  
**Bläser** für **Bildereisenbahnwagen** **sofort**. **H. Wehner, Stallgärtnerstr. 58. 927b**  
**Wäcker** oder **Yvon** zum **Witztragen** **Völlerstr. 41, II. Richter.**  
**Wochenfrauen** werden **sofort** **gesucht**. **Wilhelmshavenstr. 25, Diersgebäude I. 922b**  
**Kartonsarbeiterin**, **gebildet**, **verlangt** **Anders** **Nachfolger, Waldbergstr. 7. 886b\***

**Am Arbeitsmarkt** durch **besonderen** **Trud** **herausgehobene** **Anzeigen** **lohen** **10 Pf. pro** **Seite**

**Gewandter Portefeuller**  
 auf **abgerundete** **Umform** **und** **gebrosch.** **Zielers** **für** **die** **Rechtsgüter** **gekauft**. **Offerten** **unter** **Angabe** **des** **Wegfalls** **an** **die** **Hand** **an** **Hausen** **steins** **&** **Vogler, A.-G., Köln. 107/8\***

**Goldleihen.** **Einen** **tätigen** **Schuldet** **für** **vergoldete** **Verzierungen** **suchen** **75/20**. **Rosenow & Co., Schulstr. 6.**



**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Zum Organisationsstreit im 6. Wahlkreis.**

Im heutigen „Vorwärts“ macht mir Genosse Vorkmann einen Vorwurf darauf, daß ich durch mein Telegramm aus Lößel in den Organisationsstreit eingegriffen hätte. Ich glaube mit hinreichender Deutlichkeit meine Gründe dafür in der Zuschrift vom 1. Oktober dargelegt zu haben. Da aber selbst Genosse Vorkmann sie nicht verstanden hat, muß ich noch deutlicher werden.

Ich habe an den Beratungen des Organisationsrats selbst nicht teilgenommen, weil unter den Gründen für die Notwendigkeit einer Statutenänderung auch der Wunsch nach Änderung der Bestimmungen für Vorbereitung von Reichstagskandidaturen geltend gemacht worden war. Das sind die „persönlichen Momente“, die mir als Abgeordneten des Kreises nach meinem Empfinden völlige Zurückhaltung bei der Statutenberatung auferlegt haben.

Ganz anders wurde aber die Situation, als bei der dissentierenden Minderheit der Plan einer Sonderorganisation hervortrat. Da mußten für mich alle Bedenken schwinden. Es war meine Parteipflicht, eingzugreifen, wie das hoffentlich jeder Reichstags-Abgeordnete der Partei in gleichem Falle thun würde. Ich hatte aber auch jetzt nicht in den Statutenstreit selbst eingegriffen, sondern zunächst einen Disziplinbruch zu hindern und dann eine Beilegung des Zwistes anzubahnen gesucht, trotzdem ich nicht einen Augenblick darüber im Zweifel war, daß deshalb einzelne Genossen Vorwürfe gegen mich erheben würden. Daß ich indes dadurch nicht „in eine schiefse Lage kommen“ werde, dafür kann ich mich, denke ich, auf das gesunde Urteil der ganz überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen des Kreises auch in der Schönhauser Vorstadt verlassen.

Weiterhin macht mir Genosse Vorkmann den Vorwurf, ich hätte mir nicht die Mühe genommen, nach meiner Rückkehr vom Parteitag persönlich Fühlung mit den Genossen zu nehmen. Er irrt sich. In der Nacht vom Sonntag auf den Montag kam ich zu Hause an. Am Montagabend ging ich in die Versammlung im Fiedler, wo ich hoffen durfte, Genossen aus allen Teilen des Kreises zu finden. Da wurde mir nun von Teilnehmern an der Freitagssammlung mitgeteilt, daß nach Verlesung des Telegramms nicht nur Genosse Grunow (oder Bruno) die fragliche Äußerung gemacht, sondern auch der Versammlung heraus sofort Aufse erschollen sein: „Wachenshaft von Ernst und Kiesel“ usw. (Dah es sich, nebenbei bemerkt, nur um Äußerungen nach der Verlesung des Telegramms, nicht vorher handelt, ist doch eigentlich selbstverständlich.) Ja, es traten nachher zwei Genossen aus der Schönhauser Vorstadt direkt an mich mit der Frage heran: „Haben Sie denn wirklich das Telegramm abgeschickt?“ In der Versammlung wurde gesagt, daß Ernst und Kiesel das getan hätten!

Daß Vorkmann von alledem nichts gehört hat und deshalb nichts davon weiß, spricht sehr für seine eigene Harmlosigkeit, ändert aber nichts an der Tatsache, daß in der Freitagssammlung zwei um den Wahlkreis und die Partei verdienten Genossen schlaunweg der Fälschung eines Telegramms beschuldigt wurden und daß diese Beschuldigung Glauben gefunden hat. Eine andre Version, von der ich nachträglich gehört habe, ist die, daß Ernst und Kiesel mich durch Vorpiegelung solcher Tatsachen zu meinem Telegramm verleitet hätten, was natürlich ebenso unrichtig ist.

Die Unterredung am Montagabend mit den beiden Genossen aus der Schönhauser Vorstadt insbesondere drängte mir nun die Überzeugung auf, daß ich unverzüglich einen Schritt thun müsse, um dem Weiterwachsen solcher gefährlichen Ausprägungen entgegenzutreten und, da mein Telegramm die Genossen von dem Disziplinbruch nicht abgehalten hatte, nachträglich wenigstens auf sie in verhältnismäßigem Sinne einzuwirken. Der einzige Weg, der mir einen Appell an die Gesamtheit der Genossen in der Schönhauser Vorstadt ermöglicht, ist aber der öffentliche durch eine Zuschrift an den „Vorwärts“.

Was nun Vorkmanns Erklärung in der Versammlung bei Vorkmanns betrafte, die mich durch ihren beruhigenden Inhalt davon abbrachte, damals schon vor der Sonderbündelei zu warnen, so macht er jetzt einen feinen Unterschied zwischen dem ersten Teil seiner Erklärung, den er gewissermaßen offiziell abgegeben, und dem zweiten, in dem er nur seine Privatmeinung zum Ausdruck gebracht habe. Von diesem Unterschiede war aber für den Hörer nichts zu spüren. Vorkmann sagte: An eine Sonderorganisation denken wir nicht; über solche Aenderungen sind wir doch hinaus. Es machte das durchaus den Eindruck, daß er namens der gesamten dissentierenden Genossen der Schönhauser Vorstadt sprach. Es erob auch niemand aus der Versammlung Widerspruch dagegen. In dem Stillschweigen drückte sich die Zustimmung aus zu dem zweiten Teil der Erklärung aus. Und die reservatio mentalis, der stillschweigende Vorbehalt, es nachher doch anders machen zu können, als man zugesichert, hat bisher in unserer Partei noch nicht Anerkennung gefunden.

Wenn es nun aber sogar Vorkmanns allerseitigster Überzeugung entspricht, daß die Gründung einer Sonderorganisation eine Aendeerung ist, dann hat er geradezu unverantwortlich gehandelt, und zwar unverantwortlich gegenüber den dissentierenden Genossen der Schönhauser Vorstadt, daß er in der Freitagssammlung nicht alle seine Bereitwilligkeit aufgeboten hat, um sie von einem Schritt zurückzuhalten, den er selbst so hart verurteilt, ihn eine Aendeerung zu nennen. Das hat er aber nicht getan. Er hat zwar in der Debatte das Wort genommen, aber kein Wort gegen die Sonderorganisation gesprochen und damit bei den Versammelten den Glauben erwecken müssen, daß er nunmehr auch mit dem Plane einverstanden sei.

Wenn Vorkmann nun zum Schluß die Mitteilung macht, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt ihre Bereitwilligkeit zu einem Ausgleich durch einen neuerdings gefassten Beschluß, die Sache an den Parteivorstand und die Vertrauensleute zu überweisen, kundgethan haben, so ist es nur höchst bedauerlich, daß dieser Entschluß nicht ein paar Tage vorher gefaßt wurde und dadurch die diametrale Freitagssammlung verhindert. Wenn aber Genosse Vorkmann diese Mitteilung jetzt erst rathlos hielt, so hätte er auch nicht verweigern dürfen, daß vorgestern abend unter seiner Leitung eine Versammlung von Genossen aus allen Teilen des Kreises diesen Vorschlag zu verwarf, da er die Entscheidung einer Korporation, den Berliner Vertrauensleuten, anheimgeben wollte, die in diesem Streit die Partei ist, dagegen schließlich einstimmig einen von der anderen Seite gemachten und von mir unterstützten Vorschlag angenommen hat, den Streitfall der schiedsgerichtlichen Entscheidung der in unferm Parteistatut vorgeschriebenen Instanz, Parteivorstand und Controloren, zu überweisen.

Hoffentlich stimmen beide Seiten diesem Vorschlage zu. Aber es kann immerhin noch einige Zeit hingehen, ehe das Schiedsgericht darüber entscheidet, ob das in der Generalversammlung des 6. Kreises angenommene Statut gegen Programm und Organisationsstatut der Partei verstößt oder nicht, und ob ein Teil der Genossen des Kreises bereit ist, eine Sonderorganisation ins Leben zu rufen. Das braucht uns deshalb nicht abzuhellen, mittlerweile in öffentlicher Versammlung in freier gegenseitiger Aussprache Mißverständnisse aufzuklären, Mißstimmungen zu beseitigen und ein geistliches Zusammenarbeiten anzubahnen. Das bezwecke mein Vorschlag; den halte ich aufrecht und zu allem, was zur Einigung der Genossen des Kreises beitragen kann, biete ich bereitwillig die Hand.

Berlin-Grünwald, 3. Oktober 1901.

G. Ledebour.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Ihrem Blatte vom 29. September finde ich unter der Bezeichnung „Der Fall Lange“ vom Lößeler Parteitag folgenden Satz: „Ja, Lange forderte sogar

den Verleht des Spiegels in der Wirtschaft des Genossen Dreßler und die gemeinsamen Aktionen des Spiegels mit dem im Hause Dreßlers wohnenden Photographen.“ Mit diesem Photographen bin ich gemeint und muß ich mich ganz energisch dagegen verwahren, mit einem Photographen irgend etwas gemein zu haben. Denn erstens bin ich selber Genosse und zweitens würde ich mich zu solchen Dingen überhaupt nicht hergeben. Alfred Lange, Maler und Photograph, Berlin O., Räderstraße 6a, Vinkenstraße 218.

**Tokales.**

**Der Milchstreit.**

bietet das Schauspiel eines Konkurrenzlampfes, bei dem die firetenden Akteure einer den andern einen unläutereren Geschäftsbetriebes bezichtigen. Auf beiden Seiten wird mit den schärfsten Waffen gekämpft. Während die Centrale den Händlern Fälschungen über Fälschungen vorwirft, zahlen die Angegriffenen mit gleicher Münze heim. In einer Flugchrift, welche die vereinigten Milchhändler soeben unter dem Titel „Zum Kampfe gegen die drohende Milchverfälschung“ herausgegeben haben, wird den Agrariern an der Hand einer Reihe von Thatsachen unterblümt der Vorwurf gemacht, daß sie bisher gegen nicht eine solche Abneigung bewiesen haben, als gegen hygienische Verbesserungen bei der Milchgewinnung, besonders was Sauberkeit in der Stallung und tadelfreie Futtermittel anbetrifft.

Wie wir der Flugchrift entnehmen, giebt es noch heute ländliche Milchwirtschaften, wo die Seichtäher, die bekanntlich zur Absonderung des unvermeidlichen Stallunges notwendig gebraucht werden, von den Berliner Pächtern bezahlt werden müssen, weil der „hygienisch angebaute Landwirt“ für solche Dinge nur wenig Verständnis besitzt, ebenso, wie so auch der Milchpächter an der Produktionsstätte eigne Kühleinrichtungen halten und eigne Personal besolden muß. Die vereinigten Milchhändler haben auch schon vor längerer Zeit den Landwirten eine Denkschrift: Grundzüge für die Gewinnung und Behandlung der Milch an der Produktionsstätte unterbreitet und auf eigne Kosten eine freiwillige Milchkontrolle eingeführt. Wenig waren es die Milchhändler, auf deren Antrag im Jahre 1898 eine Sachverständigen-Konferenz im Landwirtschafts-Ministerium zusammenberufen wurde, hauptsächlich um über Einführung einer Kontrolle an der Produktionsstätte zu beraten; und hier waren es im Gegensatz zu den Milchhändlern und den Vertretern der Wissenschaft einzig und allein die Herren von der Landwirtschaft, die der Kontrolle auf das Schärfste widerprochen und es verhindert, daß diese hygienisch so hochwichtige Maßregel eingeführt wurde. Dagegen stimmten damals die Landwirte dafür, daß der ohnehin recht dürftige Mindest-Jettgehalt der Vollmilch von 27 Proz. noch weiter auf 25 Proz. herabgedrückt würde.

Was darf gespannt sein, was die Centrale als die Anshuldigungen der Händler antworten wird. Jedenfalls beweisen auch diese Thatsachen, daß es den Herren Agrariern nicht im geringsten auf eine sanitäre Verbesserung der großstädtischen Milchversorgung ankommt, sondern lediglich auf den Profit.

Eine polizeiliche Ueberwachung der für den Milchverkehr in Betracht kommenden Güter-Bahnhöfe in Berlin wie auch der Verkaufsstellen der hiesigen Milchcentrale findet jetzt täglich durch bezittene und Fuß-Schupstente statt, weil etwaige Ausfälschungen seitens der Milchhändler bekämpft werden; jedoch ist es bisher noch zu keinem offenen Besuche gekommen. Die Ringmilch findet bis jetzt nur wenig Absatz. Vom Nordbahnhof mühte in der gestrigen Nacht die gesamte Anfuhr nach der Centrale geschafft werden und auch auf den übrigen Bahnhöfen war der Absatz außerordentlich gering und nicht nennenswert, so daß fast die gesamte Zufuhr an Ring-Milch zur Verarbeitung kommen muß. Der Handverkauf in der Centrale und an den Verkaufsstellen war dagegen sehr lebhaft, zum Teil beeinflusst durch die Milchhändler, welche sich nach bekanntem Muster Milchproben verschafften, um diese auf ihren Fett- und Wassergehalt untersuchen zu lassen. Die Bekannmachung der Milchcentrale bezüglich der bei den Milchhändlern aufgelaufenen, angeblich gefälschten Milchproben hat diese zu einem energischen Vorgehen gegen die Milchverfälscher veranlaßt, die ja vielfach bei den Produzenten, d. h. bei den Milchbauern zu suchen sind. Mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit hat der Verein der Berliner Milchpächter einen Rechtsanwalt beauftragt. Am gestrigen Tage hat sich ein bedeutender Milchmangel herausgestellt, und die meisten Milchgeschäfte, welche ringfreie Produkte führen, hatten vormittags bereits den gesamten Milchvorrat ausverkauft. Einige Händler hatten überhaupt keine Milch erhalten und mußten sich solche bei Geschäftsfreunden verschaffen. In der letzten Nacht war die Zufuhr ringfreier Milch schon etwas stärker und da durch umherreisende Agenten weitere Vorkäufte täglich erschlossen werden, dürfte die Milchsalamität in wenigen Tagen gehoben sein.

**Wer trägt die Arzneykosten des Apothekerkampfes?**

Durch die bürgerliche Presse geht eine Mitteilung — offenbar ein „Wohlgeliet“ vom Preßbureau des Apothekervereins — der zufolge die Apotheker bisher sehr gut gefahren seien; rund 300 000 M. kämen zur Verteilung usw. Es wird dabei aber wohlweislich nicht angegeben, für welche Zeit und von welchen Kassen die 300 000 M. vereinnahmt wurden, und so wird dann der Eindruck erweckt, als ob die genannte Summe die Einnahme von den Bohlottlassen in der Bohlottzeit darstellt. Wie sich diese letzteren Einnahmen thatsächlich gestalten, darüber liefert die Nr. 77 der „Apotheker-Zeitung“ eine etwas andre Auskunft. Danach gelangen für die ersten vier Monate des Bohlotts als Einnahmen von den Bohlottlosen zur Verteilung nicht 300 000 M., sondern 102 000 M., so daß also — wenn man die 40 Proz. hinzuzählt, welche die ansetzenden Apotheker für sich behalten, die Bohlottlassen in dieser Zeit nur rund 170 000 M. an „Apothekergeldern“ gezahlt haben. Das ist eine außerordentlich niedrige Summe, denn die Bohlottlassen zählten zu Beginn des Bohlotts 400 000 Mitglieder, nach Hinzutritt des Gewerkschaftenvereins am 1. Juli 500 000, und dem jährlichen Arzneiverbrauch eines durchschnittlichen Mannes nach dem letzten Magistratsbericht auf durchschnittlich 250 M. berechnen. Danach würde also der Arzneibedarf der Bohlottlassen, wenn man nur 400 000 Mitglieder der Berechnung zu Grunde legt, ohne den Bohlott auf mindestens eine Million M. jährlich zu berechnen sein. Selbst wenn man nun in Betracht zieht, daß die Monate Mai bis August verhältnismäßig günstig für die Kassen sind, und daß man deshalb die Arzneiausgaben dieser Monate nicht 3, sondern 4 mal nehmen muß, um die Jahressumme zu erhalten, so ergibt dies auch noch nicht 700 000 M., d. h. die Apotheker erleiden durch den Bohlott eine Mindereinnahme von über 800 000 M. jährlich! Und das bei amähernd gleich bleibenden Ausgaben, insbesondere der gleichen Vergütung des Konzeptionsaufgeldes, der gleichen Miete, Beleuchtung usw.

So stehen die Dinge für die Apotheker. Die Kassen dagegen können auch mit dem finanziellen Ergebniss des Bohlotts mehr als zufrieden sein. Vor uns liegen z. B. die Ergebnisse von fünf Krankenkassen mit zusammen etwa 150 000 Mitgliedern; dieselben haben im II. Quartal 1901 insgesamt für Arzneikosten bezahlt 76 700 M., gegenüber 83 800 M. des Vorjahres — also 10 Proz. weniger — und zwar bei einem über 14 Prozent höheren Krankendestande. Zieht man

diesen in Rechnung, so erhält man eine Ersparnis von über 21 Prozent.

Das sind aber Ersparnisse, die im Haushalt der Krankenkassen schon eine Rolle spielen. Im letzten Berichtsjahr (1899) betragen die reinen Arzneikosten der Berliner Krankenkassen zusammen etwa 1 160 000 M. Wenn davon nur 10 Proz. erspart werden, so könnten damit z. B. die Unterstüßungen, die an Angehörige bei Aufnahme des Krankentages in ein Krankenhaus gezahlt werden, schon annähernd verdoppelt werden, denn der Aufwand hierfür betrug 1899 nur 144 000 M.; oder es könnte für einen Teil dieser Ersparnisse die Wöchnerinnenunterstützung, wie es die Absicht der Regierung und die Forderung der Versicherten ist, auf 6 Wochen ausgedehnt werden, denn der Aufwand hierfür betrug bei vierwöchentlicher Unterstüßungsdauer nur 150 000 M. Und so ließen sich noch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen aufstellen, bei denen jedesmal das ersparte Geld weit nutzbringender angelegt wird, als wenn es weiter dem Arzneiwucher zum Opfer gebracht wird. Den Krankenkassenmitgliedern möge darum das bisher erzielte Ergebnis ein Ansporn sein, in ihren Bemühungen nicht zu erlahmen, sondern den Wohlthät mit derselben Energie fortzusetzen wie bisher.

Die ollen ehrlichen Milchbauern. In Zeitungsannoncen, deren eine auch im Inseratenteil unseres Blattes veröffentlicht worden ist, beliebt es der Milchcentrale bekanntlich mit einem Male, die Milchhändler der Pantißerei ein groz zu bezichtigen. Nun ist es keineswegs unser Beruf, die Händler vor dem Verdacht der Nahrungsmittelverfälschung in Schutz zu nehmen, und mancher der Herren mag Sünden sonder Zahl auf dem Gewissen haben. Wie wenig aber gerade die Milchproduzenten berufen sind, ihre jetzigen Gegner anzuklagen, lehrt eine Gerichtsverhandlung, die gestern die 146. Abteilung des Kantgerichts I befaßigte. Der Milchhändler Karl Wille hatte ein Strafmandat in Höhe von 8 M. erhalten, weil er Magermilch, welche er feilgeboten, nach dem Gutachten des Polizeikommissars gewässert war. Er hatte auf richterliche Entscheidung angetragen, da er sich bewußt war, seinerseits eine solche Verwässerung nicht vorgenommen zu haben. In diesem Bewußtsein ließ er die von dem bäuerlichen Lieferanten für ihn hierher gefandte Milch sofort nach der Ankunft durch den Gerichtskommissar Dr. Reiche untersuchen, und dieser fand deutliche Spuren von Salpetersäure vor, deren Vorhandensein ein charakteristisches Merkmal der märkischen Bauern ist. Hiernach stand fest, daß die Verwässerung nicht von dem Angeklagten, sondern von dem bäuerlichen Lieferanten vorgenommen worden war. Gegen letzteren ist inzwischen auch schon ein Verfahren wegen wissenschaftlicher Fälschung von Nahrungsmitteln eingeleitet worden. Dem Angeklagten wurde Fahrlässigkeit vorgeworfen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Klara u. des Hof-Schöffengerichts, ein Gutachten des Dr. Bischof darüber einzuholen, ob es einem Händler ohne weiteres möglich ist, eine solche Fälschung an Magermilch, die in Verkehr gebracht worden ist, sofort zu erkennen. Dieser Vorkfall, der ja bekanntlich nicht vereinzelt dasteht, zeigt deutlich, daß die Milchproduzenten alle möglichen Tugenden, aber kaum die der Ehrlichkeit für sich in Anspruch nehmen können.

Im städtischen Familien-Obdach hat die Frequenz gestern doch beträchtlich zugenommen, wenn sie auch die frühere Höhe nicht erreichte. Während in der Nacht zum 2. Oktober 555 Personen dort beherbergt wurden, stieg gestern der Bestand auf 744 Personen, die sich auf 118 Familien verteilten.

Die vom Stadtbaurat Ludwig Hoffmann erbaute städtische Bade-Anstalt in der Demerowstraße ist fertig und soll in den nächsten Tagen dem Verkehr übergeben werden. Die neue Bade-Anstalt in der Gärwalddstraße zeigt geradezu enorme Besuchsziffern, an einzelnen Tagen bis zu 1800 Personen. Die im Bau begriffene städtische Bade-Anstalt in der Oberbergstraße dürfte in einigen Monaten für ihren Zweck bereit sein. Außerdem ist noch eine vierte neue städtische Bade-Anstalt für den Wedding geplant.

In der Bade-Anstalt für Frauen und Kinder des Berliner Vereins für häusliche Gesundheitspflege, Steinwegstraße 16, werden in den Wintermonaten Bäder am Dienstag, Freitag und Sonnabend von 8 bis 7 1/2 Uhr verabreicht. Von April bis Oktober wurden über 2000 warme Wasserbäder zum Preise von 15 Pf. (für ein Kind) und 25 Pf. (für eine Frau) und gegen 1000 Solzbäder zum Preise von 20 bezw. 25 Pf. verabreicht. Ein Teil der Bäder wird auf ärztliches Ansuchen nach festgelegter Bedürftigkeit frei oder zu ermäßigten Preisen bewilligt. Die Anstalt ist die einzige in Berlin, die Unbemittelten den Gebrauch fertig zubereiteter Solzbäder ermöglicht. Den leidenden Frauen wird beim Baden geholfen, die Kinder werden beaufsichtigt und so wird durch geeignete Fürsorge die heilsame Wirkung der Bäder wesentlich verstärkt.

Die von Wiedersee-Stiftung wurde mit einem Kapital von 6000 Thaleten laut Testament vom 15. November 1889 zu Gunsten verheirateter Handwerker und Arbeiter, sowie selbständiger Arbeiterinnen in Berlin unterm 8. Mai 1871 als Stiftung genehmigt. Sie wurde von der Stadt übernommen und der Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame als Zweigstiftung überlassen.

Im Verwaltungsjahr 1900 (vom 1. April 1900 bis 31. März 1901) wurden aus der von Wiedersee-Stiftung an 104 Personen Darlehen im Gesamtbetrage von 6245 M., oder im Durchschnitt auf die Person 60 M. bewilligt. Die Milchabhängigen früher gewählter Darlehne stellten sich im Verwaltungsjahr 1900 auf 5729,58 M., die verbleibenden Reste auf 6987,55 M.

Vom Droschkenfuhrgewerbe. Im Herbstjahre der Taxameter-Plätze bei den Taxameterfabrikanten vorstellig zu werden, haben die Droschkenbesitzer beschlossen. Der stante Geschäftsgang der letzten Monate ist die Veranlassung zu ihrem Vorgehen. — Die lange geplante Protestversammlung aller Interessenten des Fuhrgewerbes gegen die Bevorzugung der Straßenbahn wird bestimmt noch im Lauf dieses Monats stattfinden. Eine Vorversammlung der Vertreter familiärer Berliner fuhrgewerblicher Vereine hat sich bereits mit den Beschlüssen gegen die Straßenbahn beschäftigt, welche das Material für eine an die unabhängigen Behörden zu richtende Eingabe bilden sollen. Es wird hauptsächlich über die Ueberforderung der Fahrgeschwindigkeit, Mächtighaltung der polizeilich vorgeschriebenen Intervalle, wie darüber geklagt, daß bei Korambolagen von vornherein der Führer des andern Gefährtes als der schuldige Teil betrachtet und der Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes angeklagt wird, während die Straßenbahn für die zahlreichen Sachbeschädigungen, die sie durch Fortsetzung von Wagen- und Pferdemanualen anrichtet, niemals haftbar gemacht wird.

Ein „Wartezimmer-Dieb“ treibt wieder sein Unwesen. Einem Arzt im Centrum der Stadt fehlte er eine Bronzefigur, die auf einem röllchen Sockel steht, einen Jüngling, der das Erwaehen des Herbstes darstellt. Die Figur ist 90 Centimeter hoch. Der Dieb ist ein junger Mann von 23—25 Jahren, mittelgroß, mit dunklem Haar und Schnurrbart; er trägt einen guten schwarzen Anzug.

Bessere Straßenbahn-Verbindung nach Tempelhof. Ein von der Großen Berliner Straßenbahn vorgelegter Fahrplan ist von der Gemeindevorstellung von Tempelhof dahin abgeändert worden, daß vom 1. Oktober cr. versuchsweise auf zwei Jahre der Sechsminutenverkehr vom Tempelhofer „Tivol“ bis Vorkstrasse und umgekehrt eingeführt wird. Der erste Wagen fährt von der genannten Stelle in Tempelhof früh 5 Uhr 45 Min., der letzte Wagen nachts 1 Uhr 21 Min. von der Vorkstrasse ab. Sobald der elektrische Betrieb auf der Strecke Vorkstrasse-Tempelhof am 15. Oktober 1901 eröffnet ist, fahren auch diese Wagen bis zur Vorkstrasse.



Ein jammervolles Bild bot gestern Mittag, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, eine arme russische Auswanderer-Familie in der Holzmarktstraße, deren achtjährige Tochter von einem Fuhrwerk überfahren worden war. Die Mutter, welche das schwer verletzte Mädchen in den Armen trug, weinte nicht aus oder ein, bis hilfsbereite Leute sie zu einer Rettungswache führten, wo der Verunglückten wenigstens Notverbande angelegt wurden. Der Ehemann der bedauernswerten Frau war während des Unglücksfalles auf der Straße nach einem in Berlin lebenden Bruder, einem bekannten Professor, von dem er eine Unterstützung zur Weiterreise nach Amerika zu erlangen hoffte. Als er zum Schließlichen Bahnhof, wo seine ratlosen Angehörigen ihn erwarteten, zurückkehrte, brachte er die Nachricht mit, daß der Herr Professor ihn als Bruder in Rücksichtnahme auf seine — des Professors — Frau nicht anerkennen wolle und ihm die Thür geschlossen habe. Die Leute wanderten schließlich nach dem Uffl für Ovdachse, in der Hoffnung, daß dort das schwer verunglückte Mädchen Aufnahme in der Krankenabteilung finden werde.

Die gerichtliche Leiche des Geldverleiher Löfner hat noch nicht stattgefunden. In den Kreisen der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft neigt man mehr und mehr der Ansicht zu, daß Löfner Selbstmord begangen hat oder eines natürlichen Todes gestorben ist.

Am den Folgen eines Straßenbahn-Unfalls gestorben ist der 9 Jahre alte Sohn Bernhard des Schneiders Röhner aus der Wülfingstr. 25. Der Knabe spielte vor acht Tagen mit mehreren Kindern an der Ecke der Wülfing- und Friedenstraße. Als ein Ringbahnwagen vom Landberger Thor her gefahren kam, stieß einer der Jungen den kleinen Knaben auf das Geleise, so daß er umfiel und überfahren wurde. Mit einer schweren Verletzung am rechten Arm wurde der Kerne nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Hier trat Wundstarrkrampf ein, der zum Tode führte. Der Leichenbesitzer, der einen so schweren Unfall verschuldete, ist noch nicht ermittelt, die Nachforschungen sind aber noch im Gange.

Das Lehrprogramm der Volkshochschule Humboldt-Akademie für das am 9. Oktober beginnende Herbst-Vierteljahr ist soden erschienen. Dasselbe enthält die ausführlichen Angaben von 94 Vortragsschulen und Unterrichtsstunden aus allen Wissensgebieten, welche in sechs Lehrstätten Berlin meist in den Abendstunden, aber auch mittags und nachmittags vor Herren und Damen gehalten werden. Neben den bisherigen bewährten Dozenten werden als neue Beauftragte die Herren Prediger Dr. Maximilian Runge für Religionsphilosophie, Arzt Dr. Otto Juliusberger für Medizin, Obersilberrentant z. B. Paul Kochhammer für Danielkunde und Dr. Ivan Koppel (als Vertreter) für Chemie tätig sein. Im letzten Studienjahre der Humboldt-Akademie (3. Quartal) wurden in sieben Lehrstätten zusammen 226 Vortragsschulen und Kurse abgehalten und von 9594 eingeschriebenen (ständigen) Hörern besucht; gegen 1899/1900 eine Zunahme von 8 Klassen und 2709 Hörern. Das neue Programm ist 36 Seiten Ottav hoch in einer Anzahl bekannter Buchhandlungen sowie im Zentralbüro und in den Büros der Akademie, Dorosthenstr. 75, Potsdamerstr. 116a, Prinzenstr. 64, Landsbergerstr. 32, für 10 Pf. erhältlich. Für die Lehrstätten Berlin NO. (Königsplatz) und Charlottenburg erscheinen noch diese Woche Sonderprogramme.

Die Volkshochschule für Kuren, Wasen, Harnleiden von Dr. med. Alfred Rothchild ist nach NW., Karlstr. 20 A I von neuem verlegt worden und ist daselbst für Unbemittelte wochentlich wochentlich Sprechzeit von 1—2 Uhr.

Der Unterricht in der städtischen Fachschule für Gärtner in dem Gebäude der Gemeindeschule hinter der Garnisonkirche 2 wird am Dienstag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr eröffnet. Anmeldungen nimmt Herr Rektor Drehschmidt selbst vor Beginn des Unterrichts entgegen. Honorar 8 M. für das Wintersemester.

**Apollotheater.** Sie ist nicht tot zu kriegen. Frau Luna nämlich. An die vierhundert Male sind es bald, daß sie über die Bretter schreitet; sie ist Gemeinderat, familiärer Leiter, Leiterin geworden und von jedem Tongboden hallt ihr Ruf wieder. Da hilft nun weiter kein Versehen, sie muß antworten wie dereinst die kleine Fischerin und der Mann mit dem Coals. Als die Feste gestern in teilweise neuer Besetzung aufgeführt wurde, schien es aber durchaus nicht, daß sie sich bald zum Sterben legen werde; flott und frisch gaben sich ihre Wesen, einerlei, ob sie sentimental angehaucht oder in fröhlicher Unwissenheit vorgetragen waren. Inzwischen versteht man auf dieser Bühne nicht, sich der drohenden Gefahr der Ueberdrehtheit, die da lauchet, wen sie verhängt, durch ein wirksames Spezialitätenprogramm zu erwehren. Mit Fische und Geschieb tritt das Tanz-Duettenpaar Waller und Marinett auf und verbindet die an sich auf Körperkräfte wenig Anspruch erhebbende Kunst der Fische mit der Akrobatik. Herr Robert Steidl, der heute wohl als der erste der Berliner Vortrag-Humoristen gelten kann, trat mit einigen neuen Couplets, die selbstverständlich häufig einschlagen, auf den Plan. Eine Künstlerin, die sich weit von der besten Art des Brechts abhebt, ist die Französin Frau Walla. Sängerin und Harfenistin zugleich, trägt sie ihre gewählten Lieder mit glücklicher und prächtig gedulter Stimme vor und führt so das Publikum des Apollo-Theaters in Regionen, die ihm im allgemeinen ziemlich unbekannt sind.

#### Aus den Nachbarorten.

**Zehntausend Mark** hat die Stadthauptkasse zu Spandau an einen Unternehmer zu viel gezahlt. Der Maurermeister, frühere Stadtvorordnete Schüler hatte in den Jahren 1896/1898 einen Teil der Arbeiten für das neuerrichtete Kanalisationswerk ausgeführt. Die Art und Weise, wie die Arbeiten an den Kanälen von ihm ausgeführt wurden, rief damals in städtischen Kreisen Spandaus große Entrüstung hervor, Herr Schüler mußte seine Rechnung um 12500 M. kürzen und legte dann auch schließlich sein Stadtvorordneten-Mandat nieder. Wie sich nun jetzt bei Nachprüfung der Jahresrechnung herausgestellt hat, sind dem Herrn von der Stadthauptkasse 10000 M. über sein Guthaben gezahlt worden.

Dieser Fall, der auf die Kommunalverwaltung unserer Nachbarstadt ein merkwürdiges Licht wirft, liefert neues Material für die Begründung des sozialdemokratischen Antrages: „Verbot aller Krediten oder Lieferungen für die Stadt durch Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder“. Dieser Antrag wird in allerhöchster Zeit die Spandauer Stadtvorordneten-Versammlung beschäftigen.

**Das Augusta Victoria Krankenhaus in Neu-Weichensee** soll zum nächsten Frühjahr durch Ausbau eines neuen Pavillons vergrößert werden. Die zur Aufnahme von Kranken aufgestellten Baracken haben sich zu diesem Zweck als vollständig ungeeignet erwiesen und konnten aus diesem Grunde auch wenig benutzt werden.

**Beim Bau des Teltowkanals** ist jetzt eine der schwierigsten Arbeiten in Angriff genommen worden, nämlich die Ueberführung der Eisenbahnen, unter denen der Kanal durchgelegt werden soll. Es sind dies die Berlin-Potsdamer, die Wannsee- und die Wehlarer Bahn. Vor dem Beginn der eigentlichen Brückenbauten ist es erforderlich, seitwärts der bisherigen Bahnlörper provisorische Zweiggleise zu legen; da an den Stellen, wo diese hergestellt werden sollen, tiefe Landeinsenkungen vorhanden sind, so müssen umfangreiche Erdauffüllungen ausgeführt werden. Die Eisenbahnbrücken, die über den Kanal führen sollen, werden eher gebaut, als der Kanal selbst unter den Eisenbahnen statifindet. Erst nach völliger Fertigstellung der Brücken wird unter ihnen der Kanal ausgegraben.

**Neu-Weichensee.** Die Zahl der Einkommensteuer Veranlagten beträgt für das Rechnungsjahr 1901 6787 Personen, gegen das Vorjahr mehr 1704 Steuerpflichtige. Die Steigerung der Steuerkraft der Einwohnerzahl ist jedoch nur eine scheinbare. Die Ursache der erhöhten Zahl der Einkommen ist nicht etwa darin zu suchen, daß ein größerer Teil der Steuerpflichtigen Bevölkerung er-

höhtes Einkommen bezieht, sondern der Grund hierzu liegt in der Verdoppelung der Mitglieder der Steuereinschätzungs-Kommission, die teilweise bei ihrer Einschätzung derartig „ganz Arbeit“ gemacht haben, daß nicht weniger als ca. 20 Proz. der Veranlagten gegen die Steuerfeststellung reklamiert haben. Daß bei dieser verstärkten Heranziehung zur Steuerleistung hauptsächlich Leute mit geringem Einkommen in Betracht kommen, beweist der Umstand, daß im Jahre 1895/96 der dritte Teil der Zahl der Einkommen von 1901 vorhanden war, die jedoch insgesamt weit mehr als die Hälfte des jetzigen Einkommensteuer-Solls aufbringen mußten. Die Zahl der Einkommen hat sich also in weit höherem Maße vermehrt als das Einkommensteuer-Soll. Veranlagt zu Einkommen von 900 bis 3000 M. sind 1901 6810, über 3000 M. nur 177 Personen.

Wie wenig der bei jeder Gelegenheit erhobene Einwand, daß die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung sehr wenig zur Erhaltung des Gemeinwesens beitragen, zutrifft, ergibt ein einfaches Beispiel. Diejenigen, welche mit einem Einkommen bis 3000 M. veranlagt sind, haben aufzubringen zu dem 9887 M. betragenden Einkommensteuer-Soll 75467 M., während der Rest von 21420 M. von denen aufgebracht wird, die über 3000 M. Einkommen haben. In Anbetracht dieser Thatsache schon erscheint das Capotera vom „Mitteln und Märraten“, das dann von den Vertretern der besitzenden Klassen hergeleitet wird, wenn auf die Wahrung der berechtigten Interessen der breiten Masse des Volkes hingewiesen wird, als eine haltlose Phrase.

### Sociales.

**Eine Wohnungsdebatte in der Hamburger Bürgerchaft.** Mittwochsabend stand die vom „Vorwärts“ schon geäußert gewordene Senatsvorlage betreffend die Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen zur Beratung in der Bürgerchaft. Sämtliche Redner waren im Grunde mit der Vorlage einverstanden. Hatten sie etwas daran auszusetzen, so war es nur, daß sie etwas für die Grundeigentümer oder die Pauschalanten herauszuschlagen hofften. Der einzige Redner, der eine wohlverordnete und scharfe Kritik an der gänzlich unzulänglichen Vorlage übte, war unser Genosse Stolten. Zutreffend bemerkte er eingangs seiner Ausführungen, daß seine Rede sich mehr mit der Wirkung der Vorlage auf die Bauunternehmer beschäftigt hätte, als mit der Wirkung auf die Mieter, denen doch durch die Vorlage geboten werden sollte. Esienlich sei, daß man im Prinzip die Pflicht staatlichen Eingreifens anerkannt habe. Aber diese Vorlage sei durchaus nicht dazu angethan, die Not an kleinen Wohnungen zu beseitigen. Als der Staat zu der notwendigen Sanierung in der Altstadt geschritten sei, hätte er auch für kleine Wohnungen sorgen müssen. Das habe er aber unterlassen, und deshalb habe der Staat jetzt doppelte Pflicht, einzuschreiten. Nur wenn der Staat Wohnhäuser in eigener Regie baue, sei an eine Abhebung der Not zu denken. Anderwärts habe man diesen Weg beschritten, man solle hier nicht davor zurückschrecken. Durch die Vorlage würden besten Falles Wohnungen von 300 M. Miete an geschaffen werden, aber gerade billigere Wohnungen seien nötig. Zahllose Arbeiterfamilien seien schon jetzt gezwungen, Wohnungen zu beziehen, deren Mietpreis weit über ihre Kräfte ange. Wohnungen, deren Mietpreis dem Einkommen der kleinen Leute entspreche, fehlten in Hamburg circa 34000. Diesen Mangel würde durch die Vorlage nicht abgeholfen. Bei dieser sei das Privatinteresse viel mehr gewahrt, als das Interesse der Allgemeinheit. Auf keinen Fall dürfe die Vorlage in der jetzigen Fassung Gesetz werden. Nachdem noch ein Ausschnitt dem Stadtrat das Wort geredet und ein sehr beliebter Volksredner, seines Zeichens ein Spritzenfabrikant, die Weisheit, daß die Mietpreise nicht durch die Grundeigentümer geregelt seien, sondern durch die höheren Arbeitslöhne und die geringere Leistungsfähigkeit der Arbeiter, von sich gegeben hatte, wurde die Vorlage an einen Ausschuss von 11 Personen verwiesen.

### Gerichts-Beitung.

**Die Blüte der deutschen Jugend.** Eine infame Mordthat führte gestern den Kandidaten der Medizin Oscar Koller unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor die neue Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht zum 19. Februar besand der Angeklagte sich mit mehreren anderen Studenten in einem Lokal in der Vorstraße. Koller hatte dem Vier feurig zugeprochen und war dadurch in einen Zustand geraten, der ihn zu außergewöhnlichen Thaten anspornte. Es besanden sich noch mehrere „Philister“ im Lokal. Der Angeklagte glaubte in einem derselben einen Herrn wiederzuerkennen, mit dem er vor einigen Tagen einen kleinen Wortwechsel gehabt. Es war der Tapeziermeister Albert. Der Angeklagte zündete ein Licht an, ging auf Albert zu und suchte ihm damit vor der Nase hin und her. Einer von Alberts Freunden schlug dem Angeklagten das Licht aus der Hand: Koller wachte sich, um es wieder aufzuheben, sodann verfechte er dem vor ihm stehenden Albert einen wütenden Faustschlag gegen das rechte Auge. Der Getroffene brach in das Zimmergespräch: „Mein Auge, mein Auge!“ aus. Seine Freunde nahmen sofort fühlbare Sorge an dem Studenten, sodann brachten sie den Verletzten nach der Unfallstation. Seine Selbstkraft auf dem rechten Auge ist infolge eines inneren Blutergusses fast vollständig erloschen. Staatsanwalt v. Beyinger beantragte gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof trat noch einmal in die Verweissungsphase ein und veranlaßte den medizinischen Sachverständigen, noch einige Experimente mit dem Jungen Albert vorzunehmen, um festzustellen, ob dessen Selbstkraft auf dem rechten Auge vollständig erloschen sei. Es zeigte sich, daß dies nicht der Fall war. Der Zeuge konnte Gegenstände, die ihm in einigen Schritten Entfernung vorgehalten wurden, nach ihrer Gestalt und Farbe noch erkennen. Dieser Umstand bewährte den Angeklagten vor schwerer Strafe. Der Gerichtshof hielt nur eine einfache Körperverletzung für vorliegend, erkannte aber hierfür auf 2 Monate Gefängnis.

**Ein Nachspiel im dem Drama, welches dieser Tage unter dem Namen „Nied und Genossen“ die neue Strafkammer beschäftigt hat, fand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I statt. Dasselbe Frau Auguste Nied, die in so empörender Weise die 83-jährige Luise Dölling um fast ihr ganzes Vermögen gebracht hat und deshalb zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, stand vor den Geschworenen, um sich wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten. Sie wurde befragt, voraussichtlich es bewirkt zu haben, daß Thatsachen, welche für Rechte und Rechtsverhältnisse von erheblicher Art waren, in einer öffentlichen Urkunde als geschehen benannt worden sind, während sie von einer anderen Person geschehen waren. Sie hatte, wie in der ersten Prozessverhandlung in Sprache kam, dem alten Fräulein u. a. auch ein Hypothekendokument über 25000 M. gestohlen und es für 13000 M. lombardiert. Um dies Geschäft zu Stande zu bringen, bedurfte es eines notariellen Aktes und da hat sie dann die betr. Urkunde mit dem ihr nicht zukommenden Namen „Luise Dölling“ unterzeichnet. Die Angeklagte, welche wieder vom Justizrat Bronker verteidigt wurde, war im vollen Umfang gefähig, so daß auf jede Weisungnahme verzichtet werden konnte. Es ist unbestreitbar, wie die Habgier diese Frau so verblenden konnte, denn sie stammt aus sehr wohlhabender Familie. Ihr Vater besitzt mehrere Häuser und wird der Angeklagten und ihren sechs Geschwistern dereinst ein großes Vermögen hinterlassen. Sie selbst hat elf Kinder gehabt, von denen nur noch die 17-jährige Tochter am Leben ist, die längst mit ihr auf der Anklagebank gesessen hat, aber freigesprochen worden ist. — Staatsanwalt Merckberger hielt es für ganz angebracht, dieser Angeklagten, die in so schändlicher Weise eine 83-jährige Greisin um 63000 M. gebracht habe und den größten Teil dieses Geldes offenbar an sicherer Stelle verborgen habe, misdernde Umstände zu bewilligen. Der Greisin sei von ihrem einst großen Vermögen nur noch ein lärglicher Rest geblieben und sie sei für den Rest ihrer Tage auf die Mildderzigkeit ihrer Verwandten angewiesen worden. — Die Geschworenen verurteilten der Angeklagten unter denselben Umständen und der Gerichtshof verurteilte sie zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 600 M. Geldstrafe, event. noch 40 Tage Zuchthaus.**

**Wir erhalten folgende Zuschrift:** In Ihrem Bericht über den Verleumdungsprozess des Freiherrn v. Broich gegen die „Vossische Zeitung“ befindet sich unter 1. auch eine mich betreffende Darlegung. Zu dieser bitte ich gefl. Vermerk von folgendem zu nehmen und demgemäß Ihre Darlegungen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu berichtigen: 1. Strafkammer des königlichen Landgerichts in Hensburg gegen mich existieren nicht, sondern nur Untersuchungsakten auf Grund einer Strafanzeige des Herrn v. Broich und Genossen. In dieser Untersuchungsakten ist Einleitung des Verfahrens beschlossen, weil die Unbegreiflichkeit der von dem Deumizanten vorgebrachten Behauptungen sich ergab; 2. mir ist niemals bekannt gewesen, daß irgend etwas von demjenigen Gelde, welches ich in meiner Geschäftsverbindung mit Herrn v. Broich von diesem empfangen habe, durch Handel mit Orden erlangt wurde. Meine Unkenntnis hiervon ist auch in der vorgenannten Untersuchungsakten festgestellt worden. z. B. Berlin, den 2. Oktober 1901. Christin Clausen.

### Versammlungen.

**Der Konsumverein Berlin Nord** hielt am 30. September seine zweite ordentliche Generalversammlung ab. Nach Verlesung des gerichtlichen Revisionsberichts, der der Genossenschaft ein sehr zufriedenstellendes Zeugnis ausstellt, geben der Geschäftsführer und Kassierer den Geschäftsbericht für das Jahr 1900/01. Der auch gedruckt vorlag. Derselbe wurde einstimmig genehmigt und der Verwalter Entlastung erteilt. Dem Vorschläge der Verwaltung, den Reingewinn folgendermaßen zu verteilen: 6 Proz. Dividende, 1198 M. dem Reservefonds, 300 M. dem Dispositionsfonds, 300 M. der Verwaltung als Entschädigung, wurde zugestimmt. In den Vorstand wurde G. Nieg, in den Aufsichtsrat F. Walther und F. Siegle wieder- und Frau Steinkopf neugewählt, als Ersatzleute: Dertel, Jürjensberg und Koch.

### Vermischtes.

**Ueberfall in der Eisenbahn.** Kassel, 3. Oktober. In einem Wagenabteil II. Klasse des heute früh 2 1/2 Uhr aus Westfalen hier eingelaufenen Schnellzuges ist, wie das „Kasseler Tageblatt“ meldet, kurz hinter der Station Wülfing auf einen Reisenden ein Mordanschlag verübt worden. Der Angreifer gab auf den Reisenden, welcher schlief, drei Revolverkugeln ab und verwundete ihn schwer an Kopf. Der Ueberfallene hatte noch die Kraft, seinem Angreifer den Revolver zu entreißen und die Kugeln zu ziehen. Als der Zug zum Stehen gekommen war, wurde der Verbrecher vom Zugpersonal festgenommen; bei der Ankunft in Kassel wurde er der Polizei übergeben. Der Angreifer ist der 23 Jahre alte Wilhelm Rathgeber aus Schwerte. Derselbe war früher Stationsdiener und ist vor drei Monaten entlassen worden, seitdem war er Materialverwalter in Hagen (Westfalen), wo er angeblich auch in der Schnellzug gestiegen ist. Der Ueberfallene ist der Großkaufmann Ludwig Schade, welcher in Leipzig-Plagwitz wohnt und sich auf der Rückreise von einer Geschäftsreise durch Westfalen und Rheinland befand. Schade hatte bedeutende Geldsummen bei sich. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß die Wunden nicht lebensgefährlich sind.

**Im Thale am Harz** wurde der seit zehn Jahren dort wirkende Gemeindevorsteher Eduard Siebert von dem Inspektoren Otto Wilmann ermordet. Als Siebert, um eine Inspektion kommunaler Bauten vorzunehmen, die Hubertusstraße passierte, trat Wilmann auf ihn zu und feuerte auf den ahnungslosen Gemeindevorsteher vier Revolverkugeln ab, von denen einer die Herzgegend traf. Der tödliche Verlesung konnte zwar noch kurze Gegenwehr leisten, brach dann aber bewußlos zusammen, während der Thäter entfloß. Siebert wurde nach Halberstadt in eine dortige Klinik geschafft, erlag aber während der Operation seinen lebensgefährlichen Verletzungen. Die That charakterisiert sich als Mordthat. Wilmann wurde in Blankenburg verhaftet und nach Thale transportiert. Wegen hochgradiger Nervosität aus dem Militärdienst entlassen, gilt Wilmann als nicht ganz normal; er ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Eine Zeitslang war er als Nachwächter in Thale angestellt, mußte aber wegen Vernachlässigung des Dienstes entlassen werden. Seine wiederholten Gesuche um anderweitige Beschäftigung wurden abgelehnt. Seit dieser Zeit ging er mit Nachgedanken gegen den Gemeindevorsteher um.

**Von der Pest.** In Samon sind drei neue Pestfälle vorgekommen; von den früher an Pest erkrankten Personen ist eine gestorben. Der Finnaner Dampfer „Sagary“, der in Neapel 10 Ankwanderer an Bord genommen hatte und in Marseille ausliefen wollte, wurde unter Gesundheitsquarantäne gestellt, weil ein Matrose unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt ist.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

**23. 9.** Ihr Bruder soll schließlich den Antrag auf Bewilligung der Unfallrente an den Vorstand der Berufsgenossenschaft richten. In übrigen 1. und 2. Ja. 3. Circa 20 Proz. 4. Die Unfallrente wird erst nach Ablauf der 13. Woche gezahlt. Die Höhe der Rente hängt von dem Jahresarbeitsverdienst und dem Grade der Erwerbsunfähigkeit ab. Das Nähere finden Sie im ersten Nachtrag zum „Arbeiterrecht“ (Möhrer durch das Unfallversicherungs-Gesetz), S. 27, 37 und 40. — **A. 2. 1000.** Die Aufbahrungspflicht erlischt nicht. Sie können lediglich Ihre Forderung einschlagen und dann die Beerdigung vornehmen lassen. — **M. 57. Ja. — M. 6. 12. 1.** und 2. Wenden Sie sich zur Regelung der Sache an den Verwaltungsvorstand. Daraus unrichtig wäre es, auf den Besuch der Fortbildungsschule Ihren Sohn verzichten zu lassen. 3. Die Genossenschafts- und Begräbnisstelle für Frauen und Mädchen Deutschlands (G. H.) Orlowbach a. M. hat folgende Verwaltungsstellen: S. O. Prinzenstr. 64. M. Ginz; S. W. Roodmarstr. 9. E. Vlamme; W. Köhler, 5. M. Promann; O. Vosselmannstr. 75. J. J. — **Grabowice.** Eine Rüge hätte keine Aussicht auf Erfolg. Sie wäre in Hamburg abhängig zu machen. — **M. 3.** Das Verzeihen des Gemeindevorsteher genügt nicht für die Berechtigung des Antragstellers, die Rente zu empfangen. Der betreffende müßte entweder seine sogenannte wirtenschaftliche Befähigung vor der Prüfungskommission nachweisen oder von dieser hieron entbunden werden, weil er in seiner Tätigkeit hervorragendes leistet. — **C. 6.** Wird es Grundbesitz im Wege der Zwangsversteigerung (Zerschlagung) veräußert oder veräußert es der Kontrolloverwalter, so kann der Erbeher der Veräußerung bis spätestens am dritten Tage des Monats kündigen, der auf das Quartall folgt, in dem der Zuschlag erteilt ist. War das Grundstück im Juli, August oder September erstanden, so kann also der Erbeher bis spätestens am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — **A. 1.** **Waldstraße.** Der Bruder ist nicht berechtigt, seiner Schwester das Verbleib vorzuenthalten. Dasselbe kann auf Auszahlung klagen oder, falls sie noch minderjährig ist, durch ihren Vormund klagen lassen. — **M. 7. Ja. — M. 3. 75.** Ein Widerspruch gegen einen Zahlungsbefehl bedarf keiner Begründung. Es genügt folgendes, an das Gericht zu richtende Schriftstück: In Sachen des M. A. wider mich (Kittenscheide) erhebe ich gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch und beantrage, mir eine Verweisung über Einlegung des Widerspruchs zu erteilen. Datum. Unterschrift. Der Widerspruch muß, um sicher rechtswirksam zu sein, binnen einer Woche nach der Befestigung bei dem Gericht eingegangen sein. Will der Gläubiger der Sache hartnäckig geben, so laßt er zur Verhandlung. In dem Verhandlungsprotokoll hätten Sie dann Ihren Einwand zu erheben. — **G. 100. 1** und 2. Ja. — **M. 3.** Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat nie unter höherer Aufsicht gestanden, noch kann sie unter Aufsicht gestellt werden. Eine dahin gehende Rüge hat im „Vorwärts“ nie gestanden. Sie müssen nach wie vor an die Gesellschaft zahlen, was Sie nach Ihrem Vertrage schuldig sind. — **M. 8. 100. Nein. — M. 23. 75** und **C. 23.** Das Reichsgeld (log. Reichsgeld, Pranggeld, Angeld) beim Gewandvertrag ist lediglich ein Zeichen des geschlossenen Vertrages. Nach der Gewand-Dringung soll die das Gewand durch Rückgabe des Reichsgeldes u. d. v. dem Gewand abgeben. Der Reichsgeld darf nach der Gewand-Dringung auf den Lohn abgerechnet werden, falls nicht bei der Vermietung das Gegenwärtige u. d. v. d. Reichsgeld angedeutet ist; deshalb kann jeder auch in Berlin, wo die Reichsgeldrechnung üblich ist, der Reichsgeld angerechnet werden, falls nicht eine solche ausdrückliche Abrede getroffen ist. — **M. 3. 1. u. 2. Ja.**

**Weiter Prognose für Freitag, den 4. Oktober 1901.** Warm und vielwolke heiter, aber veränderlich bei spärlichen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.